74. Jahrgang | Nr. 40-41 | Preis 1 € | A 5544 Berlin, 28. September 2024 www.das-parlament.de

#### **KOPF DER WOCHE**

#### Das Parlament verteidigt

Andreas Bühl Ein Parlamentarischer Geschäftsführer (PGF) wirkt im Hintergrund, sichert für seine Fraktion das Verfahren im Parlament. Wenn sich



alle Blicke auf ihn richten, ist etwas Ungewöhnliches passiert. So wie in dieser Woche im Thüringer Landtag. Nachdem dort der on der AfD gestell-Alterspräsident Eröffnung des Landtages mehrfach unterbrach, Anträge

abschmetterte und den Abgeordneten ihre Mikrofone abdrehen wollte, war es am 37-jährigen Andreas Bühl, sich als PGF der CDU-Fraktion diesem einmaligen Vorgang im bundesdeutschen Parlamentarismus entgegenzustellen. "Machtergreifung" warf der seit 2020 als Geschäftsführer tätige Abgeordnete aus dem südlichen Ilm-Kreis dem Alterspräsidenten vor und schaltete den Verfassungsgerichtshof ein (siehe auch Seite 9).

#### **ZAHL DER WOCHE**

913

Millionen Euro Entlastung beim jährlichen Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft sieht das Bürokratieentlastungsgesetz IV vor (siehe Seite 4). 1,58 Milliarden Euro zusätzlicher Erfüllungsaufwand pro Jahr werden durch die erstmals beratene Umsetzung der EU-Nachhaltigkeitsberichterstattung erwartet.

#### ZITAT DER WOCHE

#### »Es braucht einen Neustart.«

Omid Nouripour, Grünen-Co-Vorsitzender, bei der Bekanntgabe des Rückzugs des gesamten Parteivorstands. Das Wahlergebnis in Brandenburg sei "Zeugnis der tiefsten Krise unserer Partei seit einer Dekade".

#### **IN DIESER WOCHE**

#### **INNENPOLITIK** Migration Union fordert Verschärfung

des Sicherheitspakets der Ampel Seite 5

#### **INNENPOLITIK**

Karlsruhe AfD verliert Organstreitverfahren zu Ausschussvorsitzen Seite 6

#### **EUROPA UND DIE WELT**

Österreich Rechte FPÖ liegt vor der Wahl

#### in Umfragen knapp vor der ÖVP WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Steuern Opposition dringt auf Entlastungen für Bürger und Wirtschaft Seite 10

#### MIT DER BEILAGE



**Das Parlament** Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG 64546 Mörfelden-Walldorf



## Achtung: Babyboomer

RENTENPAKET II Die geburtenstarken Jahrgänge drängen in die Rente. Die Politik ringt um Konzepte

er große Knall ist am Freitag im Bundestag vorerst ausgeblieben. Aber wer den erwartet hätte, würde das parlamentarische Verfahren schlecht kennen. Denn die erste Lesung eines Gesetzentwurfes ist nicht unbedingt der Moment dafür. Obwohl die Aufforderungen von Seiten der Unionsfraktion an die Kollegen von der FDP schon recht deutlich klangen, haben letztere dennoch in der Debatte gestern über das Rentenpaket II (20/11898) nicht ihren Austritt aus der Ampel-Koalition verkündet. Für Knall-Effekte sorgten einige Liberale dafür außerhalb des Bundestages zur Genüge, in dem sie ein paar Tage vor der ersten parlamentarischen Beratung das Rentenpaket wieder komplett in Frage stellten. Dabei hatte ihr Parteivorsitzender und Bundesfinanzminister Christian Lindner dieses bereits als ausverhandelt bezeichnet. Aber die vergangenen drei Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg (siehe Seite 6) erhöhen die Nervosität in den Ampel-Fraktionen und es bleibt abzuwarten, was die FDP unter dem nach dem letzten Wahlsonntag verkündeten "Herbst der Entscheidungen" versteht. Vorerst gibt sich die SPD-Fraktion und auch der Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sicher, dass das Rentenpaket trotz aller Kritik wie geplant verabschiedet wird. Die darin vorgesehene Festschreibung des Rentenniveaus (es beschreibt das Verhältnis einer "Standard-Rente" zum die Verlängerung der 2018 eingeführten Haltelinie, ruft viele Kritiker auf den Plan. Nicht, weil diese den Rentnern die 48 Prozent nicht gönnen, sondern weil eine andere Haltelinie, die für die Beiträge, nicht verlängert wurde. Die Rentenbeiträge werden also, nachdem sie sehr lange stabil bei 18,6 Prozent lagen und liegen, mittelfristig auf 22,3 Prozent steigen. So der Plan der Regierung. Um den Beitragsanstieg abzumildern, ist der Einstieg in eine teilweise aktienbasierte Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung geplant (Generationenkapital, siehe Seite 3). Darauf hatte vor allem die FDP gedrängt, während die Haltelinie für die Sozialdemokraten unverhandelbar war.

Pflicht des Parlaments Mit einer gewissen Spannung schauten Beobachter deshalb auf die Rede des FDP-Rentenexperten Johannes Vogel. Der drohte zwar nicht mit Koalitionsbruch, stellte aber klar, dass die kommenden Beratungen nicht gemütlich sein werden: "Wir sind der Gesetzgeber. Es



Die Generation der Babyboomer verabschiedet sich aus dem Erwerbsleben. Nachhaltige Ideen für eine stabile Rentenkasse sind also gefragt.

© picture-alliance/dpa

eines Gesetzes die Verantwortung zu über-Durchschnittslohn) auf 48 Prozent, also nenkapital: "Endlich beginnen wir, die am Bundeshaushalt viel höher gewesen. Schmidt (siehe Interview Seite 2). cherung zu nutzen." Aber bei der Haltelinie und den damit verbundenen Beitragssatzsteigerungen hörte sei-

ne Begeisterung auf. Ähnlich wie bei Hermann Gröhe (CDU), der der Koalition vorwarf, sämtliche Expertenmeinungen vom Tisch zu wischen. "In einer Zeit, in der wir für jeden Arbeitsplatz ringen müssen, ist Ihnen der Beitragssatz egal". Die Regierung entsorge mit dem Nachhaltigkeitsfaktor auch die rentenpolitische Vernunft, so

Gröhe. Er appellierte an die FDP-Abgeordneten: "Eure Überzeugung sollte auch das Abstimmungsergebnis bestimmen!"

Von einer "Verunglimpfung der Rentenversicherung" sprach daraufhin sichtlich verärgert Markus Kurth (Grüne). "Wir hätten schon einen viel höheren Beitragssatz,

Chancen von Aktien für die Rentenversi- Man sei also jetzt in einer guten Ausgangsposition für Reformen, betonte Kurth. Er kritisierte außerdem die Verweise auf

> Schweden und Österreich, weil dabei bestimmte Asnutzen wir die Beispiel habe Österreich wegen der Zuwanderung aus Südosteuropa eine viel günstigere demografische Struktur. Auch der Bundesminister

sicherung.« wies die Kritik deutlich zurück: "Wir spielen nicht Johannes Vogel (FDP) jung gegen alt aus, wie es so oft behauptet wird. Ja, es geht um die Rentner von

heute, aber es geht auch um die Arbeitnehmer von heute. Es geht darum, dass auch sie im Alter abgesichert sind.", sagte Heil. Dagmar Schmidt (SPD) sagte, es sei mitnichten so, dass Nichtstun nichts koste. Wenn Menschen wegen zu geringer Renten in der Grundsicherung landeten, dann kos-

ist unsere Aufgabe, für die finale Fassung wenn wir 2003 auf Ihren Rentenexperten te das den Staat sehr viel Steuergeld. Das Bert Rürup gehört hätten!" Damals sei der wolle ihre Partei verhindern und deswegen nehmen!" Zwar lobte Vogel das Generatio- Anteil der Bundeszuschüsse an die Rente kämpfe sie auch für gute Löhne, betonte

> **Hinweis auf die Kosten** Die AfD-Fraktion konnte das nicht überzeugen. Deren Rentenexpertin Ulrike Schielke-Ziesing verwies auf die Kritik des Bundesrechnungshofes, pekte bewusst unter den der kürzlich vor "enormen Ausgabensteige-Tisch gekehrt würden. Zum rungen in der Rentenversicherung" gewarnt hatte. Das Generationenkapital sei eine "Finanzierung auf Pump", die den Anstieg der Rentenbeiträge nur minimal senke. "Warum macht man das?", fragte sie. Mit der AfD-Idee eines Fonds-Sparplans für Jüngere wäre es dagegen möglich, die Rente langfristig zu stabilisieren, sagte sie.

Heidi Reichinnek erklärte für die Gruppe Die Linke, das Rentenpaket symbolisiere eine "Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners". Jeder fünfte Rentner in Deutschland lebe in Armut, "und um das zu ändern, müssen wir die Renten anheben." Alexander Ulrich (BSW) forderte, sich am Rentensystems Österreichs zu orientieren, und war überzeugt, dass eine Mehrheit der

Bevölkerung in einer Volksbefragung dafür

Sascha Müller (Bündnis 90/Die Grünen)

gestand zu: "Das Ziel, den Anteil des Bun-

des in den Streubesitz zu überführen, ist

Claudia Heine 🏽

votieren würde.

kennt Streit

**VON CHRISTIAN ZENTNER** 

**EDITORIAL** 

Die Rente

Keine Rentenreform war je einfach oder verlief ohne Streit und so manche Debatte wurde gar historisch, wie der über vier Tage andauernde Marathon, mit dem der Bundestag im Januar 1957 die gesetzliche Rentenversicherung in der Form beschloss, wie sie noch heute besteht: Eine Rente, gekoppelt an die Lohnentwicklung und finanziert durch einen Generationenvertrag, bei dem die Jungen die Rente der Alten tragen (siehe auch Seite 3).

Der Streit um das Rentenpaket II ist also nicht ungewöhnlich, auch nicht, dass dieser Streit quer durch eine Koalition geht. Das war 1957 unter Adenauer ganz genauso. Der Streit bei der Rente zeugt von der Bedeutung der Altersversorgung und ihrer Finanzierung für ein Land. Dabei eint alle Parteien ein Gedanke: Die Sicherung stabiler Renten. Der Streit ist einer um die Finanzierung, gern garniert mit dem Begriff "Generationengerechtigkeit". Auch im Koalitionsvertrag der Ampel lässt sich lesen, es solle keine Rentenkürzungen und keine Anhebung des Rentenalters geben und dies gelte es "generationengerecht abzusichern".

Doch genügt hierfür der behutsame Einstieg in eine aktiengestützte Säule der Finanzierung der Rentenversicherung, wie sie jetzt mit dem sogenannten "Generationenkapital" gegangen werden soll? Das Kapital soll an der Börse angelegt und seine Erträge später einen kleinen Teil zur Finanzierung der Rentenzahlungen beitragen. Das ist neu und in Deutschland ungewohnt, je verhaltener dieser Weg beschritten wird, umso geringer ist dabei neben dem Risiko auch der Effekt auf die von den Jungen aufzubringenden Kosten der Rente. Und die werden enorm, wenn Millionen Babyboomer jetzt von Einzahlenden zu Rentnerinnen und Rentnern werden. Auswirkungen haben steigende Rentenbeiträge dabei nicht nur für die Menschen, sondern auch für die wirtschaftlichen Bedingungen in Deutschland, denn die Hälfte des Beitrages zahlen die Arbeitgeber. Der Streit um das Rentenpaket II wurde im Ka-

binett lange geführt, aber die Erwartung, dass

ein Parlament damit alles als geklärt ansieht,

könnte das Selbstverständnis von Abgeordne-

ten unterschätzen. 1957 gab es am Ende eine

große Mehrheit für die Reform und politisch

hat sich für den damaligen Bundeskanzler das

Durchsetzen in der Rentendebatte gelohnt; im

September des Jahres erzielte er mit der Union

bei der Bundestagswahl mit 50,2 Prozent den

größten Wahlsieg der Geschichte.

## Commerzbank: Ordnungs- gegen Standortpolitik

**»Endlich** 

**Chancen von** 

Aktien in der

**Rentenver-**

PRIVATISIERUNG Minister Lindner verärgert über Vorgehen der Unicredit, Union spricht von »Desaster«

Höher als die Deutsche Bank: die Commerzbank-Zentrale

Die Bundesregierung rechtfertigt den Verkauf von 4,49 Prozent der Anteile an der Commerzbank an die italienische Großbrank Unicredit mit ordnungspolitischen Prinzipien. Dagegen warnt die Opposition vor Gefahren für die Versorgung des deutschen Mittelstands mit Krediten, den Finanzplatz Frankfurt sowie den Steuerzahler angesichts hoher Bestände an italienischen Staatsanleihen in der Unicredit-Bilanz, sollte die Unicredit ihre Anteile weiter aufstocken und die Commerzbank gänzlich übernehmen. Die Mailänder konnten sich zuletzt mittels weiterer Käufe und Finanzderivate insgesamt 21 Prozent an der Commerzbank sichern.

Finanzminister Lindner (FDP) kritisierte die Unicredit in der Regierungsbefragung am Mittwoch: "Das Vorgehen der Unicredit hat viele Fragen aufgeworfen. Weitere Privatisierungsschritte stehen derzeit nicht an." Der Bund hatte in der Finanzkrise vor gut 15 Jahren 25 Prozent plus eine Aktie an der Commerzbank übernommen, um die Bank vor der Pleite zu bewahren.

Fraktion. Den jetzigen Verkauf nannte sie "ein Desaster für den Bankenmarkt Deutschland". Sie warnte, dass künftig "alle Entscheidungen in Mailand getroffen" würden. Dass dies seinerzeit richtig war, machten Thorsten Rudolph (SPD) hielt dem entge-Redner der Opposition in einer Aktuellen gen, dass in den Jahren 2016 bis 2020 der Stunde deutlich. "Es ist eine Strategie, die Finanzkonzern Blackrock zum drittgrößten

Commerzbank zu unterstützen", sagte

Mechthilde Wittmann für die CDU/CSU-

Commerzbank-Investor geworden sei. Blackrock-Aufsichtsratsvorsitzender sei damals der heutige Vorsitzende der Unionsfraktion Friedrich Merz gewesen.

© picture-alliance/greatif/Florian Gaul

Kay Gottschalk (AfD) verwies darauf, dass die Unicredit 40 Milliarden Euro an italienischen Staatsanleihen halte, mit einer Bonität "knapp über Ramschniveau". Er warnte vor einer neuen Bankenkrise.

gescheitert." Allerdings sei auch eine fusionierte Bank noch für den Mittelstand da. Markus Herbrand (FDP) sagte: "Die Union hat sich endgültig von den Resten ihrer marktwirtschaftlichen Orientierung verabschiedet." Der Staat sei schon zu lange Anteilseigner an der Bank. Janine Wissler kritisierte für die Gruppe

Die Linke, dass der Bund aus seiner Beteiligung nichts gemacht habe. "Der Fehler waren die 15 Jahre vorher."

Klaus Ernst (BSW) erklärte, die Unicredit habe sich 21 Prozent an der Commerzbank gesichert, indem "sie unsere Bundesregierung übertölpelt hat". Diese habe nicht gemerkt, dass die Mailänder parallel zu den 4,49 Prozent des Bundes weitere Anteile erwarben. Stephan Balling



#### **GASTKOMMENTARE**

**RETTUNGSANKER AKTIENRENTE?** 

## So ist es zu wenig

**PRO** 



Alisha Mendgen, Redaktionsnetzwerk Deutschland

ine echte Aktienrente ist ein gutes Mittel, um die Rentenversicherung finanziell auf ein breiteres Fundament zu stellen. Die Betonung liegt aber auf "echt". Was die Bundesregierung im Rentenpaket II plant, ist wenn überhaupt eine Aktienrente light. Das sogenannte Generationenkapital soll einen jährlichen Betrag von zwölf Milliarden Euro erhalten, der schrittweise ansteigt – finanziert aus Schulden. Das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die Rentenversicherung selbst erwartet nur eine "geringfügige Entlastung". Immerhin liegen ihre gesamten Ausgaben bei etwa 360 Milliarden Euro. Dem Gesetzesentwurf zufolge werden die Rentenbeiträge in den 2030er Jahren trotz Generationenkapital auf mehr als 22 Prozent steigen.

Die Koalition müsste also viel mehr Geld in die Hand nehmen, um eine Aktienrente mit tatsächlich entlastender Wirkung auf den Weg zu bringen. Doch dafür gibt es kaum Spielraum im Bundeshaushalt, weil die Bundesregierung sich nicht an große Ersparnisse herantraut. Alternativ könnte ein kleiner Prozentsatz des Einkommens investiert werden. So funktioniert das Modell in Schweden, wo maximal 2,5 Prozent des Einkommens in kapitalgedeckte Fonds oder in einen staatlich geführten Standardfonds eingezahlt werden.

Fakt ist: So wie es jetzt ist, kann es nicht weitergehen. Die Bundesregierung kann nicht das Rentenniveau dauerhaft bei 48 Prozent festschreiben, sich gleichzeitig weigern, am Renteneintrittsalter zu schrauben und dann das Generationenkapital mit zu wenig Mitteln ausstatten. Unter dem Strich bedeutet das nicht nur eine Belastung der jüngeren Generationen, sondern eine weiter unsichere Finanzlage der Rentenversicherung. Es braucht jetzt mehr Mut für kreative Ideen.

### Die Idee hat Haken

**CONTRA** 



Wolfgang Mulke, freier Journalist

as Generationenkapital ist keine Aktienrente, auch wenn sich diese Bezeichnung scheinbar durchgesetzt hat. Es ist allenfalls der Einstieg in eine teilweise kapitalgedeckte gesetzliche Altersvorsorge. Die Idee klingt gut: Ein großer Kapitalstock wird aufgebaut, die daraus resultierenden Erträge aus Dividenden oder Kurssteigerungen von Aktien sammelt der Staat ein und stabilisiert damit die Beitragslast, die von den Jungen geschultert werden muss. Doch die Idee hat ein paar Haken.

So wird der Kapitalstock erst einmal auf Pump finanziert. Für diese Schulden muss der Bund Zinsen zahlen. Erst wenn die Rendite der Kapitalanlagen höher als ist die Refinanzierung dieser Zinsen, kann die Rentenkasse davon profitieren. Die Hoffnung, dass Mitte des nächsten Jahrzehnts tatsächlich jährlich zehn Milliarden Euro dabei herauskommen, ist allein schon deshalb ambitioniert. Kritisch wird der Blick auf die Folgen einer möglichen längeren Börsenflaute. Wenn bereits fest einkalkulierte Milliarden deshalb mal ausbleiben sollten, müssen entstehende Finanzierungslöcher gestopft werden. Wie, ist völlig offen.

Der Umstieg auf eine kapitalgedeckte Altersvorsorge ist ein Herzenswunsch der FDP. Damit konnte sie sich nicht durchsetzen. Das Generationenkapital ist nur ein gesichtswahrender Kompromiss zwischen den Ampelparteien, mehr nicht. Dabei hat FDP-Chef Christian Lindner inzwischen einen viel besseren Vorschlag gemacht: ein staatlich gefördertes Altersvorsorge-Depot. Damit bestünde tatsächlich die Chance auf eine erhebliche private Vermögensbildung gegen die finanzielle Schwäche der gesetzlichen Rente. Und deren bewährtes Umlagesystem würde damit nicht angetastet.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

# Frau Schmidt, das Rentenpaket II wurde von FDP-Fraktionschef Christian Dürr noch im Mai als "Jahrhundertreform" bezeichnet. Haben Sie Sorge, dass der nun angekündigte "Herbst der Entscheidungen" durch die FDP dem Projekt doch noch einen Strich durch die Rechnung macht?

Nein, denn das Kabinett hat das Rentenpaket beschlossen, und deswegen gehe ich davon aus, dass wir als Ampel-Koalition es im Bundestag auch beschließen.

Würden Sie das Rentenpaket II auch mit solchen Superlativen beschreiben? Einige Kritiker nennen es im Gegenzug "einen kleinen Wurf".

Ich bin mit Superlativen grundsätzlich vorsichtig. Aber: Wir senden ein sehr deutliches Signal der Sicherheit an jene, die heute arbeiten und wissen sollen, dass sie sich auf die gesetzliche Rente verlassen können. Denn für die allermeisten Menschen ist sie die Grundlage des Einkommens im Alter. Über einen langen Zeitraum bis 2040 geben wir den Menschen die Sicherheit, dass die Renten weiter mit den Löhnen steigen. Das ist in Zeiten, in denen große Angriffe auf den Sozialstaat gefahren werden, nicht Nichts.

Die 2018 beschlossene Haltelinie für das Rentenniveau von 48 Prozent soll über 2025 hinaus gelten. Sozialverbände argumentieren, auch 48 Prozent seien für eine armutsfeste Rente zu wenig.

Zuerst orientiert sich die Rente an dem, was ich während meines Arbeitslebens verdient und eingezahlt habe. Und deswegen ist unser erster Ansatzpunkt, für gute Löhne zu sorgen. Ich kann das Rentenniveau noch so hochschrauben: Wenn ich einen schlechten Lohn gehabt oder lange Teilzeit gearbeitet habe, wird auch ein höheres Rentenniveau nicht zu einer armutsfesten Rente führen. Für die SPD gilt deshalb: Gute Arbeit ist gut bezahlte Arbeit; Teilzeitbeschäftigte müssen die Möglichkeit haben, auch Vollzeit zu arbeiten, es braucht eine gute Kinderbetreuung. All das sind zentrale Punkte, die die Chance auf eine gute Rente deutlich erhöhen.

Wie sinnvoll ist überhaupt die Konzentration der Debatte auf das Rentenniveau, denn das bezieht sich auf sogenannte Standard-Rentner, die 45 Jahre den Durchschnittslohn verdient haben? Das trifft auf Millionen Menschen, vor allem Frauen und ostdeutsche Beschäftigte, gar nicht zu.

Das Rentenniveau ist wichtig, um deutlich zu machen: Die Renten sind an die Lohnentwicklung gekoppelt – und damit von der Wohlstandsentwicklung eben nicht abgekoppelt. Was die Frage von niedrigen Löhnen angeht: Darum kümmern wir uns, indem wir den Mindestlohn und die Tariflöhne im Blick haben, der Mindestlohn wurde bereits erhöht und am Tariftreuegesetz arbeiten wir mit Hochdruck.

Ohne Beitragssteigerungen wird es jedenfalls nicht gehen, dagegen laufen vor allem Wirtschaftsverbände Sturm, die diese zur Hälfte mittragen.

Natürlich klingen niedrigere Rentenbeiträge zunächst verlockend. Aber das bedeutet als erstes: Ich muss privat vorsorgen. Private Vorsorge ist dann aber nicht mehr paritätisch, denn dafür zahlt der Arbeitgeber nichts mehr, außer ich habe eine gute Betriebsrente. Das ist am Ende nicht billiger. Wir wollen nicht, dass die Renten sinken und mit den von uns kalkulierten Beitragssätzen ist es auch machbar. Die Rentenbeiträge gehen bei all unseren Kalkulationen auch nicht durch die Decke.

Seit den Reformen von 2001 sinkt das Rentenniveau, als Beteiligung der Rentner am demografischen Wandel. Sind die

## »Ein starkes Signal«

DAGMAR SCHMIDT Das Rentenpaket II ist nur ein Baustein einer zuverlässigen Altersvorsorge,

sagt die SPD-Sozialexpertin



© picture-alliance/photothek.de/Juliane Sonntag

Haltelinien so etwas wie eine Abkehr von dieser Idee?

Es geht um das Festlegen einer Mindesthöhe, die signalisiert: Bestimmte Standards werden in unserer Gesellschaft nicht unterschritten, ein Grundsatz an sozialem Zusammenhalt ist garantiert. Wenn wir eine sehr gute Arbeitsmarktlage haben oder uns Fachkräftezuwanderung gut gelingt, wenn wir das Arbeitspotenzial von Frauen noch stärker nutzen als bisher, dann kann das Rentenniveau auch wieder über 48 Prozent liegen.

Die Lücke sollte mit privater Vorsorge gefüllt werden, mit bekanntlich mäßigem Erfolg. Für Geringverdiener ist es schwer, angesichts steigender Kosten allein für des Wohnen zusätzlich vorzuseren.

das Wohnen zusätzlich vorzusorgen. Die gesetzliche Rente ist häufig allein nicht ausreichend, um den gewohnten Lebensstandard auch im Alter zu sichern. Für uns ist es deshalb sehr wichtig, die Betriebsrente zu stärken. Sie ist wirklich die starke zweite Säule der Vorsorge. Betriebsrenten müssen nicht nur von einem selber getragen werden, sondern werden ebenfalls pa-

ritätisch finanziert. Dort kann man in großen Kollektiven sehr viel bessere Ergebnisse erzielen, als wenn jeder für sich selbst einen Versicherungsvertrag abschließt. Betriebsrenten sind auch für Geringverdiener eine gute Chance, ihre gesetzliche Rente aufzubessern. Daran arbeiten wir.

Die größte Herausforderung, der Renteneintritt der Babyboomer, erreicht bald seine Spitze. Hätte das Generationenkapital, die aktienbasierte Finanzspritze für die Rentenversicherung, nicht schon viel früher angelegt werden müssen?

Insgesamt steht unser Rentensystem finanziell gut dar. Die Beiträge werden auch nicht ins unermessliche steigen. Man hätte aber auch, wie andere Länder das gemacht haben, sehr viel früher den Beitragssatz punktuell ansteigen lassen können, um vorbereitet zu sein. Wir waren in der Vorsorge nicht so gut wie andere Länder und müssen das jetzt nachholen.

In diesem Zusammenhang wird gern auf Schweden oder Österreich verwiesen. Das ist aber oft ein Vergleich von Äpfeln mit Birnen. Gerade beim österreichischen System wird oft vergessen, dass man dort mindestens 15 Jahre einzahlen muss, um überhaupt einen Anspruch zu haben. Deswegen können wir nicht einfach sagen, wir machen es jetzt so wie in Österreich.

Nun werden Ideen für eine große Rentenreform von vielen Seiten schon seit Jahren diskutiert. Der Sachverständigenrat hat unter anderem eine Dynamisierung des Renteneintrittsalters abhängig von der steigenden Lebenserwartung vorgeschlagen.

Das Renteneintrittsalter entlang Lebenserwartung auszugestalten, trifft ganz besonders diejenigen hart, die eine deutlich geringere Lebenserwartung haben, also vor allem Menschen in geringen Einkommensgruppen, die oft harte Arbeit leisten. Menschen mit geringem sozioökonomischem Status haben bei uns eine deutlich geringere Lebenserwartung als in anderen Industrienationen. Dafür sollten wir uns schämen und ihnen nicht noch weiter die Renten kürzen.

Neu im Spiel ist das private Altersvorsorgedepot, an dem das Bundesfinanzministerium arbeitet, eine ebenfalls staatlich geförderte Anlagemöglichkeit ohne Beitragsgarantie aber mit mehr Wahlfreiheit, mehr Risiko, mehr Rendite. Für wie notwendig halten Sie diese Pläne?

Die SPD hat nichts gegen private Vorsorge, aber man muss schon sehr genau prüfen, wie viel Steuergeld und Subventionen dort reingesteckt werden. Wer privat vorsorgen möchte, muss sich darauf verlassen können, dass er ein gutes Produkt bekommt. Wir wissen inzwischen, dass gerade in der Anfangszeit der Riester-Rente viele Produkte verkauft worden sind, die sich am Ende nicht so gut auszahlen. Unsere gesetzliche Rentenversicherung als Generationenvertrag hat uns dagegen bisher durch alle Höhen und Tiefen dieses Landes sicher begleitet. Es ist ein System, das sehr gut funktioniert, obwohl es schon zigmal für gescheitert erklärt wurde. Die Rentenversicherung zahlt ja nicht nur monatlich eine bestimmte Rente aus, sie versichert die Beschäftigten im Fall von Erwerbsminderung, sie versichert Ehepartner und Reha-Ansprüche für Kinder, die ziemlich gut sind. Dieser ganzheitliche Ansatz ist in anderen Versicherungsmodellen so nicht abgebildet.

Das Gespräch führte Claudia Heine.

Dagmar Schmidt ist seit 2013 für die SPD Mitglied des Bundestages und dort vor allem mit Sozial-und Gesundheitspolitik befasst.

### **DasParlament**

Herausgeber **Deutscher Bundestag** Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage **Aus Politik und Zeitgeschichte** ISSN 0479-611 x (verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

(außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-3 05 15 Telefax (0 30) 2 27-3 65 24

Anschrift der Redaktion

http://www.das-parlament.de E-Mail: redaktion.das-parlament@ bundestag.de

Chefredakteur Christian Zentner (cz) V.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur Alexander Heinrich (ahe)

Redaktion
Dr. Stephan Balling (bal)
Lisa Brüßler (lbr)
Carolin Hasse (cha) (Volontärin)
Claudia Heine (che)
Nina Jeglinski (nki)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Johanna Metz (joh)
Sören Christian Reimer (scr) CvD
Sandra Schmid (sas)
Michael Schmidt (mis)
Helmut Stoltenberg (sto)

Fotos Stephan Roters

Redaktionsschluss

**Druck und Layout** Frankfurter Societäts-Druckere

GmbH & Co. KG

64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement

Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363 82034 Deisenhofen Telefon (089) 85853-832 Telefax (089) 85853-62832 E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition

Anzeigenverwartung, Disposition Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363 82034 Deisenhofen Telefon (0 89) 85853-836 Telefax (0 89) 85853-62836 E-Mail: **Abonnement** Jahresabonnement 25,80 €; für

Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten) Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unwerlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

"Das Parlament" ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V.

Für die Herstellung der Wochenzeitung "Das Parlament" wird Recycling-Papier



Wir vermeiden CO₂ durch den Versand mit der Deutschen Post

#### PARLAMENTARISCHES PROFIL

## Der Gelassene: Max Straubinger

ür einen, der eine Menge Zweifel in sich trägt, klingt Max Straubinger gutmütig. Es ist früher Abend, er ist unterwegs zu einer Kirchweih im Wahlkreis Rottal-Inn, es ist einer dieser letzten lauen Tage, und Berlin scheint in diesem Moment weit weg – auch das "Rentenpaket 2", welches am Ende dieser Woche im Bundestag erstmals diskutiert werden wird und an dem Straubinger kaum ein gutes Haar lässt.

Die Regierungspläne sehen eine dauerhafte Festschreibung des Rentenniveaus auf 48 Prozent vor, "das überfordert die junge Generation", bescheidet Straubinger. Immerhin wird es in der Zukunft mehr Rentner und weniger Renten-Einzahler geben. "So wird der Beitragssatz noch früher steigen, das ist eine zu große Belastung." Ein weiterer geplanter Grundpfeiler ist das Generationenkapital: Der Bund will Geld in Aktien anlegen und damit eine weitere Finanzierungsquelle für das Rentensystem erschließen. Straubinger hört man am Telefon den Kopf schütteln. "Ich bin selbst Aktionär. Vielleicht ein schlechter Anleger. Dass aber die Anlagestrategie des Bundes so erfolgreich sein wird, bezweifle ich." Überhaupt: "Mit Spekulation eine Dämpfung der Beitragssteigerung zu erreichen, da habe ich meine Zweifel." Zweifel, Zweifel, vorgetragen indes in einem Ton, der vertrau- und gemütlich zugleich klingt. Vielleicht ist Straubinger, 70, CSU, das, was man bodenständig nennt. Eben ein Gemütsmensch.

Was schlägt er stattdessen vor? "Bei der betrieblichen Altersvorsorge ist noch viel Luft nach oben", sagt er. "Wir sollten

mehr jene Bürger unterstützen, die noch keine haben." Schließlich sei soetwas effektiv, weil personenbezogen.

Straubinger zog in den Bundestag, da regierte noch Helmut Kohl als Kanzler, und Angela Merkel diente als Ministerin. Seit 1994 ist er direkt gewählter Abgeordneter aus Niederbayern. Seinen Wahlkreis bereist er viel, "das sind 2.600 Quadratkilometer, 52 selbstständige Kommunen, allein 226 Feuerwehrvereine", zählt er auf. "Das erfordert hohen Einsatz vom Wahl-



»Mit Spekulation eine Dämpfung der Beitragssteigerung zu erreichen da habe ich meine Zweifel.«

kreisabgeordneten." In die Politik schlitterte er langsam hinein. Alles begann mit einer Pressenotiz. Der Schüler Max begeisterte sich für den Geschichtsunterricht, fand ihn fabelhaft und las viel. In der Zeitung stand dann, dass in der Nähe ein Ortsverband der Jungen Union gegründet werden sollte, und der 16-Jährige fuhr hin. "Konservativ war mein Elternhaus schon", sagt der Bauernsohn. "Nicht unpolitisch, aber in keiner Partei engagiert." Sein Vater habe seine

besten Jahre im Krieg gelassen, war in Polen, Frankreich und Russland gewesen und in Gefangenschaft geraten. "Mit dem Eintritt in eine Partei musste man ihm nicht mehr kommen."

Mit 16 trat Straubinger Junior also in die Jugendorganisation der Union ein, zwei Jahre später in die CSU. "Ich wollte etwas bewegen, mit anpacken. Ich habe nie gedacht: "Deutschland braucht mich." An den Bundestag dachte ich nicht wirklich." Mit 23 wurde er Marktrat in Simbach, zog irgendwann in den Kreistag, wurde Vize-Vorsitzender des CSU-Kreisverbands. 1993 dann rückte er auf, weil der Vorsitzende, Erwin Huber, den Bezirksverband übernahm. Ein Jahr später stand die Bundestagswahl an, und der amtierende langjährige CSU-Abgeordnete Günther Müller wollte wieder antreten, "nur hatte er für Unzufriedenheit gesorgt, weil er sein gerade erlangtes Mandat im Europäischen Parlament auch behalten wollte". CSU-Mitglieder beschwerten sich beim neuen Kreisverbandschef Straubinger, "und da wollte ich mich nicht weiter beschimpfen lassen und trat gegen ihn an". Der Rest ist Geschichte.

Man war wohl mit ihm zufrieden, dem ausgebildeten Landwirtschaftsmeister und Raiffeisen-Außendienstmitarbeiter, der Generalvertreter der Allianz-Versicherung in München geworden war. Da braucht es nicht einmal eine glitzernde Website; Straubingers sieht aus, als stammte sie von den Anfängen des Internets. "Mehr braucht es nicht", sagt er dazu. Es ist seine letzte Legislatur. "Ich bin dann 71. Bin fit und alles – muss dann aber nicht in der ersten Reihe stehen."



Die Rente an der Börse: Bis 2036 soll, vor allem kreditfinanziert, ein Kapitalstock von 200 Milliarden Euro aufgebaut werden, mit dessen Rendite dann die Rentenkasse aufgefüllt werden soll.

© picture-alliance/imageBROKER/McPHOTO/Klaus Steinkamp (editiert)

## Die Rendite im Blick

»Das

**Generationen-**

kapital ist eine

risikoreiche

Wette auf die

Zukunft.«

Anja Piel, DGB -Vorstandsmitglied

#### RENTENREFORM Erstmals in ihrer Geschichte soll die gesetzliche Rentenversicherung Geld aus Aktiengewinnen bekommen

or 67 Jahren drückte Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) gegen den erbitterten Widerstand seines Finanz- und seines Wirtschaftsministers ein historisches Gesetz durch. Von "Rentenkrieg" im Kabinett war gar die Rede. Entschieden wurde er im Januar 1957 zugunsten der Einführung der dynamischen Rente, also der Kopplung der Altersbezüge an die Lohnentwicklung. Der Generationenvertrag, wonach die Jungen mit ihren Bei- ner Regierung, die besser tragszahlungen die Renten der Alten finan- zusammenarbeitet als die zieren, war geboren. Und er war zunächst Ampel-Koalition, wären eine Erfolgsgeschichte, verbesserte er doch die Lage älterer, oft in Armut lebender Menschen in der Bundesrepublik der Wirtschaftswunderzeit erheblich. Mit den Babyboomern zeugten die Deutschen in den kommenden zehn Jahren zudem künftige Beitragszahler en masse. Doch in den 1970er Jahren folgte der "Pillenknick" und sehr viele Jahre später, nämlich heute, geht die "Generation der Vielen", gehen die Babyboomer selbst in Rente.

Das war absehbar. Und so versuchen schon diverse Bundesregierungen seit den 2000er Jahren, gegenzusteuern, um vor die Welle der massenhaften Renteneintritte zu gelangen. Die rot-grüne-Bundesregierung beschloss 2001, die Rentner über ein sinkenden Rentenniveau in der gesetzlichen Rente an der Finanzierung des demografischen Wandels zu beteiligen. Seit 2012 steigt die Regelaltersgrenze von 65 auf bald 67 Jahre.

Es folgten noch einige Rentenreformen, die meistens als "Rentenpakete" durchnumme-

Die aktuelle Bundesregierung ist nun bei Rentenpaket II angelangt, und als Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) im Mai dieses Jahres zusammen mit Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) sel-

biges vorstellte, betonten beide, dabei dürfe es nicht bleiben. Nötig seien Paket III, IV und V. Selbst in eidies bis zur nächsten Bundestagswahl im September 2025 sehr ambitionierte Ziele. Bereits der Verabschiedung des Rentenpakets II im Kabinett ging ein monatelanges Gezerre voraus, das den eigentlichen

Zeitplan für eine Behandlung im Bundestag deutlich nach hinten verschob.

Die magische 48 Kern dieses Rentenpaketes ist zum einen, die 2018 erstmals beschlossene Haltelinie für das Rentenniveau bis mindestens 2039 zu garantieren. Das bedeutet, die Rentenhöhe soll bis dahin nicht unter 48 Prozent des Durchschnittslohns fallen – wohlgemerkt für jene, die 45 Jahre den Durchschnittslohn verdient und darauf Beiträge gezahlt haben. Wer diese Zielmarken unterschreitet, also kein "Stan-

dard-Rentner" ist, kann von den 48 Prozent eh nur träumen. Zum Nulltarif funktioniert das allerdings nicht, die Beiträge zur Rentenkasse werden bis 2045 voraussichtlich auf 22,3 Prozent des Bruttolohns steigen, wovon die Hälfte die Arbeitgeber zahlen. Die Haltelinie für die Beiträge, die diese lange bei 18,6 Prozent stabilisierte,

soll nämlich nicht verlän-

Der zweite Kernpunkt des Gesetzes ist wirklich neu: Um die Finanzen der geder Bund, Geld an den Aktienmärkten anzulegen und mit den Zinseinnahmen die Rentenkasse zu bezuschussen. Das tut er auch jetzt schon, jedes Jahr kann man im Haushaltsplan des Bundesministeriums für Ar-

beit und Soziales beobachten, auf welche Höhen diese Steuerzuschüsse wieder geklettert sind. Um dort den Druck etwas rauszunehmen, soll die Stiftung "Generationenkapital" eingerichtet werden - auf Basis von Milliardenkrediten, die der Bund aufnehmen will, um erstmal den nötigen Kapitalstock aufzubauen. Mit einer "Aktienrente" nach schwedischem Vorbild (Text unten) hat das aber nichts zu tun. Bereits Ende letzten Jahres warnte der

Sachverständigenrat zur Begutachtung der

gesamtwirtschaftlichen Lage in seinem Jah-

der gesetzlichen Rente geben, denn die "akute Phase der demografischen Alterung" habe begonnen. Das Sicherungsniveau der Rente festzuschreiben, sei aber keine nachhaltige Lösung, sondern verschärfe den Verteilungskonflikt zwischen Rentnern und Beitragszahlern. Die Wissenschaftler schlagen dagegen eine Kombination mehrerer Reformmaßnahmen vor. Die kapitalgedeckte Altersvorsorge haben sie auch im Blick, fordern jedoch, diese mit einer "Dynamisierung des Renteneintrittsalsetzlichen Rentenversiche- ters unter Berücksichtigung der ferneren rung zu stabilisieren, plant Lebenserwartung" zu verbinden. Dies hätte "günstige Effekte" für den Beitragssatz, das Sicherungsniveau und die Bundeszuschüsse an die Rentenkasse. Eine Ausweitung des Versichertenkreises auf Beamte und Selbstständige hat nach Ansicht des Expertenkreise dagegen nur eine kurzfristig entlastende Wirkung, die sich beim Renteneintritt dieser Personengruppe wieder verflüchtigen würde. "Nur durch eine Bündelung verschiedener Einzelmaßnahmen lassen sich die Stärken der Rentenversicherung kombinieren und soziale Härten vermeiden", betont Martin Werding, Mitglied des Sachverständigenrates in einer Stel-

resgutachten, es dürfe kein "Weiter so" bei

Gute und schlechte Nachrichten Auf Letzteres pochen vor allem Gewerkschaften und Sozialverbände: Zwar lobt Anja Piel, Vorstandsmitglied im Deutschen Gewerkschaftsbund, die Stabilisierung des Renten-

lungnahme.

niveaus als "gute Nachricht", denn es bedeute "Entlastung, bessere Absicherung im Alter und weniger Aufwand für private Vorsorge". Das Generationenkapital kritisiert sie dagegen als "eine risikoreiche Wette auf die Zukunft", die dort Unsicherheit schafft, "wo Beschäftigte Sicherheit brauchen", sagt Piel. Ähnlich argumentierte Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, bei der Vorstellung des Rentenpaketes im Frühjahr: "Die gesetzli-

#### **STICHWORT**

Wie geht es weiter mit der Rente?

- Fitte Rentner Die Zahl der Rentner wird von rund 17,6 Millionen auf 20 Millionen bis 2035 steigen. Die Dauer des Rentenbezugs hat sich in den letzten 60 Jahren auf rund 21 Jahre verdoppelt.
- Haltelinie Das Rentenpaket II sieht vor, die Haltelinie für das Rentenniveau in Höhe von 48 Prozent des Durchschnittslohns bis 2039 festzuschreiben
- Kapitalstock Beginnend mit 12 Milliarden Euro 2025 soll bis 2036 ein aktienbasierter Kapitalstock von 200 Milliarden Euro aufgebaut werden, dessen Zinsen dann in die Rentenkasse fließen. So will die Bundesregierung den weiteren Anstieg der Beiträge dämpfen.

che Rente ist denkbar ungeeignet, um damit an der Börse zu spekulieren", betonte er. Außerdem schütze auch ein Rentenniveau von 48 Prozent nicht vor Armut. Aber es gibt auch Stimmen, denen die Plä-

ne für das Generationenkapital nicht ausreichen, die es als "Tropfen auf den heißen Stein" kritisieren. Das Institut der Deutschen Wirtschaft schreibt etwa: "Sollen wie geplant ab 2036 jährlich 10 Milliarden Euro aus dem Stiftungsvermögen in die Rentenkasse fließen, muss dessen Rendite fünf Prozent betragen. Und selbst mit diesen Zuschüssen droht der Beitragssatz über das zu erwartende Niveau von 22,3 Prozent zu steigen, weil die Bevölkerung weiter altert. Folglich müsste der Bund ein noch höheres Vermögen aufbauen, um gegenzusteuern."

Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) äußert Zweifel: "Um die Niveaugarantie abzusichern, hätten mehr Bausteine für ihre Finanzierung Teil des Paketes sein müssen." Die Regierung habe es aber versäumt, Schritte zur Entlastung des Beitragssatzes zu entwickeln, schreiben die DIW-Forscher Johannes Geyer und Peter Haan. Sie fordern eine Reform der "Rente mit 63" und eine Ausweitung des Versichertenkreises, dies könne die Rentenkasse zumindest kurz- und mittelfristig entlasten. "Das Generationenkapital kommt sehr spät und ist zu klein dimensioniert, um einen relevanten Unterschied zu machen". Es gäbe bessere Investitionsgelegenheiten, stellen sie fest. Claudia Heine

### Das Vorbild aus dem Norden

#### **SCHWEDEN** Das schwedische Rentensystem mit einer Mischung aus Umlage- und Kapitalfinanzierung gilt weltweit als Modell für eine nachhaltige Altersvorsorge.

Erik, ein 48-jähriger Schwede, zögert ein wenig. "Ich weiß nicht, ich drücke mich bei Rentenfragen um Entscheidungen", sagt der Gründer und Mitbesitzer einer Produktionsfirma, die Podcasts und Rundfunkbeiträge produziert. In Schweden können sich alle Arbeitnehmer entscheiden, wie ein Teil ihrer Rentenbeiträge investiert werden soll, also ob in einen Staatsfonds oder in einem der rund 450 privaten

Das schwedische Rentensystem stützt sich auf drei Pfeiler: Neben der staatlichen Altersrente gibt es die Betriebsrente für rund 90 Prozent aller Arbeitnehmer sowie eine freiwillige private Rentenversicherung. Das Besondere an dem System ist die Mischung aus umlagefinanzierter und kapitalgedeckter Rente.

16 Prozent des Bruttogehalts werden in die umlagefinanzierte Rente eingezahlt. Weitere 2,5 Prozent fließen in eine kapitalgedeckte Altersvorsorge, die sogenannte Prämienrente. Die Rentenbeiträge von 18,5 Prozent teilen sich Arbeitgeber und Arbeit-

Derzeit stehen 454 verschiedene Fonds zur Verfügung. Diese Zahl soll künftig etwas reduziert werden. Maximal fünf Fonds kann der Arbeitnehmer wählen. Obwohl Schweden eine lange Aktien- und Fondstradition

hat, haben viele Beschäftigte aus Desinteresse oder Unkenntnis keine aktive Fondsauswahl getroffen. Für diesen Fall hat der Gesetzgeber den AP7-Fonds eingerichtet. AP7 steht für "Sjunde Allmänna Fonden", siebter allgemeiner Pensionsfonds. In diesen Staatsfonds fließen die 2,5 Prozent des Bruttogehalts, wenn man keinen der privaten Fonds gewählt hat. Die Beiträge von knapp der Hälfte aller schwedischen Arbeitnehmer landen in den AP7-Fonds. Erik gehört zu ihnen. "Ich bin etwas skeptisch, ob es richtig ist, mit der Rente an der Börse zu spielen", meint er. Allerdings ist ihm bewusst, dass auch der AP7-Fonds natürlich an der Börse investiert. "Mir scheint das aber sicherer".

Die Stockholmer Autorin Liselotte teilt diese Auffassung, hat sich aber dennoch vor Iahren für einen Tech-Fonds entschieden, der hauptsächlich in die Halbleiter-Branche investiert. "Das war einfach nur Glück", sagt sie. "Damals wusste ich ja noch nicht, dass Unternehmen wie Nvidia dermaßen erfolgreich werden", lacht sie. Knapp über die Hälfte aller beitragspflichtigen Schweden hat sich wie Liselotte gegen den Staatsfonds entschieden und investiert die 2,5 Prozent lieber in bis zu fünf andere Fonds

Das ausländische Interesse am schwedi-

schen Rentensystem ist seit Jahren hoch. Delegationen aus aller Welt haben sich in Stockholm bereits darüber informiert.

Der ehemalige Ministerpräsident Per Albin Hansson hatte in den 1930er Jahren eine Reform des Sozialsystems umgesetzt und gilt bis heute als Architekt des schwedischen Wohlfahrtsstaates. Der Sozialdemokrat leitete damit das ein, was fast 100 Jahre später noch immer als Vorbild gilt: Ein Wohlfahrtsstaat mit einem engmaschigen sozialen Netz, durch das niemand fallen kann. Sein Nachfolger, Tage Erlander, perfektionierte das Konzept, das eine staatliche Grundversorgung von der Wiege bis zur Bahre vorsah, egal ob jung, krank, alt, arm oder reich.

In den vergangenen Jahrzehnten ist - Sparzwängen geschuldet - zwar an diversen Stellschrauben gedreht worden, doch im Prinzip gilt weiterhin, dass niemand durch das Schutznetz fallen kann. Ein zentraler Pfeiler der Grundversorgung aller Bürger ist das Rentensystem, das 1999 grundlegend reformiert wurde.

Der AP7-Fonds verwaltet derzeit umgerech-



Sicher in Rente: Seniorinnen in Stockholm

© picture-alliance/dpa

net knapp 85 Milliarden Euro. Die Beiträge werden von dem Fonds bis zum 55. Lebensjahr in Aktien angelegt. Danach verringert sich schrittweise der Aktienanteil und die Gelder werden nach und nach in einem Rentenfonds angelegt. Die Erklärung für die Umschichtung ist einfach: "Wir wollen das Risiko kurz vor dem Renteneintritt verringern", sagt ein Sprecher des Fonds.

Gute Rendite Diese gemischte Anlagestrategie hat sich bewährt. Im vergangenen Jahr lag die Gesamtrendite des Fonds bei 18,4 Prozent und schlug damit auch private Fonds. Allerdings gibt es durch die Anlagen in Aktien große Schwankungen bei den Renditen. Die Gesamtrendite seit dem Start im Herbst 2000 liegt bei 378 Prozent. Da der Fonds die Gelder von all jenen verwaltet, die keine aktive Wahl getroffen haben, wird er in Schweden scherzhaft "Couchlieger-Fonds" genannt. Den passiven Sparern kann das egal sein, denn rückblickend hat sich diese "Sparform für Faule" rentiert. Laut Pensionsbehörde lag die Rendite des AP7-Fonds in den vergangenen Jahren deutlich über der durchschnittlichen Rendite, die Arbeitnehmer mit aktiver Fonds-Wahl erzielt haben. Ein weiterer Vorteil des AP7-Fonds: Die Gebühren be-

tragen nur 0,05 Prozent und liegen damit deutlich niedriger als die von privaten Fonds.

Der Staatsfonds investiert in Aktien von rund 2.500 Unternehmen. Zu den größten Investments zählen Apple, Microsoft, Nvidia, Amazon und die Google-Muttergesellschaft Alphabet. Regional gesehen, liegt der Investitionsschwerpunkt auf Nordamerika, es folgen Westeuropa und Asien.

Als das neue Rentensystem eingeführt wurde, sprachen viele von einer "Jahrhundertreform". Kritik gibt es aber auch: Der Versicherungsmathematiker Jan Hagberg prangerte vor zwei Jahren die allgemein niedrigen Renten an. Auch die Prämienpension habe daran nichts geändert. Tatsächlich liegt die durchschnittliche Rente in Schweden bei etwa 21.600 Kronen, das sind 1.853 Euro, die aber versteuert werden müssen. Der ehemalige Chef der Pensionsbehörde, Daniel Barr, ist wenig überraschend ganz anderer Meinung. "Für die meisten Rentner hat die Einführung der Prämienpension zu einer höheren Rente geführt", antwortete er auf Hagbergs Kritik. Die meisten Schweden teilen nach Umfragen seine positive Bilanz. Helmut Steuer

> Der Autor ist Nordeuropa-Korrespondent des Handelsblattes.

**INNENPOLITIK** Das Parlament - Nr. 40-41 - 28. September 2024

#### **KURZ NOTIERT**

#### Missbräuchlicher Erwerb von Schrottimmobilien

Kommunen sollen künftig einen Verwalter verlangen dürfen, um die missbräuchliche Ersteigerung von Schrott- beziehungsweise Problemimmobilien zu verhindern. Das sieht ein Gesetzentwurf (20/11308) der Bundesregierung vor, der am Donnerstag den Bundestag in geänderter Fassung (20/13026) mehrheitlich passierte. Damit soll unterbunden werden, dass bei Zwangsversteigerungen erhöhte Gebote abgegeben werden, die in der Folge aber nicht bedient werden. Der Ersteigerer kann aktuell bis zur erneuten Versteigerung beispielsweise die Mieteinnahmen einziehen. Die Bestellung eines Verwalters auf Antrag der Kommunen soll das künftig unterbinden.

#### Unternehmen sollen über **Nachhaltigkeit berichten**

Nach erster Lesung hat der Bundestag am Donnerstag einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (20/12787) zur Nachhaltigkeitsberichterstattung an die Ausschüsse überwiesen. Damit sollen EU-Vorgaben umgesetzt werden. Wie die Bundesregierung darin schreibt, verpflichtete eine EU-Richtlinie die Mitgliedstaaten bis zum 6. Juli 2024 zur Einführung einer Nachhaltigkeitsberichterstattung für nach dem Bilanzrecht als große sowie als kleine oder mittelgroße kapitalmarktorientierte definierte Unternehmen. Änderungen sind unter anderem im Handelsgesetzbuch, im Wertpapierhandelsgesetz und in der Wirtschaftsprüferordnung geplant. Die Bundesregierung taxiert den jährlichen Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft auf 1,58 Milliarden Euro.

#### **Schnellere Verfahren bei Dienstvergehen in der Truppe**

Die Verfahren zur Ahndung von Dienstvergehen in der Bundeswehr sollen beschleunigt werden. Dies sieht der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Neuordnung des Wehrdisziplinarrechts (20/12197) vor, über den der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung beriet. Die Dauer gerichtlicher Disziplinarverfahren hätten wegen der starken Belastung von Truppendienstgerichten und Wehrdisziplinaranwaltschaften "ein kaum mehr vertretbares Ausmaß angenommen", heißt es in der Gesetzesvorlage.

#### **Novellierung des Soldaten**entschädigungsgesetzes

In erster Lesung hat der Bundestag am Donnerstag den Gesetzentwurf der Bundesregierung "zur Änderung des Soldatenentschädigungsgesetzes und des Soldatenversorgungsrechts" (20/11856) beraten. Ziel der Regelung ist die "transparente Ausgestaltung der Ansprüche auf Entschädigung für Personen, die eine Wehrdienstbeschädigung erlitten haben, sowie für deren Angehörige und Hinterbliebene und damit die Beschleunigung der Verwaltungsverfahren sowie die Erhöhung der Qualität von Verwaltungsentscheidungen", heißt es in dem Entwurf. Die bisherigen Regelungen des Soldatenversorgungsgesetzes werden zum 1. Januar 2025 in das Soldatenentschädigungsgesetz überführt und dort neu geregelt. Im Rahmen der vorbereitenden Maßnahmen sei jedoch ersichtlich geworden, dass Änderungen sowohl im Soldatenentschädigungsgesetz als auch im Soldatenversorgungsgesetz notwendig seien, heißt es in der Gesetzesbegründung. aw ■



Check-in im Hotel: Künftig soll für deutsche Staatsbürger die Hotelmeldepflicht entfallen. Die Bundesregierung schätzt die Entlastung der Beherbergungswirtschaft auf 62 Millionen Euro – pro Jahr.

## Streit um Entlastung

#### **RECHT** Bundestag beschließt Bürokratieentlastungsgesetz IV. Der Opposition ist das zu wenig

über den Entwurf des vierten Bürokratieentlastungsgesetzes (BEG IV) hat am Donnerstag für einen veritablen Schlagabtausch zwischen den Koalitionsfraktionen und der Opposition gesorgt. Während Redner und Rednerinnen von SPD, Grünen Steuer- und Buchungsbelege von derzeit und FDP vorrechneten, was das Gesetz den zehn auf acht Jahre gewehrt. Mit Blick auf

Unternehmen und Bürgern bringen könne, warfen die Vertreter von CDU/CSU, AfD und den Gruppen Die Linke und BSW den Regierungsfraktionen vor, nur minimale Entlastungen auf den Weg zu bringen und sogar dem Steuerbetrug Vorschub zu leisten. Für den Entwurf stimmten SPD, Union, Grüne und FDP, dagegen stimmte die Gruppen Die Linke und BSW. Die AfD enthielt sich.

Diverse Änderungen Am Mittwoch hatte der Rechtsausschuss den Entwurf um einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ergänzt. Damit wurden nach Bekunden der Koalition Anregungen von Verbänden und des Bundesrates aufgegriffen. Dazu gehören Vereinfachungen im Nachweisrecht, also bei Arbeitsverträgen und Co. Zudem nahmen die Koalitionsfraktionen noch etliche Änderungen an Regelungen vor, die

ie abschließende Debatte bereits im Regierungsentwurf vorgesehen

In einer Anhörung zum Entwurf hatten Sachverständige eine Reihe von Nachbesserungen gefordert. Zudem hatten sich die Bürgerbewegung Finanzwende und die Deutsche Steuergewerkschaft gegen die Verkürzung der Aufbewahrungsfrist für

»Das

ist vielleicht

noch

ein

dünner

**Luftpostbrief.**«

Günther Krings (CDU)

laufende Cum-Ex-Ermittlungsverfahren wurde nun die heftig kritisierte Regerungsfristen angepasst. Die verkürzte Frist soll für Personen und Gesellschaften, die der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unterliegen, erst mit einer Verzögerung von einem Jahr gel-

Mit dem Gesetz (20/11306, 20/13015) will die Bundesregierung die Wirtschaft jährlich um rund 913 Millionen Euro entlasten. Dazu ist unter anderem vorgesehen, Formerfordernisse im Zivilrecht abzusenken, Aufbewahrungspflichten zu verkürzen sowie für deutsche Staatsangehörige die Hotelmeldepflicht abzuschaffen. Ferner soll laut Entwurf eine zentrale Datenbank der Steuerberaterinnen und Steuerberater für Vollmachten im Bereich der sozialen Sicherung eingeführt werden. Ebenfalls angenommen wurde ein

tionen. Darin kündigen sie weitere Anstrengungen zum Bürokratieabbau an und fordern die Bundesregierung auf, diverse stellung in der deutschen Politik: Weniger weitere Vorhaben in Angriff zu nehmen beziehungsweise zu prüfen.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) verwies in seiner Rede auf die Lasnicht zu übersehen, welche

»Wir

mussen

jetzt das

Ruder

rumreißen.«

Johannes Vogel

Bedeutung dieses Thema für den wirtschaftlichen lung zu den Aufbewah- Aufschwung habe. Mit dem BEG IV setze die Bundesregierung den Weg der Entbürokratisierung fort. Dies reiche aber nicht.

Natürlich habe die Ampelregierung auch Bürokratie aufgebaut, sagte Habeck, aber die sei auch nicht vom Himmel gefallen. Alle hätten ihren Anteil daran. Als erste Ursache nannte Habeck die Europäische Union.

Esra Limbacher (SPD) sagte, der Handlungsdruck sei nicht erst jetzt, sondern bereits in den letzten Jahrzehnten entstanden. Beim BEG IV gehe es um drei Dinge: Um Wettbewerb, Eigenverantwortung und darum, das Leben der Menschen einfacher zu machen.

Unnötige Bürokratie koste Zeit und Geld, stelle jeden Tag normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor hohe Hürden

BEG IV sei ein Signal und Bestandteil einer neuen Herangehensweise, eine neue Ein-Regulierung, schnellere Verfahren und mehr Wettbewerbsfähigkeit.

Johannes Vogel (FDP) sprach von Versäumnissen vorheriger Regierungen. Es ten der Bürokratie, die ein echtes Investiti- müsse jetzt gehandelt werden, weil es so onshemmnis seien. Bei aller Sperrigkeit sei nicht weitergehe. "Deshalb müssen wir

jetzt das Ruder rumreißen", sagte Vogel. Aufgabe der Politik sei es dabei, beste Rahmenbedingungen zu

Das Gesetz sei auf diesem Weg ein erster Schritt. Das BEG IV werde mit über 60 Einzelmaßnahmen dazu führen, dass eine Milliarde Euro Bürokratiekosten für die Unternehmen und die Menschen eingespart werden. Bürokratieabbau sei Wirtschaftspolitik, die kein

Geld koste, ein Konjunkturprogramm zum

Harte Kritik an Ampel Dagegen warf Günther Krings (CDU) der Ampelregierung vor, bisher nur durch Bürokratiewachstum aufgefallen zu sein. Was jetzt als Entlastungspaket angekündigt werde, sei "nicht mal mehr ein Päckchen", sondern nur noch "ein dünner Luftpostbrief". Alle erfolgreichen bisherigen Entlastungsgeset-

Entschließungsantrag der Koalitionsfrak- im Alltag und bremse die Wirtschaft. Das ze- und -programme seien auf Initiative von CDU und CSU zustande gekommen. Unter der Ampel-Regierung sei der Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft auf einem historischen Höchststand angelangt, sagte Krings. Statt der versprochenen Entlastung erlebe man Sitzungswoche für Sitzungswoche eine Zunahme an Vorschriften und Dokumentationspflichten, die die Unternehmen lähmten und Innovation brems-

> Stephan Brandner (AfD) bezeichnete den Gesetzentwurf als "planloses Stückwerk". Solche Vorhaben brächten Deutschland nicht voran, sie seien "Deutschlands Untergang". Brandner sprach von einer "Entbürokratisierungsbürokratie".

> Jörg Cezanne (Gruppe Die Linke) kritisierte den Entwurf als Tropfen auf den heißen Stein, die Bürokratiekosten würden kaum gesenkt. Was das Gesetz aber zu einem "unerträglichen Skandal" mache, sei, dass sich die Regierungsparteien damit zum Helfer beim Steuerbetrug machten. Die Verkürzung der Aufbewahrungspflicht von Steuerunterlagen nutze Steuerbetrügern. Dabei gehe es um milliardenschweren Steuerbetrug der vergangenen Jahre wie die Cum-Ex- und Cum-Cum-Deals. Das sei "falsch und verheerend". Der am Mittwoch von den Ampel-Fraktionen vorgelegte Kompromiss sei keiner.

> Klaus Ernst (Gruppe BSW) sagte, der Vernichtung der Unterlagen zuzustimmen, die zur Aufklärung der illegalen Deals nötig seien, sei ein Skandal. Michael Wojtek

## Bürgerfreundliche Fachkräftesicherung

**SOZIALES** SGB-III-Modernisierungsgesetz stößt bei Opposition auf Ablehnung

Die Bundesregierung plant eine Modernisierung der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsförderung. Das dazu vorgelegte SGB-III-Modernisierungsgesetz (20/12779) stößt bei Union und AfD jedoch auf Ablehnung, wie bei der ersten Lesung am Donnerstagabend deutlich wurde. Mit der Neureglung würden die Fehler des Bürgergeldes wiederholt, kritisierte Jana Schimke (CDU). Wolfgang Strengmann-Kuhn (Grüne) verteidigte den "in die Zukunft gerichteten Gesetzentwurf" - ebenso wie das Bürgergeld.

"Nur mit genügend Fachkräften werden wir dauerhaft unseren Wohlstand sichern können", sagte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, Anette Kramme (SPD), in der Debatte. Der vorgelegte Gesetzentwurf enthalte daher eine Reihe von Maßnahmen zur Fachkräftesicherung. So solle die Arbeitsförderung für junge Menschen verbessert und zur Unterstützung ausländischer Fachkräfte genutzt werden. Zugleich solle sie bürgerfreundlicher werden.

Laut Kramme sollen künftig junge Menschen mit "erhöhtem Unterstützungsbedarf" ganzheitlich beraten und betreut werden - "auch aufsuchend". Menschen mit ausländischen Berufsabschlüssen solle zudem besser geholfen werden, auf dem

deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) soll die Beratung zu Anerkennungsverfahren ab 2029 übernehmen, sagte die Staatsekretärin.

Grundsätzlich gehe es darum, die Arbeitsförderung bürgerfreundlicher, transparenter und effizienter zu gestalten. Dazu sollen die Möglichkeiten einer Beratung per Videotelefonie erweitert werden. Die bisherige Eingliederungsvereinbarung soll durch einen neuen Kooperationsplan ersetzt werden, "der für die Arbeitssuchenden verständlicher sein wird", kündigte die SPD-Politikerin an.

»Wohlfühlpolitik« Nach Einschätzung von Jana Schimke wird mit dem Gesetzentwurf "der Fehler des Bürgergeldes wiederholt". Ihr sei nicht klar, was "vereinfacht" werden müsse, "wenn man die Menschen höflichst darum bittet, sich eine neue Arbeitsstelle zu suchen und dafür gemeinsam die geeigneten Fähigkeiten ermittelt".

Kein Verständnis hat Schimke auch dafür, dass das im bisherigen Gesetz festgeschriebene "persönliche Gespräch" durch eine Videokonferenz ersetzt werden solle. Es brauche Verbindlichkeit, um die Menschen in Arbeit zu bringen, argumentierte sie. "Was Sie hier machen ist Wohlfühlpolitik", sagte die Unionsabgeordnete.

Für diese Kritik hatte wiederum der Grünen-Abgeordnete Wolfgang Strengmann-Kuhn kein Verständnis. Die sich verändernde Arbeitswelt müsse neu gestaltet werden, sagte er. "Auch in den sozialen Sicherungs-

Bei der Weiterbildung sei im Bürgergeld "schon eine Menge gemacht worden". Nun werde eine weitere Unterstützung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen beim Einstieg in das Arbeitsleben vorgenommen. Enorm wichtig, sagte Strengmann-Kuhn, sei auch die Förderung von Selbstständigkeit. Auch hier habe man mit dem Bürgergeld schon viel getan. Jetzt würden Hürden beim Existenzgründungszuschuss abgebaut und der Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung für Selbstständige

Aus einer Leistungsgesellschaft sei eine Minderleistergesellschaft gemacht worden, sagte Gerrit Huy (AfD). "Glauben Sie wirklich, dass Sie dieses Problem durch eine "Weiterentwicklung der Eingliederungsvereinbarung zu Kooperationsplänen' lösen können?", fragte Huy, deren Fraktion sich in einem Antrag (20/12970) für die Wiedereinführung des Vermittlungsvorrangs und für berufliche Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten streng nach Bedarf in Engpassberufen ausspricht. Götz Hausding **■** 

## Bundesweiter Härtefallfonds für SED-Opfer

**SED-OPFER** Abgeordnete fordern Nachbesserungen am Regierungsentwurf

Für Opfer der SED-Diktatur soll ein bundesweiter Härtefallfonds eingerichtet werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (20/12789) debattierte der Bundestag am späten Donnerstagabend in erster Lesung. Damit wird eine langjährige Forderung von Opferverbänden sowie der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag, Evelyn Zupke, aufgegriffen.

Mit der Einrichtung des Härtefallfonds mit einem Volumen von einer Million Euro soll insbesondere für SED-Opfer, die in westdeutschen Bundesländern leben, ein Instrument geschaffen werden. In den ostdeutschen Bundesländern existieren solche Fonds bereits. Die Leistungen des bundesweiten Härtefallfonds sollen laut Entwurf von der bisherigen Stiftung für ehemalige politische Häftlinge gewährt werden; die Aufsicht darüber soll die SED-Opferbeauftragte übernehmen. Die Stiftung soll ferner zur Stiftung für ehemalige politisch Verfolgte weiterentwickelt werden und ein eigenes Stammgesetz bekommen.

**Dynamisierung der Opferrente** Neben der Einrichtung des Härtefallfonds will die Bundesregierung mit dem Entwurf weitere Ankündigungen aus dem Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP umsetzen. So soll die SED-Opferrente

künftig dynamisiert werden. Statt wie bisher alle fünf Jahre die Höhe der "besonderen Zuwendung für Haftopfer" zu überprüfen, soll die Entwicklung der Opferrente an die Entwicklung des aktuellen Rentenwerts gekoppelt werden. Ebenso soll künftig mit den Ausgleichsleistungen für beruflich Verfolgte verfahren werden.

Angepasst werden soll zudem die Definition der Opfergruppen. Demnach sollen künftig auch Opfer von Zwangsaussiedlungen aus dem Grenzgebiet der früheren DDR Anspruch auf eine einmalige Leistung in Höhe von 1.500 Euro haben.

Schließlich soll künftig darauf verzichtet werden, die monatliche Ausgleichszahlung für beruflich Verfolgte bei Renteneintritt zu kürzen. Dies gilt laut Entwurf aktuell für Fälle, "in denen Betroffene eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigener Versicherung beziehen". Zudem soll davon abgesehen werden, dass das Partnereinkommen bei der Prüfung der Bedürftigkeit als Voraussetzung für Ausgleichszahlungen berücksichtigt wird.

In der Debatte betonte Benjamin Strasser (FDP), dass die Bundesregierung mit den geplanten Regelungen teilweise über die Ankündigungen aus dem Koalitionsvertrag hinausgehe. "Wir machen damit deutlich, dass wir das Leid der Opfer des SED-Un-

rechtsregimes anerkennen. Wir wollen ihre wirtschaftliche Lage noch einmal deutlich verbessern", so Strasser.

Nachbesserungen gefordert Die Abgeordneten begrüßten über die Fraktionsgrenzen hinweg den Entwurf als Schritt in die richtige Richtung, forderten aber deutliche Nachbesserungen. Carsten Müller (CDU) sah etwa bei der Anerkennung der gesundheitlichen Folgeschäden von SED-Opfern noch Änderungsbedarf. Im Gesetzentwurf hatte die Bundesregierung die Rechtslage hingegen als ausreichend be-

Das sah auch Jan Plobner (SPD) kritisch und verwies auf die geringe Anerkennungsquote und Forderungen ostdeutscher Länder. Man könne und solle nicht über dieses "klare Signal" hinwegsehen. Erleichterungen diesbezüglich forderte auch Helge Limburg (Grüne). Götz Frömming (AfD) verlangte einen vollständigen Verzicht auf Bedürftigkeitsprüfungen. Zudem sprach er sich für eine deutliche Erhöhung der Zahlung an Betroffene der Zwangsaussiedlungen aus. Auch eine Erhöhung der SED-Opferrente vor der Dynamisierung wurde von den Abgeordneten ins Spiel gebracht. Weiter beraten wird der Entwurf nun im Rechtsausschuss.

INNENPOLITIK Das Parlament - Nr. 40-41 - 28. September 2024

ollte die Bundesregierung auf breite Zustimmung zu ihrem "Sicherheitspaket" gehofft haben, das sie nach dem Messerattentat von Solingen vorgelegt hat, wurde sie in dieser Woche erneut eines Besseren belehrt: Erst wurde das Maßnahmenbündel zur Bekämpfung von Islamismus und irregulärer Migration sowie zur Verschärfung des Waffenrechts am Montag bei einer Experten-Anhörung des Ausschusses für Inneres und Heimat von einer Reihe der Sachverständigen als zu weitgehend kritisiert (siehe Beitrag unten links). Am Donnerstag stand dann im Bundestagsplenum erstmals ein sehr viel weiter gehender CDU/CSU-Antrag mit dem Titel "Ein umfassendes Sicherheitspaket jetzt beschließen - Was beim Sicherheitspaket der Koalition fehlt" (20/12961) zur Debatte.

Zurückweisungen gefordert Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, an den deutschen Grenzen auch solche Personen zurückzuweisen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU oder des Schengen-Raums bereits Aufnahme gefunden haben oder die einen Asylantrag auch in einem Staat stellen können, aus dem sie einreisen wollen. Auch plädiert die Unionsfraktion in ihrem umfangreichen Forderungskatalog etwa dafür, den Familiennachzug zu subsidiär schutzberechtigten Ausländern bis auf Weiteres zu beenden und alle Bundesaufnahmeprogramme einzustellen.

Zugleich soll die Bundesregierung nach dem Willen der CDU/CSU unter anderem die Anreize für eine Sekundärmigration nach Deutschland senken, indem die Sozialstandards in der EU für Asylbewerber und Schutzberechtigte einander angenähert werden. Gebraucht werde eine Klarstellung im europäischen Recht, "dass Sozialleistungen – auch nach Abschluss des Asylverfahrens - nur im zuständigen Mitgliedstaat bezogen werden können", heißt es in dem Antrag weiter.

»Verunsicherungspaket« Lars Castellucci (SPD) wertete die Vorlage in der Debatte als "Verunsicherungspaket". Die Union wolle "Angst schüren und sich dann als Retter präsentieren". Indem sie nach einem der letzten Attentate im Land einen "Zuzugsstopp für Afghanen und Syrer" gefordert habe, schüre sie Ressentiments und behandele pauschal Gruppen so, "als ob jeder Afghane und jeder Syrer ein potenzieller Terrorist wäre", kritisierte Castellucci. Ressentiments schafften aber keine Sicherheit, sondern Verunsicherung. Dagegen sorge die Bundesregierung mit ihrem Sicherheitspaket dafür, dass das Maximale getan werde, um Taten wie in Solingen für die Zukunft zu verhindern.

Alexander Throm (CDU) entgegnete, dass die Menschen im Land bereits Angst hätten, aber die SPD dies nicht erkenne. Das zu diesen Gesetzentwürfen erst am Montag Sicherheitspaket der Ampelkoalition enthalte nur "kleine Trippelschrittchen", während ein "Weitsprung" gebraucht werde. Mit ihrem Antrag lege seine Fraktion all die Maßnahmen vor, die in dem Koalitionspaket fehlten, etwa zur Begrenzung des Zuzugs nach Deutschland, fügte Throm hinzu und forderte "umfassende Zurückweisungen". Zugleich kritisierte der CDU-Abgeordnete, dass die Koalition die Gesetzesvorlagen zum Sicherheitspaket der Bundesregierung an diesem Tag noch nicht zur

## Paket auf Paket

**MIGRATION** Die Union antwortet auf das Sicherheitspaket der Regierung mit einem umfangreichen Forderungskatalog



Vom Hamburger Flughafen startete am Dienstag dieser Woche erneut ein Abschiebeflug mit abgelehnten Asylbewerbern. Derweil hält der Streit um eine Verschärfung der deutschen Migrationspolitik weiter an.

Beschlussfassung gestellt habe. Dies sei "beschämend, weil Sie es versprochen ha-

»Völliger Bruch« Marcel Emmerich (Grüne) hielt dem entgegen, dass die Anhörung stattgefunden habe und nun von der Koalition "natürlich" sorgfältig ausgewertet werde. Zugleich warf Emmerich der Union vor, dass nach ihrer "Kernidee" Asylsuchende durch rechtswidrige Zurückweisungen an den deutschen Grenzen in die Nachbarländer "zurückgetrieben" werden sollten. Sie wolle nach dem islamistischen Anschlag von Solingen "nur über Asyl und Migration" reden, nicht aber über die innere Sicherheit. So zielten von 60 Punkten des CDU/CSU-Antrags mehr als 40 auf

asylpolitische Maßnahmen und Verschär-

Bernd Baumann (AfD) betonte, die von der CDU/CSU geforderten Zurückweisungen seien "ein Antrag der AfD". Die Koalition habe aber verhindert, dass das Parlament über solche Zurückweisungen an diesem Tag abstimmen könne, "wohl weil sie ahnte, dass jetzt selbst einzelne FDP-Abgeordnete dem zustimmen könnten". Dies zeige, welchen Einfluss die AfD mit ihren Forderungen habe. "Wir treiben die Koalition, die CDU und die FDP vor uns her", fügte Baumann hinzu. Mit dem Ruf nach Zurückweisungen an der Grenze kopiere die CDU/CSU nicht nur die Kernforderung der AfD, sondern vollziehe damit auch einen "völligen Bruch" mit der 16-jährigen

Amtszeit der unionsgeführten Bundesregie-

rung unter der früheren Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU).

Konstantin Kuhle (FDP) unterstrich, dass die Koalition das Sicherheitspaket der Bundesregierung zügig beschließen, aber zuvor auch mit der erforderlichen Sorgfalt darüber beraten werde. Er warnte davor, dass (SPD) befand, der AfD-Antrag erzähle räume nutzen", sagte er. Daraus könne die "die Parteien der demokratischen Mitte beim Thema Migration übereinander herfallen". Dies nutze am Ende nur denen, die das Thema gar nicht lösen wollten. Deswegen bleibe die Hand gegenüber der CDU/ CSU ausgestreckt, die das Thema Migration ebenso wie die Parteien der Koalition lösen wolle, fügte Kuhle hinzu und warb dafür, mit einer gemeinsamen Mehrheit von Koalition und CDU/CSU "mehr Ordnung und Kontrolle in der Migrationspolitik" zu schaffen. Helmut Stoltenbera ■

## Streit um »Brot, Bett und Seife«-Forderungen

**SOZIALES** AfD will »Pull-Faktor« für Migration abschaffen

460 Euro monatlich stehen Asylbewerbern laut Asylbewerberleistungsgesetz in der Bedarfsstufe 1 für Alleinstehende zu. Übernommen werden zudem noch die Kosten für Wohnung und Heizung, so sie denn angemessen erscheinen. Das ist zu viel, findet die AfD. Sie hat in der Höhe der Unterstützung einen "Pull-Faktor" ausgemacht, der "die Menschen aus aller Welt ins Land zieht", wie es René Springer (AfD) am Mittwochabend im Bundestag formulierte. Springers Rechnung sah so aus: Die 460 Euro entsprächen dem 15-fachen des monatlichen Einkommens in Afghanistan,

stellen wir uns mal vor: In Deutschland liegt der durchschnittliche Lohn bei 3.540 Euro und es gibt ein Land auf dieser Welt, dass die Grenzen öffnet und jedem, der dort hingeht, umgerechnet 54.000 Euro gibt - plus Wohnung." Das sei die Wirkung, die von deutschen Sozialsystemen ausgehe, sagte der AfD-Abgeordnete. Seine Fraktion fordert daher in dem der Debatte

das bei 30 Euro liege. "Jetzt

zugrunde liegenden Antrag: "Brot, Bett und Seife – Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylbewerber" (20/12960).

Über das "Brot, Bett und Seife"-Prinzip denkt auch die Bundesregierung nach. Medienberichten zufolge diskutiert die Ampel im Nachgang des Attentats von Solingen über eine solche Regelung für Asylbewerber, die bereits in einem anderen EU-Staat registriert wurden.

Während der Debatte war davon auf Seiten von SPD und Grünen jedoch nichts zu hö-

ren. Wer Schutz braucht, bekomme diesen Schutz in unserem Land, sagte Natalie Pawlik (SPD). "Das bedeutet auch, dass wir Schutzsuchende nicht hungern lassen und ihnen Grundleistungen gewähren, um hier zu überleben." Das Bundesverfassungsgericht habe hierzu mehrfach geur-

teilt, "dass die Menschenwürde eben nicht migrationspolitisch zu relativieren ist". Wer glaube, "die Fol-

gen von Flucht und Vertreibung durch Entrechtung von Geflüchteten oder durch Seife, Brot und Bett für Geflüchtete zu lösen, der irrt", sagte Pawlik. Angelika Glöckner "wieder einmal nur Unwahrheiten". Er stelle Menschen, die Schutz suchten, unter den Generalverdacht, "unsere Sozialsysteme zu missbrauchen".

**Grundgesetz** Wolfgang Strengmann-Kuhn (Grüne) warf mittels Zwischenruf dem AfD-Abgeordneten Springer "ausländerfeindliche Hetze" vor, als dieser davon sprach, dass die deutsche Regierung "im Ausland auf Arabisch und in anderen Sprachen für unser Bürgergeld wirbt", was aus seiner Sicht "fast schon kriminell ist". Die AfD, rief ihm Strengmann-Kuhn entgegen, lehne das Grundgesetz ab und wolle zurück in die 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts.

Beispiel Dänemark Stephanie Aeffner (Grüne) bezog sich auf einen konkreten Punkt im Antrag der AfD. Dort werde Dänemark als Vorbild genannt und behauptet, es wäre super, Sozialleistungen auf das dortige Niveau zu kürzen. "Das Dänemark, zu dem das Anti-Folter-Komitee des Europarates sagt, dass die Zustände im Ausreise-

> zentrum Ellebæk für Menschen nicht wirklich geeignet und schlimmer als in Russland sind", sagte Aeff-

Aus Sicht von Jens Teutri-

ne (FDP) ist die Ampel

unserem Land.«

Natalie Pawlik (SPD)

»Nehmen Sie

unser Angebot

an. Arbeiten

wir gemein-

sam an einer

Asylwende.«

Peter Aumer (CDU)

»Wer Schutz

braucht, be-

kommt diesen

Schutz in

mit ihren Bemühungen weiter vorangeschritten, als die AfD es mit ihrem Antrag erreichen würde. Die AfD schlage vor, dass ein Dublin-Flüchtling, der wie im Fall des Attentäters von Solingen gar nicht mehr in Deutschland hätte sein dürfen, weiterhin Sachleistungen bekommen soll.

"Wir schlagen vor, dass er gar keine Leistungen mehr kriegen soll", hielt der FDP-Mann dem entgegen. Im Gesetzentwurf der Bundesregierung stehe, dass Personen, die kein Aufenthaltsrecht haben, "überhaupt keine Leistungen mehr kriegen". Das sei eine konsequentere Politik, als einfach Sachleistungen an alle auszugeben, sagte Treutrine.

Sachleistungen sind aber aus seiner Sicht

ohnehin der falsche Weg. Die Vertreter von Städtetag und Landkreistag hätten deutlich gemacht, dass Sachleistungen sie bürokratisch überfordert würden. "Deswegen wollen wir die Bezahlkarte einführen", sagte der FDP-Abgeordnete. Das werde aber von unionsgeführten Landesregierungen blockiert.

Substanzlos und wirkungslos sei der Antrag, befand Peter Aumer (CDU). "Wir

haben als CDU/CSU-Bundestagsfraktion schon im Dezember 2023 ein klares Konzept vorgelegt mit dem Titel "Leistungen für Asylbewerber senken – Rechtliche Spiel-AfD lernen, "wie verantwortungsvolle Politik für unser Land geht".

Die Union wolle die Asylbewerberleistungen neu ausrichten. "Wir wollen die Leistungen reduzieren, wir wollen aber auch die komplette Asylpolitik reformieren", sagte Aumer. Der Ampelregierung rief er zu: "Nehmen Sie das Angebot von Friedrich Merz an. Arbeiten wir gemeinsam an einer Asylwende." Dann werde die AfD nicht mehr bei 30 Prozent liegen, "sondern bei viel weniger". Götz Hausding

## Sicherheitspaket in der Expertenkritik

ANHÖRUNG Sachverständige reagieren überwiegend zurückhaltend auf Koalitionsvorlagen

Die von der Regierungskoalition nach den Messerangriffen in Mannheim und Solingen als Teil eines "Sicherheitspakets" (siehe auch Beitrag oben) vorgelegten Gesetzentwürfe sind von Sachverständigen im Ausschuss für Inneres und Heimat überwiegend zurückhaltend, teils auch ablehnend bewertet worden . Dabei ging es insbesondere um die Koalitionsentwürfe zur "Ver-

besserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems" (20/12805) und "Verbesserung der Terrorismusbekämpfung" (20/12806). Zu dem Maßnahmenbündel zählt etwa die Befugnis von Sicherheitsbehörden zum biometrischen Abgleich öffentlich zugänglicher Internetdaten. Daneben stand auch der von der CDU/CSU vorgelegte Entwurf eines "Zustrombegrenzungsgesetzes" (20/12804) auf der Tagesordnung.

»Daten-Supergau« Louisa Specht-Riemenschneider, Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, monierte, die vorgesehenen Eingriffsnormen zur Gesichtserkennung wiesen zu unscharfe Tatbestandsmerkmale auf und ermöglichten erhebliche Eingriffe in die Rechte Unbeteiligter.

Der Rechtswissenschaftler Dennis-Kenji Kipker sprach von einem "sicherheitsbehördlichen Daten-Supergau". Bei der geplanten Vorfelderfassung persönlicher Daten solle der Ausnahmefall zur Regel gemacht werden. Damit käme man dem "gläsernen Bürger" näher als jemals zuvor. Stephan Schindler von der Universität Kassel verwies darauf, dass die vorgesehenen Vorschriften zum Abgleich mit öffentlich zugänglichen Internetdaten zu erheblichen Grundrechtseingriffen führten, da potenziell alle Internetnutzer betroffen seien. Nötig seien Regelungen, die den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wahrten. Christoph Sorge, Professor für Rechtsinfor-

»Mit dem Vorschlag kommen wir dem gläsernen Bürger näher als je zuvor.«

Dennis-Kenji Kipker, Professor für IT-Sicherheit

matik an der Universität des Saarlandes, sagte, die technische Konzeption zur Verarbeitung personenbezogener Daten falle so unkonkret aus, dass sie kaum im Detail zu überprüfen sei. Dabei seien sehr weitreichende Eingriffe vorgesehen, ohne dass die Bürger wüssten,

worauf sie sich einstellen

müssten. Für die Gesell-

schaft für Freiheitsrechte

sah Sarah Lincoln übereil-

te Maßnahmen, die das Land nicht sicherer machten. Die Verschärfungen ließen eine gewissenhafte Abwägung von Grundrechten vermissen und berücksichtigten vielfach nicht die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Die Vizepräsidentin des Bundeskriminalamtes (BKA), Martina Link, betonte demgegenüber, die Identifizierung von Attentätern oder Gefährdern, die noch nicht polizeilich in Erscheinung getreten sind, werde durch die Regelungen zum biometrischen Internetabgleich erheblich erleichtert. Die Schaffung einer Rechtsgrundlage für automatisierte Datenanalyse sei für eine zeitgemäße Polizeiarbeit und speziell für das BKA von wesentlicher Bedeutung.

Finn-Christopher Brüning vom Deutschen Städte- und Gemeindebund hält es für fraglich, ob die Inhalte des Sicherheitspakets die objektive Sicherheit in Deutschland effektiv erhöhen. Vielmehr bedürfe es relevanter Reformen bei den Zuständigkeiten und Kompetenzen aller Beteiligten. Insbesondere müssten die Polizei, die Ausländerbehörden sowie die mit den Abschiebungen befassten Stellen der Länder personell besser ausgestattet werden. Für den Deutschen Landkreistag attestierte

Klaus Ritgen den Vorlagen, einer besseren Steuerung und Begrenzung irregulärer Migration zu dienen. Die Regelungen könnten aber nur erste Schritte sein.

Andre Schuster erklärte für den Deutschen Städtetag, insgesamt unterstütze dieser die Maßnahmen zur Verbesserung der inneren Sicherheit. Jedoch müsse die Bedeutung von Rechtsstaatlichkeit und fairen Verfahren im Umgang mit Asylsuchenden und Schutzberechtigten betont werden.

Praxisferne Jörg-Henning Gerlemann, Abteilungsleiter beim Hamburger Rechnungshof, hob vor allem auf die geplanten neuen Waffenverbotszonen ab. Danach solle es ermöglicht werden, etwa alle Volksfeste oder den gesamten öffentlichen Nahverkehr generell als Verbotsgebiete auszuweisen. Zu befürchten sei, dass schon auf Grund des Umfangs umfassende polizeili-

che Kontrollen nicht möglich sind. Kriminaloberrat Niels Heinrich von der Fachlichen Leitstelle Nationales Waffenregister bemängelte, bezogen auf das Waffenrecht zeuge der Koalitionsvorschlag von Praxisferne und mache den ohnehin schon bestehenden Wust an unnötiger Bürokratie Franz Ludwig Averdunk 🛭

## Hausaufgaben aus Brüssel

**RECHT** Das Terrorstrafrecht soll an EU-Vorgaben angepasst werden. Experten teils skeptisch

Die Bundesregierung will im Terrorismusstrafrecht nachbessern. Freiwillig geschieht das nicht; die EU-Kommission hat gerügt, dass Deutschland eine EU-Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung nicht ausreichend umgesetzt hat. Dies soll nun mit einem Gesetzentwurf (20/11848) getan werden. In einer Sachverständigenanhörung Anfang der Woche betonten die geladenen Expertinnen und Experten, dass eine Umsetzung europarechtlich notwendig sei. Zwischen den Vertreterinnen und Vertretern der Rechtswissenschaft sowie der Strafverfolgungspraxis zeigte sich aber ein Dissens. Insbesondere erstere warnten, dass die Umsetzung in einigen Bereichen zu weit gehe und nicht mehr verfassungskonform sein könnte. Vertreter aus der Justizpraxis begrüßten die Vorlage und forderten erweiterte Ermittlungsbefugnisse.

Kritik an Vorverlagerung Konkret sind Änderungen vor allem in den Paragrafen 89a (Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat) und 89c (Terrorismusfinanzierung) geplant. Laut Entwurf soll in Paragraf 89a künftig eine "terroristische Straftat" definiert werden statt der bisherigen "schweren staatsgefährdenden Gewalttat". Zudem soll der Straftatenkatalog ausgeweitet werden.

Unter anderem soll danach der Tatbestand der Einreise als Straftat im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten aufgenommen werden. Ferner soll eine Versuchsstrafbarkeit aufgenommen und die versuchte Anstiftung zu einer terroristischen Straftat geahndet werden. In Paragraf 89c ist vorgesehen, den Paragrafen um bestimmte Handlungen zu erweitern, deren Finanzierung den Tatbestand einer Terrorismusfinanzie-

rung erfüllt. Ebenso soll eine Versuchsstrafbarkeit eingeführt werden.

Katharina Beckemper von der Universität Leipzig sagte in ihrem Einführungsstatement, der Entwurf sei "richtig gut" und komme zur rechten Zeit. Der Gesetzgeber habe auf die Mahnung der EU reagiert, "aber nicht immer und an allen Stellen elegant". Der Entwurf entspreche den Vorgaben

des europäischen Rechts. Allerdings werde die Versuchsstrafbarkeit sehr weit nach vorn gedehnt. Ähnlich äußerte sich Anneke Petzsche von der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie begrüßte zwar die im Entwurf enthaltenen terminologischen Klarstellungen und tatbestandlichen Umstrukturierungen. Darüber hinaus seien die im Zentrum der Reform stehenden Normen des Terrorismusstrafrechts

aufgrund ihrer erheblichen Vorverlagerung kritisch zu sehen. Erweiterungen, die über die europäischen Vorgaben hinausgehen, sollten auf ihren europarechtlichen Kern zurückgeführt werden.

Aus Sicht der Strafverfolgungspraxis bieten die Regelungen im Entwurf hingegen neue Möglichkeiten. So befand Dirk Peglow, Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, dass die geplanten Regelungen dazu geeignet seien, bisherige Lücken im Bereich der Strafverfolgung zu schließen und eine noch effektivere Verfolgung des Terrorismus zu ermöglichen. Im Einzelnen begrüßte Peglow unter anderem, dass der Katalog der terroristischen Straftaten präzisiert und auch erweitert worden sei. Zudem erscheine es sachgerecht, die Versuchsstrafbarkeit auszudehnen. Sie ermögliche es, eine Vielzahl von Vorfeldaktivitäten als Straftaten zu verfol-

Alexander Poitz, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, erklärte, mit dem Entwurf werde gesetzgeberischer Handlungsbedarf erkannt. Angesichts der europaweit andauernden heraus-

fordernden Sicherheitslage sei es aber auch notwendig, dass die Polizei und Sicherheitsbehörden personell gestärkt und mit wirksamen Befugnissen im Kampf gegen den Terrorismus ausgestattet werden.

Neue Befugnisse Wolfram Nettersheim, Staatsanwalt beim Bundesgerichtshof, sprach sich für eine Ausweitung der Strafbarkeiten im Terrorismusstrafrecht aus.

Das gelte insbesondere für die einheitliche Definition der terroristischen Straftat und die damit einhergehende Vereinheitlichung und Erweiterung der im Entwurf in Bezug genommenen Straftaten. Diese Strafbarkeitserweiterungen könnten aber nur dann zu der von der Richtlinie und dem vorliegenden Entwurf beabsichtigten umfassenderen und effektiveren Verfolgung terroristischer Handlungen führen, wenn auch die Eingriffsermächtigungen der Strafprozessordnung auf die entsprechenden neuen Varianten und Tatbestände erstreckt werden. Der Forderung nach einer Erweiterung der Ermittlungsbefugnisse schloss sich auch Andreas Schmidtke, Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf, an.

Einige **Experten** fordern erweiterte **Ermittlungs**befugnisse für die Behörden.

6 **INNENPOLITIK** Das Parlament - Nr. 40-41 - 28. September 2024



Die Karlsruher Richter haben für eine wichtige Klarstellung gesorgt, was den Ausschussvorsitz im Bundestag betrifft. Demnach sind die bisher dabei angewandten Verfahren zulässig.

© picture-alliance/dpa/Uwe Anspach

# Es darf gewählt werden

#### BUNDESVERFASSUNGSGERICHT AfD verliert zwei Organstreitverfahren zum Ausschussvorsitz

ie AfD ist im Streit um Ausschussvorsitze im Bundestag vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Karlsruhe entschied in der vergangenen Woche einstimmig, dass eine Fraktion keinen Anspruch auf einen Posten als Ausschussvorsitzender hat. Auch die im November 2019 erfolgte korrekt war. Abwahl des AfD-Politi-

kers Stephan Brandner, er war in der 19. Wahlperiode bis dahin Vorsitzender des Rechtsausschusses, verstieß nicht gegen das Grundgesetz. Damit ist ein jahrelanger Streit entschieden, das Urteil in zwei Organstreitverfahren (2 BvE 1/20 und 2 BvE 10/21) zeigt zudem die Reichweite der Geschäftsordnungsautonomie des Bundestages auf.

Fest steht nun: Nutzen Ausschüsse im Bundestag

bei der Bestimmung ihrer Vorsitzenden die Möglichkeit einer Wahl, ist dies verfassungsrechtlich erlaubt. Für Ausschussvorsitze gilt zudem, dass auch eine Abwahl möglich ist, auch wenn dazu eine ausdrückliche Regelung in der Geschäftsordnung des Bundestages fehlt. Der Bundestag hatte die Möglichkeit einer Abwahl damit begründet, dass es zu einem Rechtsakt auch eine gegenteilige Rechtshandlung geben könne.

Abwahl war korrekt Diese Sicht sei "folgerichtig" und dieses Verständnis der Geschäftsordnung "nicht evident sachwidrig", bestätigte Karlsruhe nun, dass das Verfahren zur Abwahl Brandners

»Der Bundestag

kann

seine inneren

Angelegenheiten

in eigener

Verantwortung

regeln.«

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD)

Dass diese eher selbstverständlich klingenden Gein die Vergangenheit verständlicher. Bis zum Beginn der 19. Wahlperiode, also bis Oktober 2017, wurde in den Ausschüssen nur selten das Mittel einer Wahl zur Bestimmung der Vorsitzenden genutzt.

Da in jedem Ausschuss eine vorher festgelegte Fraktion vorschlagsberechtigt dafür ist, wen sie

für das Amt des Ausschussvorsitzes vorsieht, wurde deren Vorschlag häufig durch Akklamation bestätigt. Nur wenn sich Widerspruch erhob, wurde gegebenenfalls eine Wahl durchgeführt. In der 19. Wahlperiode kam es dann in mehreren Ausschüssen zu solchen Widersprüchen gegen Kandidaten der AfD, so dass

eine Wahl nötig wurde, bei der sodann aber die von der AfD benannten Kandidaten eine Mehrheit erhielten und ihr Amt antreten konnten.

Keine Mehrheit für AfD Dies ist in der aktuellen Wahlperiode anders. Zwar ist im Bundestag unstrittig und zwischen den Fraktionen vereinbart, dass der AfD ein Vorsitz im Innen-, Gesundheits-, und Entwicklungsausschuss zusteht, bei den Wahlen in den Ausschüssen erhielt danken in Zweifel stan- aber bislang keiner der AfD-Kandidaten den, wird bei einem Blick eine Mehrheit. Die Vorsitze sind seitdem vakant und die stellvertretenden Vorsitzenden leiten die Ausschüsse.

> Weder das Verfahren noch das Scheitern bei Wahlen zum Vorsitzenden sei aber verfassungsrechtlich zu beanstanden, entschied jetzt das Bundesverfassungsge-

Es respektierte dabei das Selbstorganisationsrecht des Parlaments und stärkte dieses dadurch: Bei Fragen der Gleichheit der Abgeordneten, "die erst die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages" und nicht bereits Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes einräumt, finde eine verfassungsgerichtliche Überprüfung "lediglich dahingehend statt, ob die einschlägigen Bestimmungen der Geschäftsordnung oder ihre Auslegung und Anwendung jedenfalls nicht evident sachwidrig und damit willkürlich sind." Damit gab das Gericht

erstmals eine Antwort auf die Frage, was der Grundsatz der "fairen und loyalen Auslegung und Anwendung der Geschäftsordnung" konkret bedeutet.

Da aus der Verfassung kein Anspruch auf Zugang zu Leitungsämtern folgt, "bei denen es nicht zur inhaltlichen Vorformung der parlamentarischen politischen Willensbildung kommt" und die organisatorische Funktion von Ausre Antwort aus Karlsruhe: Ja!

Mitwirkung der Fraktion Dass eine Wahl zur Bestimmung der Vorsitzenden durchgeführt wird, wahrt "den Grundsatz einer fairen und loyalen Auslegung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages", insbesondere sei dies "nicht evident sachwidrig" und damit nicht zu beanstanden.

Es sei auch nicht zu beanstanden, dass damit die Mitwirkung einer Fraktion bei der Besetzung der Ausschussvorsitze "unter den Vorbehalt einer freien Wahl im Ausschuss gestellt" werde, so das Gericht. Das Mitwirkungsrecht einer Fraktion ist also bereits dadurch gewahrt, dass sie "einen Kandidaten für die Wahl vorschlagen kann und dass die freie Wahl ordnungsgemäß durchgeführt wird." Es gibt aber bei einer Wahl keinen An-

spruch darauf, dass ein Kandidat auch gewählt werde. Das Bundesverfassungsgericht stellte nochmal klar: "Mit einer freien Wahl wäre es unvereinbar, wenn eine Fraktion das Recht auf ein bestimmtes Wahlergebnis hätte."

Wichtige Klarstellung In einer ersten Stellungnahme hat Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) diese Klarstellung schussvorsitzenden zu solchen Ämtern und Stärkung der Geschäftsordnungsauzähle, war nur darüber zu entscheiden, tonomie im Karlsruher Urteil herausgeob die Geschäftsordnung gleichmäßig hoben: "Das Urteil des Bundesverfasund sachgemäß angewendet wurde. Kla- sungsgerichts ist klar. Es hat die Autonomie des Bundestages in Fragen der Geschäftsordnung gestärkt: Der Bundestag kann seine inneren Angelegenheiten in eigener Verantwortung regeln. Das Urteil ist eine wichtige Klarstellung, welche Aufgaben und Funktionen Ausschussvorsitze haben."

> Brandner reagierte enttäuscht: "Ab sofort muss jeder Ausschussvorsitzende damit rechnen, jederzeit abgewählt zu werden. Im Übrigen ist es schade, dass Bundesverfassungsgericht dem Bruch jahrzehntelanger parlamentarischer Traditionen und des Geschäftsordnungsrechts heute einen Persilschein erteilt hat. Außerdem gilt: Mehrheiten können sich in Demokratien ändern, und die jetzigen Mehrheiten werden sich an diesem Urteil messen lassen müssen, wenn sie einmal in der Minder-Christian Zentner heit sind.

### Karlsruhe soll ins Grundgesetz

RECHT Wesentliche Strukturmerkmale des Bundesverfassungsgerichts sollen im Grundgesetz festgeschrieben werden. Zudem soll für den Fall einer Blockade bei der Richterwahl ein Ersatzwahlmechanismus eingeführt werden. Nach längeren Diskussionen hatten sich die Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im Sommer auf eine Stärkung der "Resilienz" des Bundesverfassungsgerichts geeinigt. Hintergrund sind unter anderem Entwicklungen in europäischen Ländern wie Polen, in denen sich die Verfassungsgerichtsbarkeit politischen Angriffen ausgesetzt sah. Bislang ist das Gros der Regelungen zum Bundesverfassungsgericht einfachgesetzlich geregelt.

Nun haben die Fraktionen sowie der SSW-Abgeordnete Stefan Seidler zwei Gesetzentwürfe dazu vorgelegt. Die Entwürfe sollen in der kommenden Sitzungswoche aufgerufen werden. Neben Änderungen im Grundgesetz (20/12977) sind auch Änderungen im Bundesverfassungsgerichtsgesetz (20/12978) vorgesehen. In letzterem soll der neue Ersatzwahlmechanismus, der im Grundgesetz eingefügt werden soll, ausformuliert werden. Danach soll unter bestimmten Bedingungen das jeweils andere Wahlorgan die Wahl eines Richters beziehungsweise einer Richterin übernehmen, wenn es im Bundestag oder Bundesrat aufgrund einer Blockade nicht gelingt. In der Verfassung soll etwa die Anzahl der Senate und Richter festgeschrieben werden, ebenso der Status des Gerichts als Verfassungsorgan und die Bindungswirkung seiner Entscheidungen. Nicht in der Verfassung festgeschrieben werden soll das Erfordernis einer Zweidrittelmehrheit für die Wahl der Richterinnen und Richter.

Von Seiten der Länder gibt es eine weitere Forderung. Eine Entschließung, die am Freitag im Bundesrat beschlossen wurde, fordert, dass Änderungen im Bundesverfassungsgerichtsgesetz künftig einer Zustimmung der Länderkammer bedürfen sollen. Dies soll nach dem Willen der Antragsteller Nordrhein-Westfalen, Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein ebenfalls in der Verfassung verankert werden.

## Entlastung der Justiz erhofft

MASSENVERFAHREN Der Bundesgerichtshof soll künftig in bestimmten Fällen ein sogenanntes Leitentscheidungsverfahren anwenden können, um Zivilgerichte in Massenverfahren zu entlasten. Ein entsprechender Gesetzentwurf passierte am Donnerstagabend den Bundestag. Für die im Rechtsausschuss noch geänderte Vorlage (20/13025) votierten die Fraktionen von SPD, Grünen, FDP und die Gruppe Die Linke gegen die Stimmen von Union und AfD.

Der Bundesgerichtshof soll Leitentscheidungen auch dann treffen dürfen, "wenn die Parteien die Revision zurücknehmen oder sich das Revisionsverfahren auf andere Weise erledigt", heißt es in der Vorlage. "Die Leitentscheidung entfaltet dabei keinerlei formale Bindungswirkung und hat auch keine Auswirkungen auf das der Leitentscheidung zugrunde liegende konkrete Revisionsverfahren, dient jedoch den Instanzgerichten und der Öffentlichkeit als Richtschnur und Orientierung dafür, wie die Entscheidung der Rechtsfragen gelautet hätte". Die Bundesregierung erwartet, dass die Leitentscheidung für "Rechtssicherheit bei Betroffenen und Rechtsanwendern" sorgen und dazu beitragen werde, die Gerichte zu entlasten.

## Hoch gepokert und knapp gewonnen

BRANDENBURG Die SPD hat die Landtagswahl für sich entschieden. Im Parlament sind künftig nur vier Parteien vertreten, die Regierungsbildung wird schwierig

Der Wahlsieg in Brandenburg war für die SPD kein Selbstläufer. Lange hatte es in Umfragen so ausgesehen, als ob die AfD die SPD-Hochburg knacken könnte, dann entschloss sich der SPD-Spitzenkandidat, Ministerpräsident Dietmar Woidke, zu einem ungewöhnlichen Schritt: Er verknüpfte den Ausgang der Wahl mit seiner politischen Zukunft und verkündete, er werde sich zurückziehen, sollte es ihm nicht gelingen, die AfD zu schlagen.

Wähler mobilisiert Die Strategie zündete und führte offensichtlich nicht nur zu einer nochmaligen Polarisierung im Wahlkampf, sondern auch zu einer Mobilisierung der Wähler. Der bei den Bürgern beliebte Regierungschef, der sich im Wahlkampf von der Bundes-SPD mit Kanzler Olaf Scholz bewusst abgegrenzt hatte, holte schließlich am 22. September mit 30,9 Prozent der Stimmen einen knappen Wahlsieg heraus. Die Sozialdemokraten legten dabei im Vergleich zur Wahl 2019 um 4,7 Prozentpunkte zu.

Die AfD, die in Brandenburg als rechtsextremistischer Verdachtsfall geführt wird, erreichte mit 29,2 Prozent den zweiten Platz und konnte ihr Ergebnis gegenüber 2019 sogar um 5,7 Punkte steigern. Die Wahlbeteiligung erreichte mit 72,9 Prozent (2019:

61,3 Prozent) einen Rekordwert für Brandenburg.

Große Verschiebungen Die Landtags-

wahl, die mit großer Spannung erwartet worden war, bringt erhebliche politische Verschiebungen mit sich. So sind im neuen Potsdamer Landtag nur noch vier Parteien vertreten: neben SPD und AfD auch die CDU und das neu gegründete Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), das nach den Wahlen in Sachsen und Thüringen am 1. September auch in Brandenburg auf Anhieb ein zweistelliges Ergebnis hinlegte und auf 13,5 Prozent der Stimmen kam. Hingegen scheiden Grüne, Linke und die Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen/Freie Wähler (BVB/FW) aus dem Parlament aus, sie scheiterten jeweils an der Fünf-Prozent-Hürde. Die Grünen verloren im Vergleich zur Wahl vor fünf Jahren 6,6 Prozentpunkte und blieben mit 4,1 Prozent klar unter der Sperrklausel.

Noch deutlicher büßte die Linke ein, die 2019 auf 10,7 Prozent gekommen war und nun bei nur noch 3,0 Prozent landete. Die Freien Wähler verloren 2,5 Prozent und kamen auf 2,6 Prozent. Die FDP hatte 2019 immerhin 4,1 Prozent der Zweitstimmen erreicht, scheiterte diesmal jedoch mit nur 0,8 Prozent. Damit ist die FDP bei allen drei Ost-Wahlen im September in die Bedeutungslosigkeit abgerutscht.

Direktmandate Grüne, Linke und BVB/ FW hatten in Brandenburg zumindest auf ein Direktmandat gehofft, um über die in der Landesverfassung verankerte sogenannte Grundmandatsklausel den Einzug in den Landtag zu schaffen. In den jeweils aussichtsreichen Wahlkreisen konnten sich die Kandidaten der drei Parteien aber nicht durchsetzen. Eine Fortsetzung der bisherigen Koalition aus SPD, CDU und Grünen ist somit nicht möglich.

Die in Brandenburg ohnehin vergleichsweise schwache CDU erlebte einen nochmaligen Absturz um 3,5 Punkte und erreichte eine Zustimmung von nur noch 12,1 Prozent. Sie schnitt damit schlechter ab als das BSW und wies ihr bislang schwächstes Ergebnis in dem Bundesland aus. CDU-Spitzenkandidat Jan Rebmann sprach von einem "bitteren Abend".

AfD mit Sperrminorität Die politische Landkarte in Brandenburg ist nunmehr unterteilt in eine blaue Osthälfte und eine rote Westregion: Die SPD errang 19 Direktmandate, die AfD 25. Im neuen Potsdamer Landtag hat die AfD mit 30 Sitzen eine Sperrminorität erreicht (siehe Grafik), also

mehr als ein Drittel der Mandate. Damit kann die Partei bestimmte Abstimmungen, die eine Zweidrittelmehrheit erfordern, blockieren. AfD-Spitzenkandidat Hans-Christoph Berndt sprach von "neuen Gestaltungsmöglichkeiten" und nannte als Beispiel die Wahl der Verfassungsrichter.

Enorme Wählerwanderungen Nach den Analysen von Infratest dimap für die ARD hat die SPD mit Spitzenkandidat Woidke erheblich von Wählerwanderungen aus an-

Landtagswahl in Brandenburg Neue Sitzverteilung im Landtag Insgesamt 88 Sitze, Anzahl Abgeordnete nach Parteien: ●SPD ●AfD ●BSW ●CDU Quelle: Landeswahlleiter Grafikquelle: dpa • 107820 (editiert

deren Parteien profitiert, am stärksten von den Grünen, aber auch von Linken, CDU und BVB/FW. Der mit Abstand größte Zustrom kam jedoch von bisherigen Nichtwählern, die für die Wahl mobilisiert werden konnten. Auch die AfD profitierte den Analysen zufolge in erheblichem Umfang von der Mobilisierung der Nichtwähler. Außerdem entschieden sich viele Jungwähler, die ab 16 Jahren erstmals wählen dürfen, für die rechte Partei.

Die CDU verlor viele Wähler an AfD, BSW und SPD. Von der Linken wanderten sehr viele Wähler zum BSW ab, aber auch viele zur SPD. Nach der schweren Wahlniederlage wird es nun erstmals einen ostdeutschen Landtag ohne Linke geben. Die Partei sei von allen Seiten "zerschreddert" worden, befand Landesparteichef Sebastian Walter.

Sondierungen geplant Die Koalitionsoptionen sind derweil begrenzt, zumal niemand mit der AfD zusammenarbeiten will. Eine Koalition von SPD und CDU hätte einen Sitz zu wenig, hingegen würde es für SPD und BSW reichen.

Die SPD will als Wahlsiegerin sowohl mit der CDU als auch mit dem BSW Sondierungsgespräche aufnehmen. BSW-Spitzenkandidat Robert Crumbach forderte als Voraussetzung für eine Zusammenarbeit einen neuen Politikstil. Das Bündnis setzt in Brandenburg auf die Themen Bildung und Kommunalfinanzen sowie übergreifend auf das Thema Friedenspolitik. Die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland wird abgelehnt.

Sieben Stimmen Woidke sprach am Montag nach der Wahl mit Blick auf das starke Abschneiden der AfD von bleibenden Herausforderungen. Er sagte: "Mein Ziel ist es, eine stabile Regierung zu bilden." Die Aussagen des BSW zum Ukraine-Krieg und zur Stationierung von US-Raketen sind aus seiner Sicht nicht entscheidend. Letztlich gehe es um Politik für das Land Brandenburg, da spiele Außen- und Verteidigungspolitik keine Rolle.

Woidke wird voraussichtlich weiter regieren, in welcher Konstellation auch immer. Dabei ist er am Ende der AfD doch noch unterlegen, wenn auch nur in seinem Wahlkreis und das zudem denkbar knapp. Der SPD-Regierungschef kam im Wahlkreis Spree-Neiße I genau wie sein Gegenkandidat von der AfD, Steffen Kubitzki, auf 41,5 Prozent der Erststimmen. Kubitzki erhielt nach Angaben des Landeswahlleiters exakt 11.562 Stimmen und damit sieben mehr als Woidke. Claus Peter Kosfeld

INNENPOLITIK 7 Das Parlament - Nr. 40-41 - 28. September 2024

## Reform, die Erste

KULTUR Die Filmförderung soll grundlegend reformiert werden. Doch bislang herrscht keine Einigkeit über alle Bausteine des



Bislang ist unklar, wann die letzte Klappe für die große Reform der Filmförderung fällt.

ie Erhebung der Filmabgabe soll verlängert, die Filmförderungsanstalt (FFA) zur zentralen Einrichtung der Filmförderung des Bundes ausgebaut, die Vergabe der Fördermittel verstärkt automatisiert und die Themen Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion und Antidiskriminierung stärker berücksichtigt werden. Dies sind die Kernelemente des Gesetzentwurfs der Bundesregierung (20/12660) für die anstehende Novellierung des Filmförderungsgesetzes, über die der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung beriet. Das Filmförderungsgesetz in seiner aktuellen Fassung wird Ende des Jahres auslaufen. Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) warb in der Debatte eindringlich für das Vorhaben: "Wir brauchen dringend eine umfassende Reform der Filmförderung, um die Rahmenbedingungen entscheidend zu verbessern und den Filmstandort Deutschland europäisch wie auch international wettbewerbsfähig aufzustellen." Roth verwies darauf, dass große internationale Filmproduktionen zunehmend in anderen europäischen Ländern realisiert wür-

dreht", sagte Roth. Im Februar dieses Jahres hatte die Kulturstaatsministerin die Eckpunkte für jene groß angelegte Reform der Filmförderung

präsentiert, auf die sich die SPD, Grüne

den, weil die Rahmenbedingungen in

Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig

seien. "Das galt für 'Im Westen nichts Neu-

es', und auch die aufwendige Produktion

des Films, Hagen - Im Tal der Nibelungen',

der im Oktober in die Kinos kommt, wur-

de vor allem in Island und Tschechien ge-

und FDP prinzipiell in ihrem Koalitionsvertrag geeinigt hatten. Diese sieht neben der Bündelung der Filmförderung des Bundes unter dem Dach der FFA und der Automatisierung von Förderinstrumenten unter anderem die Einführung von Steueranreizen für Film- und Serienproduktionen in Deutschland und einer Investitionsverpflichtung für Streamingplattformen vor. Doch über diese beiden Punkte gibt es in

der Koalition noch keine abschließende Einigung. Der von Roth nun vorgelegte Gesetzentwurf bezieht sich ausschließlich auf den Umbau der FFA und ihrer Instrumente.

So soll die FFA zukünftig sowohl für die über die Filmabgabe finanzierte Filmförderung als auch für die steuerfinanzierte kulturelle Filmförderung verantwortlich sein. Zudem soll ein Diversitätsbeirat mit Vertretern

der Filmbranche als beratendes Gremium der FFA eingerichtet werden. Ebenso soll die Förderung von barrierefreien Filmfassungen für seh- und hörbehinderte Menschen verbessert werden.

Referenzförderung Die Produktions- und

Verleihförderung soll weitestgehend automatisiert werden. Über die Förderung soll ein Referenzmodell entscheiden, das auch die wirtschaftlichen und kulturellen Erfolge früherer Filmproduktionen berücksichtigt. Die bisherigen Förderkommissionen, die über eine Förderung entschieden, sollen im Gegenzug abgeschafft werden. Zudem sollen Autoren und Regisseure angemessen am Erfolg eines Filmes in der Referenzförderung beteiligt werden. Die Kinoförderung soll teilautomatisiert werden und der Anteil der Förderung, der nicht als Darlehen, sondern als Zuschuss gewährt wird, erhöht werden.

Dass eine Reform der Filmförderung dringend ansteht, darüber herrscht im Bundestag Einigkeit. So lobte denn auch der CDU-

»Der Entwurf

ist eine gute

Grundlage für

unsere par-

lamentarische

Arbeit.«

Marco Wanderwitz

Abgeordnete Marco Wanderwitz den vorgelegten Gesetzentwurf. Dieser enthalte "sehr viel Gutes" und sei eine "gute Grundlage für die parlamentarische Beratung". Allerdings sieht Nachbesse-Wanderwitz rungsbedarf. So seien die Steigerungsraten bei den Abgaben der Kinos "vielleicht ein bisschen zu hoch". Auch bei den Sperrfristen für geförderte Filme,

die den Kinos einen exklu-Auswertungszeitraum einräumen, sieht Wanderwitz Gesprächsbedarf. Skeptisch zeigte er sich zudem bei der Frage, ob Filme, die kein großes Kinopublikum erreichen und vor allem auf Filmfestivals ausgezeichnet werden und damit Punkte für die Referenzförderung sammeln, durch die FFA gefördert werden sollten.

Vor allem aber mahnte Wanderwitz, dass die gesamte Reform der Filmförderung im Bundestag nur dann erfolgreich verabschiedet werden könne, wenn von der Bundesregierung auch ein Gesetzentwurf "zumindest für das Steueranreizmodell und die damit zusammenhängende Investitionsverpflichtung und Rechteteilung, die wir ausdrücklich begrüßen" vorgelegt werde. Dies erfordere aber eine Einigung mit den Bundesländern, die auch an ihrer bewährten Regionalförderungen festhalten wollen.

© picture-alliance/Zoonar/Robert Kneschk

Kritik an Investionsverpflichtung Zur Eile drängte auch der FDP-Abgeordnete Thoturperiode "doktert die Kulturpolitik des Bundes an einer großen Reform der Filmförderung herum". Eine Förderung, die neue Filmproduktionen nach Deutschland lockte, lasse auf sich warten. Zugleich machte Hacker jedoch deutlich, dass seine Fraktion wenig von der geplanten Investitionsverpflichtung für Streamingplattformen hält. Diese würden dadurch gezwungen, "nach Ouoten und Subquoten Programminhalte zu kaufen". Europarechtlich sei dies schwierig, befand Hacker.

Die einzige Sorge der AfD hingegen scheint das Thema Diversität zu sein. Der Diversitätsbeirat bei der FFA solle nicht nach Kompetenz und Leistung besetzt werden, sondern "nach sexueller Orientierung, Hautfarbe, Migrationshintergrund und Religion", attestierte Beatrix von Storch. Und die Förderung von Filmen werde abhängig gemacht von der Frage, wie viele "Transsexuelle und Schwarze jemand in seinem Drehbuch unterbringt

Der SPD-Abgeordnete Helge Lindh hielt der AfD-Parlamentarierin entgegen, ihre Rede sei die "bestmögliche Werbung" für den Diversitätsbeirat. Sie habe schwarze Deutsche, Menschen mit Beeinträchtigung, non binäre Personen und Frauen in einer Rede beleidigt. Das müsse man erst einmal hinbekommen. Alexander Weinlein

Eingriffe gewährleiste. Forschende müssten

## Prävention soll schwere Erkrankungen verhindern

**GESUNDHEIT** Mehr Aufklärung mit einer neuen Behörde

Wenn Patienten von Ärzten und Pflegern professionell behandelt werden, ist das ein Erfolg. Noch besser ist es aber, wenn Menschen gar nicht erst krank werden und somit nicht behandlungsbedürftig sind. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) weist der Prävention eine Schlüsselrolle zu, um schwere Erkrankungen zu verhindern. Im Blick hat er zum Beispiel koronare Herzkrankheiten oder Krebs.

Um Aufklärung und Vorbeugung systematisch zu verbessern und auf diesem Weg die Bevölkerung zu einer gesunden Lebensweise zu ermuntern, ist eine neue Behörde geplant: das Bundesinstitut für Prävention und Aufklärung in der Medizin (BIPAM). Der Gesetzentwurf (20/12790) zur Gründung des Instituts stand am Mittwoch in erster Beratung auf der Tagesordnung.

Gesundheitsrisiken Das Institut soll zum 1. Januar 2025 seine Arbeit aufnehmen und als selbstständige Bundesoberbehörde die Aufgaben der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) vollständig sowie die des Robert Koch-Instituts (RKI) teilweise übernehmen. Das BIPAM soll seinen Hauptsitz in Köln haben.

Es fehle eine zentrale Instanz auf Bundesebene, um die Vernetzung der Akteure der öffentlichen Gesundheit zu unterstützen, heißt es in der Vorlage. Das Institut soll die Bevölkerung über Gesundheitsrisiken, Präventionsmöglichkeiten und Maßnahmen im gesundheitlichen Krisenfall informieren und einen einfachen und schnellen Zugang zu verständlichen Gesundheitsinformationen gewährleisten.

Nach Angaben von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) ist die Lebenserwartung in Deutschland niedriger als in fast allen anderen Ländern Westeuropas. Zahlreiche Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs- und Demenzfälle könnten verhindert werden. Das Ziel der Novelle sei, die Lebenserwartung durch Vorbeugemedizin zu verbessern.

Georg Kippels (CDU) kritisierte die geplante Abtrennung der RKI-Abteilung für Epidemiologie und Gesundheitsmonitoring. Die "künstliche Trennung" zwischen nicht übertragbaren und übertragbaren Erkrankungen sei fachlich unsinnig und könne zu Doppelarbeit führen. Zudem lasse die starke Zuordnung des Instituts zum Ministerium die wissenschaftliche Unabhängigkeit vermissen.

Martin Sichert (AfD) verwies auf die RKI-Protokolle und merkte an, eine Bundesoberbehörde könne gegen jede Wissenschaft agieren, wenn es die Politik wolle. Geplant sei ein "Propagandainstitut", um Medien, Gerichte und Bürger zu manipulieren. Kristine Lüdke (FDP) erwiderte, die Pandemie habe gezeigt, dass der öffentlichen Gesundheit mehr Beachtung geschenkt werden müsse. Gesundheitskompetenz, Forschung und Kommunikation würden nun gebündelt.

Johannes Wagner (Grüne) argumentierte, in der Prävention liege großes Potenzial. Damit lasse sich die Lebenserwartung steigern und Geld sparen. Im BIPAM werde die dazu nötige Expertise gebündelt.

Nezahat Baradari (SPD) erklärte, soziale Faktoren wie Bildung und Einkommen spielten eine entscheidende Rolle für die Gesundheit. Das zeige sich etwa an Diabetes. Mittlerweile seien mehr als sieben Millionen Menschen daran erkrankt. Mit Prävention müsse auch Adipositas angegangen Claus Peter Kosfeld

### Expertenkritik an der Krankenhausreform

**ANHÖRUNG** Die Finanzierung wird skeptisch gesehen

Große Anhörungen zu opulenten Gesetzentwürfen mit Dutzenden Sachverständigen sind im Gesundheitsausschuss nicht eben selten. Als am Mittwoch die Krankenhausreform auf der Tagesordnung stand, fühlte sich die Ausschussvorsitzende Kirsten Kappert-Gonther (Grüne) gleichwohl zu der Bemerkung veranlasst, dass dies "eine große mas Hacker. Bereits in der zweiten Legisla- und elementar wichtige Anhörung" sei. Tatsächlich sind die Erwartungen an die Reform ebenso groß wie die Sorgen, es könnte zu einer Unterversorgung gerade in ländlichen Regionen kommen.

In der Anhörung machten die Experten deutlich, dass die Reform grundsätzlich sinnvoll ist. Allerdings werden insbesondere die Finanzierungs- und Qualitätsvorgaben skeptisch gesehen. Die Sachverständigen äußerten sich in der Anhörung sowie in schriftlichen Stellungnahmen.

Vorhaltepauschalen Die Allianz kommunaler Großkrankenhäuser (AKG), der Deutsche Evangelische Krankenhausverband, der AOK-Bundesverband, die DAK und die Deutsche Krebsgesellschaft meldeten sich in einer gemeinsamen Stellungnahme zu Wort und forderten eine konsequente Umsetzung der Reform, um eine zukunftsfähige Krankenhausstruktur zu schaffen. Dazu bedürfe es einer fallzahlunabhängigen und bedarfsorientiert ausgestalteten Vorhaltefinanzie-

Mit der jährlichen Anpassung der Vorhaltefinanzierung auf Basis der Ist-Fallzahlen würde keine wesentliche Änderung geschaffen. Denn Mengenanreize blieben bestehen und die Ambulantisierung von Leistungen werde gebremst. Auch der Spitzenverband der Fachärztinnen und Fachärzte Deutsch-

lands (Spifa) beklagte, die Reform vernachlässige die ambulante Seite. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) erklärte, vor allem die nicht refinanzierten Kostensteigerungen der Jahre 2022 und 2023 hätten die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser verschärft. Zwingend nötig sei ein Inflationsausgleich für die beiden Jahre und die vollständige Refinanzierung der Personalkostensteigerungen. DKG-Vorstandschef Gerald Gaß warnte vor einer "kalten Marktbereinigung". Der Deutsche Städtetag sprach sich dafür aus, nicht finanzierte Kostensteigerungen aus 2022 und 2023 über eine Zwischenfinanzierung auszugleichen.

Transformationsfonds Der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) kritisierte, dass Struktur- und Finanzierungsreform voneinander entkoppelt würden. Auch führten die Regelungen zu erheblichen Mehrausgaben zulasten der Beitragszahler, erklärte der Verband mit Blick auf den Transformationsfonds in Höhe von 50 Milliarden Euro, der zur Hälfte von der GKV getragen werden soll. Der Umbau der Kliniklandschaft sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Finanzierungsverantwortung liege bei Bund und Ländern.

In der Anhörung spielten die geplanten 65 Leistungsgruppen eine wichtige Rolle. Verschiedene Experten machten deutlich, dass die Idee dahinter gut ist, allerdings werde die Reform damit auch sehr komplex. Der Einzelsachverständige Ferdinand Gerlach brachte eine Leistungsgruppe hausärztliche Versorgung ins Spiel, um die Sektorengrenzen zu überwinden. Gerlach beklagte "Wir haben eine dicke Mauer zwischen den Sektoren."

## Bettina Stark-Watzinger weiter unter Druck

FÖRDERGELD-AFFÄRE Opposition fordert vollständige Aufklärung oder Rücktritt der Bundesbildungsministerin

Erneut ist die Fördergeld-Affäre Thema im Bundestag. Nachdem Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) bereits zwei Mal im Bildungsausschuss sowie bei einer Regierungsbefragung Stellung nehmen musste, stand das Thema am Donnerstagnachmittag als Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion wieder auf der Tagesordnung.

"Es geht um einen linken, kruden Brief", erklärte Thomas Jarzombek (CDU) und griff damit den Auslöser der Affäre auf. Noch immer steht die Frage im Raum: Hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) versucht, Wissenschaftlern Fördergelder zu entziehen, die einen offenen Brief gegen die Räumung propalästinensischer Protestcamps unterzeichnet hatten?

Prüfauftrag Laut Recherchen des NDR-Magazins "Panorama" soll es im BMBF einen entsprechenden Prüfauftrag gegeben haben. Auch eine Namensliste der Unterzeichnenden sei im Ministerium erstellt worden. Was die Ministerin über diese Vorgänge wusste oder wer den Prüfauftrag erteilte, ist weiterhin unklar. Stark-Watzinger entließ nach den Vorgängen ihre Staatssekretärin Sabine Döring. Diese darf sich aufgrund ihrer dienstlichen Verschwiegenheitspflicht nicht zur Affäre äußern, hat dagegen aber bereits geklagt. Ein Eilantrag wurde abgelehnt, die Entscheidung im Hauptverfahren steht noch aus.

Kritik am Ministerium Jarzombek verwies im Plenum darauf, dass der Auftrag zur Erstellung der Namensliste während Dörings Urlaub erteilt worden sei. Er warf der Regierung zudem vor, die systematische Aufklärung des Sachverhalts zu blockieren, indem Fragen im Ausschuss unbeantwortet geblieben seien und Döring die Aussage vor dem Ausschuss untersagt worden sei. Auch Nicole Gohlke (Die Linke) äußerte sich empört über die Erstellung solcher Listen, mit denen Forschende aufgrund ihrer politischen Meinungen von der staatlichen Förderung ausgeschlossen werden könnten. "Das sind keine Methoden einer Demokratie und auch nicht einer freien Wissenschaft", sagte sie. Noch schärfer formulierte Götz Frömming (AfD) seine Kritik: Mehr als 3.000 Professoren und Dozenten hätten die Vorgänge öffentlich kritisiert und den Rücktritt der Ministerin gefordert. Es sei bedenklich, dass ein FDP-geführtes Bildungsministerium zur "größten Gefahr für die Wissenschaftsfreiheit" geworden sei. Für Oliver Kaczmarek (SPD) handelte es sich bei der Affäre um "eine Kette von Fehlern", die zu einem erheblichen politischen Schaden geführt habe – sowohl für die Ministerin

als auch für die Wissenschaftspolitik. Die

zentrale Aufgabe sei es nun, das Vertrauen in

die Wissenschaftsfreiheit wiederherzustellen.

Anja Reinalter (Bündnis 90/Die Grünen)

stellte klar, dass die Wissenschaftsfreiheit ein

Grundrecht sei, das Lehre ohne staatliche

sich darauf verlassen können, dass ihre Arbeit frei von politischen Sanktionen bleibe. **BSW fordert Konsequenzen** Ria Schröder (FDP) versuchte, die Wogen zu glätten: "Das

endlich zurück!"

Einzige was passiert ist, ist, dass an einem Tag im Mai, an einem Nachmittag für wenige Stunden ein Missverständnis auf der Arbeitsebene hinsichtlich eines vermuteten Auftrages der Leitungsebene existierte." Dieses Missverständnis werde aufgebauscht, meinte Schröder, was in der Debatte für Gelächter bei Abgeordneten der SPD und den Linken sorgte. Ali Al-Dailami (BSW) nannte Staatssekretärin Döring ein "Bauernopfer" und kritisierte, dass die Ministerin zwar Transparenz verspreche, aber geschwärzte Akten an das Parlament weitergebe. Mit Blick auf 3.335 Lehrende und Forschende, die die Ministerin als nicht mehr tragbar ansähen, forderte auch er: "Treten Sie

Carolin Hasse

## Erleichterung für Museen

**KULTUR** Novellierung des Kulturgutschutzgesetzes

Der internationale Leihverkehr mit Kulturgütern zwischen Museen zur Realisierung von Ausstellungs-, Forschungs- und Restaurierungsprojekten soll erleichtert werden. Dies sieht der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Novellierung des Kulturgutschutzgesetzes (20/12350) vor, über das der Bundestag am Donnerstag in erster Lesung beriet. In solchen Fällen soll eine Ausfuhrgenehmigung für nationales Kulturgut für zehn statt für fünf Jahre erteilt werden können. Auch eine nachträgliche Verlängerung der Ausfuhrgenehmigung soll ermöglicht werden. Für Kulturgüter, die in ein Verzeichnis national wertvollen Kulturgutes eingetragen sind, soll diese Flexibilisierung jedoch nicht gelten.

Erleichtert werden soll auch der Handel mit Kulturgütern. So sollen die Bestimmungen über zusätzliche Sorgfaltspflichten der Händler, etwa zum rechtmäßigen

Erwerb oder zur Ein- und Ausfuhr, erst ab einem Wert von 5.000 Euro statt 2.500 Euro gelten. Für archäologische Kulturgüter soll dies jedoch nicht gelten. Die Bundesregierung folgt mit der Novellierung des Kulturgutschutzgesetzes den Empfehlungen des im Mai 2022 vorgelegten Berichts zur Anwendung des Kulturgutschutzgesetzes (20/2018). Zudem soll das Gesetz an das weiterentwickelte EU-Recht angepasst werden. Insbesondere die Verordnung (EU) 2019/880 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Verbringen und die Einfuhr von Kulturgütern vom 7. Juni 2019 macht Änderungen und Klarstellungen

Grundsätzlich hat sich das Kulturgutschutzgesetz nach Ansicht der Bundesregierung seit seinem Inkrafttreten im Jahr 2016 bewährt. Es bedürfe "keiner Gene-Alexander Weinlein

#### **KURZ NOTIERT**

#### **EU-Abkommen zu** Wirtschaftspartnerschaften

Vier Gesetzentwürfe der Bundesregierung zur Ratifizierung von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) der EU und ihren Mitgliedstaaten mit afrikanischen Staaten hat der Bundestag am Donnerstag erstmalig im Plenum debattiert und anschließend in die Ausschüsse überwiesen. Dabei handelt es sich um Interims-WPA mit Ghana (20/1220), Cote d'Ivoire (20/12199), Zentralafrika (20/ 12202) sowie mit den SADC-WPA-Staaten (20/12201), zu denen Botswana, Lesotho, Mosambik, Namibia, Südafrika und Eswatini zählen. Ebenfalls beraten und in die Ausschüsse überwiesen hat der Bundestag am Donnerstag einen Gesetzentwurf zur Änderung des Weltbankabkommens (20/12198).

#### Mehr Privatwirtschaft für **Entwicklungszusammenarbeit**

Die Union will die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit stärken. Einen entsprechenden Antrag (20/ 12962) hat der Bundestag am Donnerstag erstmalig beraten und in die Ausschüsse überwiesen. In der Vorlage fordert die Fraktion durch "Umpriorisierung im Bundeshaushalt" den Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit "angemessen" finanziell auszustatten. Haushaltsmittel, die bisher beim Wirtschaftsministerium für den jetzt geschlossenen Wirtschaftsfonds Afrika vorgesehen gewesen seien, sollten für die strategische Außenwirtschaftsförderung verwendet werden.

#### **AfD will Botschaft in Damaskus** und Büro in Kabul eröffnen

Die AfD setzt sich für die Wiedereröffnung der deutschen Botschaft in Damaskus und die Eröffnung eines Verbindungsbüros in Kabul ein. In zwei Anträgen (20/12973, 20/12974), die am Freitag zur ersten Beratung auf der Tagesordnung des Bundestagsplenums standen, argumentieren die Abgeordneten unter anderem mit einer professionellen Koordinierung für die Rückkehr syrischer beziehungsweise afghanischer Staatsangehöriger aus Deutschland in ihre Heimat. In einem weiteren Antrag (20/12975), ebenfalls am Freitag erstmals beraten, wendet sich die AfD-Fraktion gegen die "Zahlung von Schutzgeld durch die Vereinten Nationen an die Taliahe 🏻

#### AfD scheitert mit Anträgen im Menschenrechtsausschuss

Zwei Anträge der AfD hat der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe am Mittwoch mit den Stimmen aller anderen Fraktionen (bei Abwesenheit der Gruppe Die Linke) abgelehnt. Im ersten Antrag (20/12099) fordert die AfD, das Handeln der polnischen Regierung auf Einhaltung der Menschenrechte zu prüfen. Die Fraktion wirft ihr die Einschränkung der Meinungs- und Informationsfreiheit vor. Mit dem zweiten Antrag (20/12097) verlangt die AfD die Ächtung der Christenverfolgung in Afghanistan. Falls die Taliban die Religionsfreiheit nicht achteten, müsse humanitäre Hilfe gekürzt oder gestrichen werden. sas ■



Die ÖVP würde mit der FPÖ wieder koalieren, allerdings nicht mit Herbert Kickl (rechts). Dem hat ÖVP-Chef und Bundeskanzler Karl Nehammer (links) bereits eine Absage erteilt.

© picture-alliance/Roman Zach-Kiesling/First Look/picturedesk.com

## Kickl im Kanzlerduell

#### ÖSTERREICH Die rechte FPÖ liegt vor der Nationalratswahl in Umfragen knapp vor der ÖVP

m letzten "Wahlduell" im ORF hat Herbert Kickl auf eine überraschende Weise versucht, den Spieß umzudrehen. Dem früheren Innenminister Österreichs und Parteivorsitzenden der rechten FPÖ wird von den anderen Parteien gewöhnlich seine Radikalität vorgeworfen. Einen "gefährlichen Mann" hat ihn die Kanzlerpartei ÖVP im Wahlkampf genannt. Aber als Kickl nun vor den Kameras dem ÖVP-Chef und Bundeskanzler Karl Nehammer

gegenüberstand, unterstellte er ihm nun seinerseits, der Radikale im Raum zu sein. Denn Nehammer habe während der Corona-Pandemie radikale Maßnahmen durchgesetzt, die sich gegen die eigene Bevölkerung gerichtet hätten.

**Corona-Protest** Damals hat die österreichische Regierung aus ÖVP und Grünen als erste und einzige in

Europa eine Corona-Impfpflicht beschlossen. Die Impfung wurde als "Game-Changer" bezeichnet, also als das Mittel, das die Lage grundlegend verändern werde. Es stellte sich dann heraus, dass die Impfungen zwar viele Menschen vor schwerwiegenden Krankheitsverläufen schützten, aber nicht vor einer Ansteckung an sich. Die Impfpflicht wurde denn auch in Österreich letztlich nie mit Zwangsmaßnahmen durchgesetzt. Ein "Game-Changer" war sie dennoch, nämlich im politischen Spektrum. Kickl polte die FPÖ in Sachen Corona-Maßnahmen auf Fundamentalopposition. Wissenschaftlich waren seine Vorschläge keineswegs unangreifbar. Aber politisch wurde die rechte Partei in seinen Händen in dieser Zeit zur Nummer eins. In allen Umfragen führt sie seit Anfang des vergangenen Jahres. Und nicht nur in Umfragen. Auch bei der ersten landesweiten Wahl, der Europawahl im vergangenen Frühjahr, er-

Der FPÖ-Chef

sieht sich als

»Volkskanzler«.

Er will eine

»Festung Öster-

reich« bauen.

hielt die FPÖ mehr Stimmen als jede andere Partei in Österreich. Das war ein Novum. Nicht einmal die kam, gab es wöchentlich notorischen Jörg Haider oder Heinz-Christian Strache haben das geschafft. So hofft die FPÖ auch auf einen Wahlsieg bei der Nationalratswahl am morgigen Sonntag. Schon seit geraumer Zeit beansprucht Kickl, mit der Regierungsbildung beauftragt zu werden. Als künftigen "Volks-

kanzler" sieht er sich. Das signalisiert einen fundamentalen Politikwechsel. In welche Richtung es gehen soll, hat er klar gesagt: Er stellt sich eine Politik vor wie im Ungarn von Viktor Orbán, mit dessen nationalkonservativer Partei Fidesz die FPÖ inzwischen auch in einer gemeinsamen Fraktion im Europaparlament sitzt.

Wahlkampfthema Migration Bei seinem wichtigsten Wahlkampfthema, der Migration, verkündet Kickl einen kompletten Aufnahmestopp. Eine "Festung Österreich" will er bauen, da die von ihm an sich bevorzugte "Festung Europa" derzeit nicht zu machen sei, wie er im ORF-Fernsehduell

Zöge Herbert Kickl in das Bundeskanzleramt am Wiener Ballhausplatz ein, würde das zweifellos sowohl innenpolitisch als auch in den europäischen Partnerländern ein Hintertürchen, falls der FPÖ-Vorsitzenhohe Wellen schlagen. Schon als die FPÖ als Juniorpartner der christ-

Für eine

Regierung

bräuchte die

FPÖ min-

destens einen

**Koalitions-**

partner.

demokratischen ÖVP 2000 und 2017 an die Regierung Proteste am Ballhausplatz. Im ersten Fall verweigerten einige Länder, darunter Deutschland, sogar eine Zeit lang bilaterale Kontakte und verhängten sogenannte Sanktionen.

Bei aller vorauseilenden Aufregung, die bereits zu spüren ist, muss man aber zurechtrücken: Dass Kickl

tatsächlich Bundeskanzler wird, ist sehr unwahrscheinlich. Erstens ist es keineswegs ausgemacht, dass die FPÖ tatsächlich stärkste Kraft wird. Wahlen in der jüngeren Vergangenheit haben gezeigt, dass die FPÖ manchmal in Umfragen und sogar noch Prognosen am Wahlabend überschätzt wird. Zuletzt ist ihr die ÖVP wieder näher gerückt. Nehammer versucht, potenzielle Wähler anderer Parteien zu gewinnen, indem er das als einzige Möglichkeit dar-

stellt, einen Wahlsieg Kickls noch zu verhindern.

Zweitens bräuchte die FPÖ auch im für sie günstigsten Fall mindestens einen Koalitionspartner. Mit den Freiheitlichen zu koalieren, haben SPÖ, Grüne und die liberalen Neos grundsätzlich ausgeschlossen. ÖVP-Chef Nehammer hat zumindest der Person Kickl eine Absage erteilt. Das ließe

de darauf verzichten würde, in eine Regierung mit der ÖVP einzutreten, wie einst Jörg Haider. Nur: Genau das hat Kickl Das wäre "Wählerbetrug", bekräftigte er zuletzt. Kickl habe Zeit, hört man

> in den Reihen der "Blauen". Wenn es diesmal noch nicht reiche, weil sich eine "Allparteienkoalition" gegen ihn zusammenschließe, dann schlage seine Stunde halt nächstes Mal. 2029 wird er erst 60.

Das dritte Hindernis dürfte diesmal also noch keine Rolle spielen. Es ist das Staatsoberhaupt. Anders als in Deutschland wird in Österreich der Kanzler nicht vom Parlament gewählt, sondern vom Bundespräsidenten ernannt. Amtsinhaber Alexander Van der Bellen hat zwar nicht ausdrücklich ausgeschlossen, dass er Kickl ernennen würde, aber doch unter Verweis auf sein Gewissen angedeutet, dass er das nicht vorhabe. Schließlich hat er selbst Kickl 2019 nach der Ibiza-Affäre als Innenminister entlassen - ein bis dahin beispielloser Vorgang. Auch hier gilt allerdings: Kickl kann warten. Van der Bellens Amtszeit endet 2029. Dann könnte die FPÖ gleich beide maßgeblichen Staatsämter ins Visier nehmen. 2016 scheiterte der "blaue" Kandidat Norbert Hofer nur äußerst knapp an Van der Bellen.

Flut im Wahlkampf Zwei Wochen vor der Abstimmung hatte der Wahlkampf eine Zwangspause. Weite Teile des Landes wurden durch sintflutartige Regenfälle überkategorisch ausgeschlossen. schwemmt. Das ganze Bundesland Niederösterreich war Katastrophengebiet. Kann das die Wahl noch beeinflussen? Kanzler Nehammer könnte hoffen, dass er als tüchtiger, aber unaufdringlicher Krisenmanager wahrgenommen wurde; zumindest hat er keine Fehler gemacht.

> Und die grünen Wahlkämpfer vermelden, dass sie wieder öfter auf ihr Thema Klimaschutz angesprochen werden. Die FPÖ hat - mehr noch als die ÖVP - kritisch gegen Maßnahmen zum Klimaschutz Position bezogen, besonders gegen den europäischen sogenannten "Green Deal". Aber das dürfte ihre Anhänger tatsächlich nur wenig beeindrucken. Dass die Flut nunmehr ein "Game Changer" gegen die FPÖ wird, wie die Pandemie einer für sie war, ist nicht zu Stephan Löwenstein

Der Autor ist politischer Korrespondent der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" für Österreich und Ungarn.

### Blick zurück mit Zorn

#### **AFGHANISTAN** Ex-Generalinspekteur im Ausschuss

Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Eberhard Zorn, hält den Abzug aus Afghanistan und die Evakuierung aus Kabul für erfolgreich. Die Evakuierungsoperation sei sogar "eine der besten Operationen", die die Bundeswehr je durchgeführt habe, sagte Zorn am Donnerstag im 1. Untersuchungsausschuss Afghanistan, dem er mit den beiden Staatssekretären Gerd Hoofe (a.D.) und Benedikt Zimmer am Donnerstag Rede und Antwort stand.

Dennoch bewerteten alle drei Zeugen den Prozess auch kritisch. Vor allem Abstimmungsprobleme zwischen den beteiligten Ressorts hätten frühzeitigen Entscheidungen im Wege gestanden und die Vorbereitungen erschwert. Außerdem seien deutsche Kräfte stark von der US-Unterstützung abhängig gewesen, da diese den Flughafen kontrollierten. Dass die Lage sehr dynamisch und von Unsicherheiten geprägt gewesen sei, habe die Ausführung von Plänen erschwert, die eigentlich frühzeitig gemacht worden seien, betonte Hoofe.

Der Ausschuss untersucht die Ereignisse zwischen dem Doha-Abkommen, mit dem die USA und die Taliban den Rückzug internationaler Truppen aus Afghanistan vereinbarten und der chaotischen Evakuierung vom Flughafen Kabul im August 2021. Die Arbeit des Gremiums geht nun in die Endphase, in der alle, die damals politisch verantwortlich waren, befragt werden sollen - einschließlich der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und des heutigen Bundeskanzlers Olaf Scholz (SPD). Nach Abschluss der Zeugenbefragungen wird der Ausschuss seinen Bericht verfassen. Dieser Prozess, so ist schon heute vorauszusehen, wird nicht einfach werden.

Die meisten Ausschussmitglieder gehen davon aus, dass gemeinsame Formulierungen schnell gefunden werden könnten. Die Hoffnung ist, dass sich der parteipolitische Streit im Zaum halten werde, weil viele damalige Politiker nicht mehr im Amt sind. Außerdem will der Ausschuss Lehren aus der Afghanistan-Erfahrung ziehen, die in zukünftigen Einsätzen hilfreich sein können - ein Ziel, das alle Abgeordneten teilen.

Doch der Obmann der AfD, Stefan Keuter, deutet jetzt schon an, dass seine Fraktion in der Bewertung die Verfassungsmäßigkeit der militärischen Evakuierungsoperation generell infrage stellen werde. Vor allem die Evakuierung von Afghanen, die keine Ortskräfte deutscher Institutionen gewesen seien, stehe gegen das Grundgesetz, sagte Keuter. Damit meint er Frauen- und Menschenrechtler, aber auch Journalisten oder Funktionäre der damaligen afghanischen Regierung.

## Reformen für die Weltordnung

#### VEREINTE NATIONEN Zukunftspakt soll Blockaden im Sicherheitsrat lösen

Die Fraktionen von SPD, Union, FDP und Grünen haben den Zukunftspakt der Vereinten Nationen als wichtige Neuaufstellung dieses Zusammenschlusses von 193 Staaten gewürdigt. In einer Aktuelle Stunden auf Verlangen der Koalitionsfraktionen zu den "Ergebnissen des Zukunftsgipfels der Vereinten Nationen" am vergangenen Wochenende in New York mahnten Abgeordnete am Mittwoch insbesondere eine bessere Repräsentation der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas im VN-Sicherheitsrat an.

Deborah Düring (Grüne) sprach von einem "Lichtblick". Trotz multipler Krisen und geopolitischer Spannungen hätten 193 Staaten "gemeinsam ein klares Bekenntnis zum Multilateralismus abgegeben". Zu den Vorhaben zählten unter anderem eine Reform des Sicherheitsrates und mehr Mitsprache für die Länder des globalen Südens in den Organisationen der internationalen Finanzarchitek-

Volker Ullrich (CSU) hob insbesondere den Reformbedarf beim UN-Sicherheitsrat hervor: Dort würde das Vetorecht nicht mehr im Sinne der VN ausgeübt, "sondern zum Schutz der eigenen Völkerrechtsverletzungen". Das Gremium brauche eine Neuorientierung und eine Beteiligung unter anderem Brasiliens, Indiens und afrikanischer Staaten, "um damit die Welt insgesamt abzubilden".

Niels Annen (SPD), Parlamentarischer Staatssekretär im Entwicklungsministerium, hob hervor, dass mit Namibia und Deutschland auf Bitten von VN-Generalsekretär António Guterres in zweijähriger Vorarbeit jeweils ein Land des globalen Südens und des Nordens den Grundstein für den Zukunftspakt gelegt hätten. Das Ergebnis des Zukunftsgipfels in New York sei ein Vertrauensvorschuss insbesondere der afrikanischen



Kanzler Olaf Scholz beim VN-Zukunftsgipfel

Staaten gegenüber wohlhabenderen Ländern. "Und deswegen müssen wir aus dieser Verantwortung jetzt etwas machen.

Beatrix von Storch (AfD) warf ihren Vorrednern "Floskeln und Phrasen" vor. Mit ihrem "Hohelied der Internationalen" solle verschleiert werden, was in New York auf dem Spiel gestanden habe und weiter stehe: "Die Abschaffung des Nationalstaates, die Zerstörung der Demokratie, und, ja, die Installierung einer Weltregierung."

Veto Rainer Semet (FDP) kritisierte, dass die Vereinten Nationen heute handlungsunfähig seien gegenüber einem Russland, das Krieg gegen den Nachbarn führe, Konsequenzen aber mit seinem Veto im Sicherheitsrat blockiere. "Die Welt hat sich verändert, die Vereinten Nationen nicht." Sie müssten insgesamt demokratischer werden: "Afrika und der globale Süden müssen im Sicherheitsrat vertreten sein, damit ihre Interessen gehört und endlich respektiert werden können."

Kathrin Vogler (Die Linke) warnte davor, bei der Reform des Sicherheitsrates erneut Länder auszugrenzen. "Es ergibt gar keinen Sinn, wenn etwa mit Deutschland ein weiterer reicher Industriestaat einen ständigen Sitz erhielte, aber der südamerikanische Kontinent dafür überhaupt nicht vertreten

#### **Anti-IS-Einsatz** im Irak

**BUNDESWEHR** Die Bundeswehr soll sich ein weiteres Jahr am Einsatz gegen den "Islamischen Staat" (IS) im Irak beteiligen. Das geht aus einem Antrag der Bundesregierung (20/12893) hervor, der den Titel "Stabilisierung sichern, Wiedererstarken des IS verhindern, Versöhnung in Irak fördern" trägt und der am Freitag zur Überweisung an die Ausschüsse auf der Tagesordnung des Bundestages stand. Vorgesehen ist demnach die Entsendung von wie bisher bis zu 500 Bundeswehrsoldaten, die die regulären irakischen Streit- und Sicherheitskräfte ausbilden und beraten und unter anderem Aufgaben wie Lufttransport, See- und Luftraumüberwachung sowie Aufklärung und Lagebilderstellung übernehmen sollen.

Wie die Bundesregierung schreibt, bleibe der Kampf gegen die Bedrohung durch den IS eine zentrale Herausforderung für den Irak. Eine teils unklare Sicherheitsverantwortung in den zwischen der irakischen Zentralregierung und der Region Kurdistan-Irak umstrittenen Gebieten ermögliche es dem territorial weitestgehend eingehegten IS, sich Rückzugsräume zu sichern und zu erhalten. "Mit asymmetrischen Mitteln und Methoden führt IS seinen Kampf fort und besitzt weiterhin die Fähigkeit und den Willen, Anschläge in Irak, Syrien, Europa und Afrika sowie darüber hinaus zu verüben."

Das Parlament - Nr. 40-41 - 28. September 2024

ie hatten sich auf diverse Szenarios eingestellt, die Fraktionen, die politischen Beobachter und nicht zuletzt die Juristen in der Thüringer Landtagsverwaltung. Doch das, was sich am Donnerstag im Landtag in Erfurt abspielte, hat vermutlich auch sie überrascht: In der konstituierenden Sitzung zum Auftakt einer neuen Legislaturperiode wählt ein Parlament normalerweise geräuschlos und zügig seinen Präsidenten oder seine Präsidentin, um arbeitsfähig zu werden. Doch normal ist in Thüringen kaum etwas, seit die AfD bei der Landtagswahl am 1. September stärkste Kraft geworden ist. Zum ersten Mal seit 1945 gewann eine vom Verfassungsschutz als "gesichert rechtsextrem eingestufte" Partei in einem Bundesland eine Landtagswahl. Und so entwickelte sich die Sitzung bereits nach wenigen Minuten zu einem politischen Tauziehen zwischen der AfD und den vier anderen Fraktionen, CDU, BSW, Linke und SPD. Der Konflikt, der sich vor der Sitzung bereits um die Frage des Vorschlagsrechts für das Amt des Landtagspräsidenten

abgezeichnet hatte, eskalierte.

**Streit um Vorschlagsrecht** Die AfD pocht darauf, als stärkste Fraktion mit 32 von 88 Abgeordneten den Landtagspräsidenten zu stellen. Weil die anderen Fraktionen aber einen AfD-Abgeordneten nicht an die Spitze des Parlaments wählen wollten, hatten CDU und BSW einen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung vorbereitet, um statt der AfD auch den anderen Fraktionen ein Vorschlagsrecht einzuräumen. Doch zur Entscheidung kam es nicht: Jürgen Treutler (AfD), der als ältester Abgeordneter die Sitzung leitete, weigerte sich schlichtweg darüber abstimmen zu lassen. Mehrfach wurde die Sitzung unterbrochen, immer wieder kam es zu tumultartigen Szenen und hitzigen Wortgefechten, in denen der Alterspräsident sogar Ordnungsrufe erteilte und forderte, Mikrofone abzustellen. Nach etwas mehr als vier Stunden wurde die Sitzung ganz abgebrochen und auf Samstag vertagt, ohne dass sich der Landtag überhaupt konstituiert hatte - ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik. Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Andreas Bühl, kündigte noch in der Sitzung an, den Thüringer Verfassungsgerichtshof anzurufen. Angesichts der chaotischen Sitzung greife seine Fraktion damit "zum letzten Mittel". Der Alterspräsident habe die Rechte der Abgeordneten verletzt und das Demokratie-Prinzip eingeschränkt, indem er eine Abstimmung über den Antrag verhindert habe, erklärte Bühl. Dem Landtag sei ein "schwerer Schaden" zugefügt worden. Auch die anderen Fraktionen zeigten sich entrüstet: Die SPD etwa sprach von einer "Farce", BSW-Fraktionsvorsitzende Katja Wolf von einer "Katastrophe, wie die AfD die Demokratie durch die Manege treibt".

Verfassungsgericht entscheidet Nun haben die Verfassungsrichter im Streit um das Vorschlagsrecht zu entscheiden. Doch die Ereignisse des vergangenen Donnerstags geben bereits einen Vorgeschmack darauf, wie schwierig die Arbeit im Landtag werden kann. Regieren will zwar niemand mit der AfD, aber mit mehr als einem Drittel der Parlamentssitze verfügt sie über ein mächtiges Druckmittel: die Sperrminorität. Die erlaubt es ihr, bei Entscheidungen, die eine Zweidrittelmehrheit erfordern, mitzubestimmen. Das betrifft Verfassungsänderungen sowie die Wahl von Verfassungsrichtern. Besonders brisant: In der kommenden Legislaturperiode müssen alle neun Richterposten im Thüringer Verfassungsgericht neu besetzt werden. Auch die

## **Neues Druckmittel**

**THÜRINGEN** Die Sperrminorität von einem Drittel der Landtagssitze gibt der AfD viel Macht, ohne an der Regierung beteiligt zu sein. Schon die erste Sitzung des Landtags zeigt, wie kompliziert die Arbeit dort künftig wird



Wortgefechte, Tumult, immer wieder Unterbrechungen: Vertreter der AfD, neben dem Alterspräsidenten (ganz links), beraten sich mit den parlamentarischen Geschäftsführerinnen und -führern von SPD, CDU, Linke und BSW sowie dem Direktor des Thüringer Landtags. Am Ende musste die konstituierende Sitzung vertagt werden.

© picture-alliance/dpa/Martin Schutt

Ernennung von Richtern und Staatsanwälten auf Lebenszeit könnte die AfD über den Richterwahlausschuss sowie den Staatsanwaltschaftsausschuss blockieren. Darin sieht die Juristin Anna-Mira Brandau eine Gefahr für den Rechtsstaat. Sie ist Mitarbeiterin im "Thüringen-Projekt" des "Verfassungsblogs" und hat gemeinsam mit anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern am Fall Thüringens untersucht, wie sich demokratische Institutionen vor Extremisten schützen lassen. Wenn die AfD mit ihrer Sperrminorität die Konstituierung des Richterwahlausschusses verhindere, werde das zum Problem, so Brandau: "Das Gremium muss existieren, damit Richter auf Lebenszeit ernannt werden können." Allein die Tatsache, dass in den nächsten

vier Jahren 60 Prozent aller Richterstellen im Land neu besetzt werden müssen, zeige, wie wichtig der Ausschuss sei.

Blockade von Gremien Schon in der letzten Legislaturperiode nutzte die AfD ihr Erpressungspotenzial: Durch die Weigerung, eigene Kandidaten für den Richterwahlausschuss aufzustellen, blockierte sie dessen Besetzung, und erzwang dadurch die Wahl eines AfD-Landtagsvizepräsidenten.

Die Besetzung von Gremien mit Zweidrittelmehrheit droht aufgrund der Sperrminorität zu einer unüberwindbaren Hürde werden: Bereits der letzten Wahlperiode gelang es dem Thüringer Landtag nicht, die Parlamentarische Kontrollkommission, welche für die Kontrolle des Verfassungsschutzes zuständig ist, zu besetzen. Immer wieder scheiterten Kandidaten von AfD, Linken und Grünen bei der Wahl. Erst wenige Wochen vor der Landtagswahl nahm die Kommission schließlich ihre Arbeit auf – allerdings nur mit vier Mitgliedern aus den Reihen von CDU, FDP und SPD, anstatt wie vorgeschrieben fünf. Nun könnte eine neue Hängepartie drohen.

Eine Situation, die durchaus vermeidbar gewesen wäre: Seit Monaten warnen Verfassungsrechtler davor, dass eine Sperrminorität es autoritär-populistischen Parteien ermöglichen könnte, den Landtag regelrecht "in die Zange" zu nehmen. "Sperrminoritäten können die liberale Demokratie in ein

Dilemma führen", sagt Brandau. Mit ihrer Kollegin Julia Talg vom "Thüringen-Proiekt" hat sie genau darüber im Verfassungsblog geschrieben. Eigentlich seien Zweidrittelmehrheiten ein Schutzmechanismus. "Man möchte verhindern, dass Regierungsparteien einfach durchregieren können" - vor allem dann nicht, wenn es um Verfassungsänderungen geht. Doch der Schutzmechanismus habe eine Kehrseite: Die Sperrminorität, die für Blockaden oder als Druckmittel missbraucht werden könne. Brandau plädiert deshalb unter anderem dafür, im Fall des Wahlausschusses über eine Absenkung des Mehrheitserfordernisses nachzudenken. Doch es gebe noch mehr (verfassungs-)rechtliche Einfallstore, die zum Schutz der Demokratie geschlossen werden müssten, mahnen Verfassungsrechtler. Wie, dafür hat das Team des Thüringen-Projekts im April dem Landtag Empfehlungen überreicht (siehe auch Interview unten). Darunter auch Hinweise, wie das Vorschlagsrecht für das Amt des Landtagspräsidenten konkretisiert und Risiken bei der Ministerpräsidentenwahl verringert werden könnten. Doch trotz verschiedener Initiativen aus den Fraktionen blieben die bestehenden Regelungen unangetastet. Der Landtag verzichtete darauf, wie der Bundestag eine Regelung zu treffen, wonach der Alterspräsident nach Dienstjahren anstatt nach Alter zu bestimmen ist. Für Geschäftsordnungs- oder gar Verfassungsänderungen habe es keine Mehrheiten gegeben, so die bisherige Landtagspräsidentin Birgit Pommer.

Das scheint sich nun zu rächen. Aus Sicht des Politikwissenschaftlers André Brodocz von der Universität Erfurt befindet sich die thüringische Politik nun in einer selbstverschuldet verzwickten Situation: "Am Ende tragen alle Parteien eine Mitschuld an der festgefahrenen Lage, da notwendige Reformen immer wieder vertagt wurden."

Risiko Ministerpräsidentenwahl Das gilt auch für die Regelungen zur Ministerpräsidentenwahl in der Thüringer Verfassung. Im Kern geht es um die Frage, mit welcher Mehrheit ein Kandidat in einem möglichen dritten Wahlgang gewählt ist. Der betreffende Passus lässt reichlich Interpretationsspielraum. Wer "die meisten Stimmen" bekommt, heißt es dazu lediglich in Artikel 70, Absatz 3, sei gewählt. Je nachdem, wie man die Formulierung auslegt, könnte auch ein Kandidat mit mehr Nein- als Ja-Stimmen Ministerpräsident werden. Die kommende Wahl könnte also, wie 2020, als der FDP-Abgeordnete Thomas Kemmerich mutmaßlich mit AfD-Stimmen im dritten Wahlgang zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, zu Überraschungen führen. Wann es zur Ministerpräsidentenwahl kommt, ist derzeit ebenso unklar: Laut Thüringer Landtagsverwaltung ist es durchaus möglich, die Wahl als Tagesordnungspunkt in der konstituierenden Sitzung aufzusetzen. Für Fristverkürzungen braucht es aber einer Zweidrittelmehrheit. Angesichts dessen, dass es der Landtag am Donnerstag über Stunden nicht schaffte, seine Beschlussfähigkeit festzustellen, ist von einer allzu raschen Wahl des Ministerpräsidenten nicht auszugehen. Gesetzlich festgelegte Fristen, innerhalb derer er gewählt oder die Regierungsbildung abgeschlossen sein muss, gibt es in Thüringen im Unterschied zu anderen Bundesländern ohnehin nicht.

Schwierige Regierungsbildung Weil keine Fraktion mit der AfD koalieren will und die CDU einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit den Linken hat, scheint die einzig mögliche Regierungskoalition eine aus CDU, BSW und SPD zu sein. Doch das Regieren könnte kompliziert werden. Denn die drei Fraktionen haben nur genau die Hälfte der Sitze im Landtag. "Eine Regierungsbildung mit einer absoluten Mehrheit ist damit praktisch unmöglich", erklärt Brodocz. Er spricht von einer "Patt-Regierung", die weder eine stabile Mehrheits- noch eine Minderheitsregierung darstelle. Die Koalition wäre bei vielen Entscheidungen auf Unterstützung entweder von der AfD oder der Linken angewiesen Diese Pattsituation könne sich über die gesamte Legislaturperiode hinziehen. Thüringens Politik befindet sich in schwierigem Fahrwasser. Und Neuwahlen, so der Politologe Brodocz, seien vorerst auch kein Ausweg: Denn auch hierfür braucht es in Thüringen eine Zweidrittelmehrheit. Carolin Hasse / Sandra Schmid

## »Ich fürchte, dass ein Unvereinbarkeitsbeschluss mehr wiegt als das Land«

INTERVIEW Thüringens scheidende Landtagspräsidentin Birgit Pommer über schwierige Mehrheitsverhältnisse, die Stärke der AfD und vertane Chancen, die Demokratie besser zu schützen

Frau Pommer, der Tag der Konstituierung des neuen Landtags am Donnerstag war auch Ihr letzter Tag als Landtagspräsidentin. Mit welchen Gefühlen scheiden Sie aus dem Amt?

Die fünf Jahre als Präsidentin haben Spuren hinterlassen, denn es war alles andere als eine normale Legislaturperiode. Zum Auftakt passierte gleich Unerwartetes: Ich leitete die Sitzung, als Thomas Kemmerich am 5. Februar 2020 zum Ministerpräsidenten gewählt wurde.

Der FDP-Politiker kam mutmaßlich mit Stimmen der AfD ins Amt. Das erschütterte damals nicht nur Thüringen, sondern die Bundesrepublik. Die Kanzlerin intervenierte, FDP-Chef Lindner zwang Kemmerich dann zum Rücktritt...

Kemmerich war Mitglied der kleinsten Fraktion und erkennbar nicht vorbereitet. Ich erinnere mich noch, wie ich ihn fragte: "Stellen Sie jetzt Ihr Kabinett vor?", und er darauf gar nicht antworten konnte. Die drei Tage bis zu seinem Rücktritt gehören zu den herausfordernsten in meiner Amtszeit. Doch jetzt aus dem Landtag auszuscheiden, in einer Situation, die politisch noch komplizierter ist als die damals, lässt mich unruhig zurück.

Wovor Verfassungsrechtler lange gewarnt haben, ist nun eingetreten: Die AfD ist in Thüringen stärkste Kraft und verfügt über eine Sperrminorität. Sie kann damit Verfassungsänderungen, Richterwahlen oder die Auflösung des Parlaments für Neuwahlen blockieren. Warum konnten sich die Fraktionen im Landtag nicht rechtzeitig auf Änderungen von Geschäftsordnung und Verfassung einigen, um solche Einfallstore zu schließen?

Vertreter des Verfassungsblogs hatten mir und dem Parlament Möglichkeiten aufgezeigt, wie sich für solche Eventualitäten zu wappnen wäre...

...Sie erhielten Handlungsempfehlungen, wie etwa der Thüringer Verfassungsgerichtshof – ähnlich wie das Bundesverfassungsgericht – besser geschützt werden kann...

Ja, aber das Parlament ist den Vorschlägen nicht gefolgt, obwohl es Diskussionen und auch konkrete Initiativen der Fraktionen dazu gab. Es braucht eben Mehrheiten, bei Verfassungsänderungen sogar Zweidrittelmehrheiten, und die waren am Ende nicht da. Ältestenrat und Landtagsverwaltung haben sich auch mit einer Konkretisierung des Vorschlagsrechts für das Amt des Landtagspräsidenten in der Geschäftsordnung befasst, aber letztlich keinen Handlungsbedarf für eine Änderung gesehen.

Die Linke, der Sie angehören, hat im Wahlkampf die AfD zum "Hauptgegner" erklärt. Verhindern konnte das ihren Erfolg nicht. Im Gegenteil: Während die AfD zulegte, sind die Linken von 31 auf 13,1 Prozent abgestürzt. War die Strategie falsch?

Nein. Aber wir haben es in Zeiten der multiplen Krisen – die Pandemie, der Ukraine-Krieg und der Klimawandel – erkennbar nicht verstanden, den Menschen ihre Sorgen und Ängste zu nehmen. Bei den Wählerinnen und Wählern konnte die AfD deshalb mit einfachen Botschaften punkten.

Fünf Jahre lang hatte Thüringen eine Minderheitsregierung. Der noch amtierende Ministerpräsident Bodo Ramelow hat offen zugegeben, wie schwierig das war. Kein Gesetz war möglich ohne die Opposition. Wie haben Sie das erlebt?

Ähnlich kompliziert, insbesondere im Ältestenrat. Als Parlamentspräsidentin führe ich dieses Gremium, dem Vertreter aller Fraktionen und auch der Gruppe der FDP angehören, und das unter anderem die Tagesordnung festlegt. Wenn sich die Fraktionen zuvor nicht auf die Tagesordnung einigen konnten, gab es im Ältestenrat lange Diskussionen.

Parlamentarische Arbeit basiert auch auf Gepflogenheiten und gemeinsamen



Birgit Pommer (Die Link

© picture alliance/M. Schutt

Spielregeln. Die stellt die AfD oft in Frage. Wie zeigte sich das im Landtag?

Ein Beispiel dafür, wie die AfD agiert, ist die Wahl der Schriftführerinnen und Schriftführer: Fünf Jahre lang hat die AfD versucht, die Besetzung dieser Posten an die Wahl von AfD-Kandidaten für das Amt des Vizelandtagspräsidenten zu knüpfen. Weil ihre Kandidaten im Plenum nicht gewählt wurden, hat sie sich geweigert, Schriftführer zu stellen – die Folge war Mehrarbeit für die anderen.

Als Parlamentspräsidentin hatten Sie für die parlamentarischen Ordnung zu sorgen. Wann war das besonders schwer? Wenn hitzig debattiert wird, ist es nicht einfach, dafür zu sorgen, dass die Angriffe nicht persönlich oder beleidigend werden. Leider ist es genau dazu in den vergangenen fünf Jahren häufiger gekommen. Reizthemen waren unter anderem die Klimapolitik und die Aufarbeitung der Corona-Pandemie. Standen sie auf der Tagesordnung, hielt es manche im Streit kaum auf den Plätzen. Der Respekt für das Gegenüber ging dabei oftmals verloren. Die steigende Zahl der Ordnungsrufe belegt das.

Wie zerstritten die Fraktionen waren, zeigt auch die Nicht-Besetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums, das für die Verfassungsschutzkontrolle zuständig ist. Immer wieder scheiterten

Kandidaten der AfD, der Linken und der Grünen an der Wahl, sodass sich das Gremium nicht konstituieren konnte. Nun ist die Lage noch verzwickter: Wäre es nicht Zeit für mehr Sachpolitik und weniger Grabenkämpfe?

Angesichts der großen gesellschaftlichen Herausforderungen wäre es tatsächlich wünschenswert, wenn es statt um Parteigeplänkel mehr um Bürgerinteressen ginge. Eine stabile Mehrheit würde dabei helfen. Minderheitsregierungen können sehr wohl erfolgreich sein, das zeigt allein die vergangene Wahlperiode mit 146 beschlossenen Gesetzen. Aber die voraussichtlich nächste Regierungskoalition aus CDU, BSW und SPD müsste keine Minderheitsregierung

Sie spielen auf den Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU an, der Koalitionen mit AfD und Linkspartei verbietet?

Ja, eine Mehrheit wäre da. Doch ich befürchte, dass ein Unvereinbarkeitsbeschluss einer Partei höher wiegt als das Land Thüringen

Das Interview führte Sandra Schmid. ■

Birgit Pommer (65) war seit November 2019 Präsidentin des Thüringer Landtags. Im ersten Kabinett Bodo Ramelows war die Linkspolitikerin auch Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft.

Die Ampel-Regierung will Familien finanziell besser stellen. Aber reichen die Maßnahmen?

inigkeit im Parlament: Es muss Lindners zweites Anliegen: "Wir wollen dringend etwas getan werden, den Grundfreibetrag, den Kinderfreibetrag um die deutsche Wirtschaft und das Kindergeld erhöhen." Als dritten wieder auf Wachstumskurs zu Punkt nannte er die Überführung der bisbringen. Auch die Bürger solherigen Steuerklassen III und V in die Steulen weniger Abgaben zahlen. erklasse IV mit Faktorverfahren. "Mit dem Gegen diesen Appell von Bundesfinanzmi-Faktorverfahren wird die Lohnsteuerbelasnister Christian Lindner (FDP) bei der Eintung gerechter unter Eheleuten beziebringung zweier Gesetzentwürfe am Don- hungsweise Lebenspartnerinnen und Le- Gesprächsbedarf in der Koalition." Derzeit nerstagmittag gab es keinen Widerspruch, benspartnern verteilt", heißt es im Gesetzweder von seinen Koalitionspartnerinnen in der Ampel noch von der Opposition. Al-Kalte Progression "Sie haben hier durchle einig also? Selbstverständlich nicht! Um-

aus brauchbare Maßnahmen, die wir begrüßen", konstatierte Mathias Middelberg (CDU) für die Unionsfraktion. Er lobte unter anderem die vorgesehenen Entlastungen in der Einkommenssteuer. Die Bundesregierung will neben den Freibeträgen auch die tariflichen Eckwerte erhöhen, um so die sogenannte Kalte Progression auszugleichen. Allerdings würde die steuerliche Entlastung für Arbeitnehmer aufgezehrt von den steigenden Beiträgen zur Rentenund Krankenversicherung, kritisierte Middelberg: "Die Sozialabgaben steigen im Rekordtempo."

winden", erklärte er. Er sprach von drei Vorschlägen, die die Bundesregierung dem In der Rentenversicherung soll der Beitrags-Parlament mit den Gesetzentwürfen "zur Freistellung des steuerlichen Existenzminisatz 2025 zwar noch stabil bleiben, wie die mums 2024" (20/12783) und dem Steuer-Nachrichtenagentur dpa berichtete. Aber fortentwicklungsgesetz (SteFeG, 20/12778) die Beitragsbemessungsgrenze soll von 7.550 Euro in West- und 7.450 Euro in mache: "Wir stärken die Abschreibungen und bauen die Forschungszulage aus", sag-Ostdeutschland auf einheitlich 8.050 Euro wachsen. In der Gesetzlichen Krankenversite er. Unternehmen, die investieren, müssen also weniger Steuern zahlen. Ausgaben cherung sollen im kommenden Jahr Beifür Forschung und Entwicklung werden beträge bis zu einem monatlichen Einkomsonders belohnt. Sie werden bis zu 25 Promen 5.512,50 Euro fällig werden statt wie zent von der Steuerschuld abgezogen. Erbisher 5.175 Euro. Hier rechnen die Krangibt sich nach dieser Anrechnung ein Überkenkassen auch mit steigenden Beitragssätschuss, wird dieser sogar als Steuererstatzen, so dass nicht nur Verdiener oberhalb tung ausgezahlt. der bisherigen Beitragsbemessungsgrenzen mehr zahlen müssen, sondern alle Versi-

Michael Schrodi wies für die SPD-Fraktion darauf hin, dass die Ampel-Koalition bereits Entlastungen "von 50 Milliarden Euro auf den Weg gebracht" habe. Schrodi lobte die nun geplanten Entlastungen, erklärte aber auch: "Beim Kindergeld gibt es noch sieht der Gesetzentwurf vor, das Kindergeld 2025 um fünf auf 255 Euro und 2026 um weitere vier auf 259 Euro zu erhöhen.

Klaus Stöber, AfD-Fraktion, kritisierte, dass die höheren Freibeträge 2024 in der Einkommensteuer erst jetzt beschlossen würden, also sehr spät im Jahresverlauf. Die Steuersenkungen reichten nicht. "Die Bürger erwarten eine grundlegende Steuerreform", sagte Stöber.

#### **STICHWORT**

Steuerliche Forschungszulage

- Förderfähig Alle Unternehmen in Deutschland können seit 2020 von der Forschungszulage profitieren, nicht förderfähig sind etwa Hochschulen.
- Förderhöhe Ausgaben für Forschung und Entwicklung können seit März 2024 bis zu einer Höhe von zehn Millionen Euro mit 25 Prozent gefördert werden.
- Förderänderung Mit dem Steuerfortentwicklungsgesetz sollen die förderfähigen Aufwendungen auf zwölf Millionen Euro steigen.

© picture-alliance/dpa-tmn/Christin Klose

Christian Görke (Die Linke) beklagte, dass von den Steuerentlastungen größtenteils Gutverdiener profitierten. Normalverdiener würden steuerlich deutlich weniger entlastet, müssten aber zugleich höhere Sozialabgaben zahlen. Zur Erhöhung des Kindergelds von fünf Euro sagte er: "Das ist wirklich lächerlich."

Für die Union zu gering fällt nicht nur die Entlastung der Bürger aus, sondern auch die der Unternehmen. In Deutschland müssten diese Steuern von mehr als 30 Prozent zahlen, kritisierte Fitz Güntzler (CDU). In der EU seien es im Schnitt nur 21 Prozent. "Die Steuertarife für Unternehmen müssen gesenkt werden", forderte er.

Entlastung Dagegen hob Katharina Beck (Grüne) hervor, dass die geplanten Maßnahmen zu einer Entlastung von mehr als 21 Milliarden Euro führten, drei Mal mehr als seinerzeit beim Wachstumschancengesetz (20/9341) angelegt gewesen sei, das die Union allerdings im Bundesrat "auf drei Milliarden Euro reduziert" habe. "Wir sind in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Deswegen ist es so wichtig, dass wir die Maßnahmen aus der Wachstumsinitiative so schnell wie möglich beschließen", forderte Beck. Sie verwies auf eine Studie, der zufolge die 49 Punkte, die die Regierung beschlossen hat, und von denen sich nun die ersten im Steuerfortentwicklungsgesetz finden, 0,4 Prozent mehr Wachstum brächten.

Markus Herbrand (FDP) argumentierte: "Wir haben eine große strukturelle Wachstumsschwäche, die nicht erst in den vergangenen drei Jahren angefangen hat." Die Überschrift über beiden Gesetze laute: "Entlastung". Nötig sei jetzt Tempo bei der Umsetzung. Stephan Balling

### Mehrwertsteuer auf Musikunterricht?

JAHRESSTEUERGESTZ Koalition uneins bei Umsatzsteuer

»Ein privater

Musiklehrer

wird künftig

umsatzsteuer-

pflichtig.«

Fritz Güntzler (CDU)

Ampel-Koalition contra Ampel-Regierung: Der Entwurf der Bundesregierung für das Jahressteuergesetz 2024 (20/12780) hatte noch nicht einmal die erste Lesung im Parlament überstanden, war noch nicht einmal in den Ausschuss überwiesen, da kündigte der erste Redner der Koalitionsfraktionen zu dem Entwurf bereits substanzielle Änderungen an. Es geht dabei insbesondere um die Umsatzsteuerpflicht für private Musiklehrer sowie Musikund Tanzschulen. In der Debatte hatte zuvor Fritz Güntzler für die CDU/CSU-Fraktion kritisiert: "Wenn ein Musikschullehrer privat Klavierunterricht gibt, ist das in Zukunft steuerpflichtig. Die Ampel verteuert Bildung."

Diesen Aspekt hatte die Parlamentarische Staatssekretärin Katja Hessel (FDP) vorsorglich nicht erwähnt, als sie für die Regierung zuvor den Gesetzentwurf im Parlament präsentiert und die Debatte eröffnet hatte. Sie sprach von einem "sehr um-

fangreichen Gesetz", verwies auf 45 Artikel, die 27 Gesetze ändern würden, das Ganze auf 70 Seiten. Hessel nannte exemplarisch das neue Mobilitätsbudget: "Arbeitgeber können dann bis zu 2.400 Euro zusätzlich zu ihrem Arbeitslohn zur Verfügung stellen." Die Bürger bekämen so mehr Wahlfreiheit bei der Mobilität. Der ausgezahlte Betrag wird dann pauschal mit 25 Prozent versteuert. Zur

Umsatzsteuerpflicht für Musiklehrer sagte sie

SPD verspricht Änderungen Die Kritik der Opposition nahm dann jedoch sofort ihr Koalitionspartner Tim Klüssendorf aus der SPD-Fraktion auf und kündigte Änderungen am Regierungsentwurf an. Zahlreiche Zuschriften von Musik- und Tanzschulen hätten seine Fraktion erreicht. "Wir werden die Neuregelung der Umsatzsteuerbefreiung von Bildungsleistungen so nicht beschließen". Klüssendorf: "Mit uns wird es keine Verteuerung geben, gerade was den Bereich der Musikund Tanzschulen angeht."

Noch deutlicher als der SPD-Abgeordnete Klüssendorf distanzierte sich im weiteren Verlauf der Debatte Katharina Beck (Bündnis 90/ Die Grünen) in puncto Umsatzsteuer für Musik- und Tanzschulen von der Bundesregierung. Sie sagte: "Den Gesetzentwurf haben nicht wir, sondern das Finanzministerium vorgelegt." Jedoch fand Beck auch Positives: "Wir gehen bei der Digitalisierung voran." So könne die Gesetzliche Rentenversicherung künftig mit den Finanzbehörden digital kommunizieren, Eltern Kindergeld digital bean-

Klüssendorf versprach indes noch weitere Änderungen am Regierungsentwurf. Dieser sieht derzeit vor, dass Kommunen auf Beiträge für Sportveranstaltungen künftig keine Umsatzsteuer mehr erheben müssen. Das klingt zunächst gut, hat aber erhebliche Fehlwirkungen: Städte und Gemeinden können dann nämlich bei eigenen Anschaffungen die Umsatzsteuer auch nicht mehr von den Kosten

abziehen. Kommunalpolitiker laufen Sturm. "Ganz konkret bedeutet das, dass die Bauund Sanierungskosten für Sportstätten um den Umsatzsteuerprozentsatz von 19 Prozent steigen könnten", warnt etwa die schwäbische Stadt Kornwestheim auf ihrer Internetseite. Die Koalition will auch hier nochmal nach-

Zur Rede Klüssendorfs stellte Klaus Stöber für die AfD-Fraktion fest: "Sie haben die Hälfte Ihrer Redezeit darauf verwendet, dass Sie Sachen, die der Minister vorgeschlagen hat, streichen wollen." Gleichwohl wolle er den Gesetzentwurf "ein bisschen wohlwollender" bewerten als Unionsvertreter Güntzler. Stöber stimmte in Hessels Lob zum Mobilitätsbudget ein. Im Gesetzentwurf heißt es dazu, dass die bisherigen Pauschalbesteuerungsvorschriften "um Möglichkeiten zur Nutzung moderner Fortbewegungsmöglichkeiten (wie

beispielsweis E-Scooter, die gelegentliche Inanspruchnahme von Car-Sharing-, Bike-Sharing- sowie sonstige Sharing-Angebote Fahrtdienstleistungen) erweitert" würden.

Der AfD-Politiker lobte auch die höhere Schwelle für die Kleinunternehmerregelung im Umsatzsteuerrecht. Allerdings widerspreche es "jeglicher steuerlichen Systematik", dass Unternehmer im laufenden

Jahr, in dem sie die Schwelle übersteigen, sofort umsatzsteuerpflichtig werden. Insgesamt stellte der AfD-Abgeordnete fest: "Eine Steuerreform ist das beim besten Willen nicht." Sebastian Brehm (CSU) nannte als "das Beste" an dem Gesetzentwurf: "Wer als Hobbybrauer zu Hause Bier braut, der kann in Zukunft bis zu fünf Hektoliter steuerfrei genießen; bisher waren es zwei Hektoliter" Ansonsten übte er harsche Kritik: "Es fehlt Wesentliches", etwa "eine Initiative zur Stärkung des

Wohngemeinnützigkeit Zum Ende der Debatte rückte eine weitere Maßnahme in den Mittelpunkt, die Einführung der Wohngemeinnützigkeit. Bernhard Daldrup bezeichnete diese für die SPD-Fraktion als "einen weiteren Baustein, um Wohnen bezahlbar zu machen". Bis in die 1980er Jahre hätten gemeinnützige Organisationen den größten Anteil am Wohnungsbau gehabt, ehe die Regierung unter Kanzler Helmut Kohl (CDU) diese abgeschafft hätte. Die Linke werde sagen, "ist zu wenig", gestand Daldrup zu, jedoch: "Wir schaffen zunächst den steuerlichen Rah-

In der Tat übte Caren Lay (Die Linke) erhebliche Kritik, verwies auf einen eigenen Antrag ihrer Gruppe (20/12109). "Das, was Sie hier vorlegen, ist Augenwischerei", sagte sie. Der Gesetzentwurf müsse "nachgebessert" werden. Zustimmung erhielt sie von Hanna Steinmüller aus der Fraktion der Grünen: "Es ist noch einiges zu tun, damit aus dem Entwurf eine Gemeinnützigkeit mit Wums wird". Stephan Balling



Fällt in Klavierschulen bald Mehrwertsteuer an?

### Union will Behinderte steuerlich besser stellen

UMSATZSTEUER Menschen mit Handicap sollen beim persönlichen Budget und der KfZ-Steuer entlastet werden

Pflege- und Betreuungsleistungen für Menschen mit Behinderungen sollen umsatzsteuerfrei gestellt werden. Das fordert die CDU/CSU-Fraktion in einem Antrag (20/ 9498) vom November vergangenen Jahres, der nun im Plenum des Bundestags erstmals diskutiert wurde. Konkret geht es der Unionsfraktion um Leistungen, die im Rahmen des Persönlichen Budgets erbracht werden, das im Sozialgesetzbuch Neun (SGB IX) festgeschrieben ist.

stritten ist insbesondere, ob ausreicht, was

die Regierung tut. Das gilt für die Entlas-

tung der Unternehmen wie für die der Bür-

ger. Dass das Kindergeld etwa im kommen-

den Jahr um lediglich fünf Euro steigen

soll, ist selbst einem Koalitionspartner zu

Für Lindner ist indes klar, dass die Wirt-

schaft nur wieder an Dynamik gewinnt,

wenn die privaten Investitionen anziehen. "Wir werden unsere Wachstumsschwäche

nicht mit staatlichen Investitionen über-

Vergünstigungen Außerdem sieht der Antrag der Union vor, dass der Bezug von Kindergeld für Menschen mit Behinderung über 18 Jahre erleichtert wird. Vergünstigungen der KFZ-Steuer sollen so ausgeweitet werden, dass Haushaltsmitglieder der behinderten Person das Fahrzeug steuerunschädlich auch für Fahrten nutzen können, die nicht der Beförderung der behinderten

Person dienen. "Der Titel unseres Antrags lautet "Belange der Menschen mit Behinderung finanziell stärken", sagte Hermann-Josef Tebroke, der für die Unionsfraktion den Antrag im Bundestag in der ersten Lesung präsentierte. Er gab zu: "Das kann hochtrabend, ja, vielleicht sogar missverständlich klingen." .Der Antrag sei als "erster Aufschlag" zu verstehen. "Andererseits sind auch kleine Schritte, mit denen wir vorwärtskommen und den Betroffenen eine bessere Teilhabe ermöglichen, wertvoll." Angelika Glöckner (SPD) entgegnete Tebroke: "Steuererleichterungen gibt es nicht zum Nulltarif. Und es sind doch genau Sie, die den Bundeshaushalt an jeder Stelle kritisieren, insbesondere den Sozialetat. Gerade heute haben wir im Ausschuss für Arbeit und Soziales wieder vielfältige Beispiele erlebt. Sie wollen doch in Wahrheit keinen einzigen zusätzlichen Cent ausgeben

und investieren."

Wohlwollender äußerten sich andere Fraktionen. Die Unionsfraktion habe "einen vernünftigen Vorschlag gemacht, den wir konsequenterweise auch unterstützen", sagte Gerrit Huy für die AfD-Fraktion. Allerdings kritisierte auch er, dass dem Antrag kein Finanzierungskonzept zugrunde liege. Die Umsatzsteuerbefreiung für das zweckgebundene Persönliche Budget der Behinderten sei "richtig, kostet aber Geld", sagte Huy und fügte hinzu: "Dazu hat die Union sich nicht geäußert, obwohl es nicht schwierig gewesen wäre, eine überschlägige Rechnung dazu zu präsentieren."

Erleichterungen Corinna Rüffer (Grüne) sagte: "Wir sollten über diese Vorschläge diskutieren und weitere Vorschläge sammeln." Rüffer äußerte sich positiv zur Umsatzsteuerbefreiung des persönlichen Bud-

gets und der KfZ-Steuer-Befreiung. Zu letzterer sagte sie: "Warum soll eine Familie, die als Gemeinschaft miteinander lebt, das Auto neben dem Transport der schwerbehinderten Person nicht auch für Einkaufsfahrten nutzen dürfen? Und wer soll das am Ende überhaupt kontrollieren?"

Jens Beeck (FDP) hatte darauf eine andere Sicht und sagte in Richtung der Unionsfraktion: "Sie sagen nicht, woran das geknüpft wird. An den Kfz-Halter, der im selben Haushalt lebt? Dann sind alle diejenigen raus, die extern helfen. Derzeit ist es an der Sache orientiert. Sie müssten also schon konkreter werden. Das ist, wenn wir dann gemeinsam im Gespräch sind, ja auch noch möglich. Dazu sind wir bereit. Nur, so bringt es eben nichts"

Sören Pellmann erklärte für seine Gruppe: "Die Linke begrüßt diesen Antrag - auch wie er hier vorliegt."

## Weniger Steuer auf Akkus

**STROMSPEICHER** Betreiber sollen nicht doppelt zahlen

Die Ampel-Koalition will die Betreiber von Ladesäulen für E-Autos und Stromspeicher von Bürokratie und Steuerkosten entlasten. Dafür hat sie einen Gesetzentwurf (20/ 12351) vorgelegt, den der Bundestag in der Nacht von Donnerstag auf Freitag in erster Lesung beraten hat.

"Unser Strom- und Energiesteuerrecht hinkt hinter den technischen Entwicklungen hinterher", stellte der FDP-Abgeordnete Till Mansmann fest. Er sagte weiter: "Wie kann es sein, dass E-Auto-Fahrer fürchten müssen, steuerlich wie ein Versorger behandelt zu werden? Mit diesem Gesetz räumen wir diese Absurdität aus dem Weg und die Ladeinfrastruktur kann jetzt ohne bürokratischen Ballast ausgebaut werden." Unter anderem sollen Nutzer von Elektroautos beim bidirektionalem Laden steuerrechtlich nicht zu Stromunternehmen werden und damit Steuern zahlen müssen

Auch bei Unternehmen, insbesondere Betreibern von Stromspeichern, will die Regierung vermeiden, dass sie zwei mal besteuert werden. Der Nationale Normenkontrollrat beziffert die Entlastung der Wirtschaft durch das Gesetz auf 15,4 Millionen Euro pro Jahr infolge des Wegfalls von Bürokratiekosten

Ablehnend äußerte sich Jan Wenzel Schmidt für die AfD-Fraktion. Er kritisierte den Umfang des Gesetzentwurfs. "Mit über 100 Seiten zeigen Sie Ihre Effizienz", sagte er in Richtung der Ampel-Koalition. Wenzel weiter: "Modernisierung bedeutet für Sie wieder neue Beamtenstellen, die den Steuerzahler etliche Millionen Euro kosten. Die Deutschen wollen mehrheitlich keine Elektroautos."

Die anderen Redner gaben ihre Rede zu Protokoll, das bei Redaktionsschluss noch nicht vorlag.



Dackelbesitzer demonstrieren in Regensburg, weil sie ein Zuchtverbot befürchten. Das neue Tierschutzgesetz will Zuchtmöglichkeiten, wie zu krumme oder zu kurze Beine, einschränken.

© picture-alliance/dpa/Armin Weigel

## »Der Dackel darf bleiben«

#### TIERSCHUTZGESETZ Reform stößt auf heftige Kritik. Opposition nennt Vorschläge überzogen

ast 24.000 Menschen und 1.175 Dackel kamen am vergangenen Sonntag in Regensburg zu einem Treffen der besonderen Art zusammen. Die Herrchen und Frauchen protestierten gegen ein geplantes Zuchtverbot von Dackeln in Deutschland. Doch nicht nur Hundebesitzer kritisieren die Pläne zur Novellierung des Tierschutzgesetzes (TierSchG). Aus Sicht der Landwirtschaft drohen Wettbewerbsnachteile und eine Zunahme von Bürokratie, Tierschutzverbänden hingegen geht der Entwurf (20/12719) nicht weit genug. Ein ähnliches Bild bot die Debatte am Donnerstag während der ersten Lesung des Gesetzentwurfes im Bundestag.

**Qualzucht beenden** Der Vorschlag umfasst Änderungen in weiten Teilen der Tierhaltung. So soll Qualzucht beendet werden. Das im TierSchG vorhandene Qualzuchtverbot wird entsprechend um ein Ausstellungsverbot für Tiere mit Qualzuchtmerkmalen wie beispielsweise Atemnot und Haarlosigkeit ergänzt. Beim Online-Handel mit Tieren müssen die Anbieter ihre Daten hinterlegen. Tiere, die Merkmale von Qualzucht aufweisen, dürfen dort nicht mehr verkauft werden.

Der Nutztierbereich steht vor ähnlichen Veränderungen. So soll die Anbindehaltung von Tieren "grundsätzlich untersagt" werden. Außerdem werden nicht-kurative Eingriffe wie das Schwanzkupieren bei Lämmern untersagt. In Schlachthöfen sollen Videoaufzeichnungen die dortigen Prozesse dokumentieren.

Zirkusbetreibern wird das Halten und die Zurschaustellung von Wildtieren untersagt. Bestandtiere können vom Zirkus zwar weiterhin gehalten werden, Neuanschaffung dieser Tiere ist jedoch nicht mehr möglich. Das Amt des Bundestierschutzbeauftragten soll im Tierschutzgesetz verankert werden, um den Tierschutz institutionell und strukturell zu stärken.

Ophelia Nick (Grüne), Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, erinnerte daran, dass der Tierschutz seit 22 Jahren im Grundgesetz verankertes Staatsziel ist, außerdem "wachsen die Erwartungen der Menschen an den Tierschutz ständig", sagte Nick. Die Bundesregierung schaffe "mit dem vorliegenden Upgrade bessere Voraussetzungen für den Tierschutz". Es gelte, strukturelle Defizite zu beseitigen und Gesetzeslücken zu schließen. Die Bundesregierung stärke mit dem Entwurf die Zucht gesunder Tiere: "Der Dackel darf bleiben." Neue Anforderungen an den Handel seien genauso notwendig wie die Änderungen in der Nutztierhaltung.

Dem schloss sich Zoe Mayer (Grüne) an und bemerkte, "Realität und Anspruch

beim Staatsziel könnten kaum größer sein". 90 Prozent der Menschen in Deutschland wünschten sich mehr Tierschutz. Jedoch sei das ganzjährige Anketten von Tieren, das Kupieren von Ohren und Schwänzen nach wie vor erlaubt, und das betäubungslose Kastrieren sei der "Status quo in diesem Land".

Staatsziel erreichen Auch Susanne Mittag (SPD) verwies auf die Entwicklungen, die es in der Gesellschaft gegeben habe, seitdem der Tierschutz Staatsziel wurde. "In der Umwelt und in vielen anderen Bereichen sind wir auch vorangekommen", sagte Mittag. Auch im Tierschutz müsse Deutschland "nun vorankommen". So müssten Zuchtziele angepasst werden. Nicht das, was "wir Menschen schön finden, sollte Ziel sein, sondern das, was Tieren ein gesundes und langes Leben ermöglicht", sagte Mittag.

Ingo Bodtke (FDP) machte deutlich, dass der vorliegende Entwurf "maßgeblich die Handschrift der FDP" trage. Starre Regulierungen und nationale Alleingänge seien ausgeschlossen, und Standards über die EU-Vorschriften hinaus werde es mit der Novelle des Gesetzes nicht geben. Es gelte die Abwanderung von landwirtschaftlichen Betrieben ins Ausland zu verhindern. Genau das befürchtet die CDU/CSU-Frakti-

on. Hermann Färber (CDU) warnte vor zu

starren Regelungen bei den nicht-kurativen Eingriffen. Vor allem bei der Schweinehaltung würden weitere Verschärfungen der Gesetze ausländische Halter begünstigen. Ferkel, die in Dänemark geboren werden und nach Deutschland zur Mast gebracht werden, würden im Fall eines Aufwachsens in der höchsten Haltungsstufe als "bio" gelten, obwohl ihnen in Dänemark die

#### TIERSCHUTZGESETZ

Die wichtigsten Änderungen

- Heimtiere Das Qualzuchtverbot wird durch ein Ausstellungsverbot von Tieren mit Qualzuchtmerkmalen ergänzt. Der Verkauf solcher Tiere auf Online-Plattformen wird verboten.
- > **Nutztiere** Anbindehaltung für Tiere soll verboten werden. Ausnahme: Für Betriebe mit weniger als 50 Rindern gilt die "kombinierte Anbindehaltung". Kupierverbot bei Lämmern, Einschränkungen bei Ferkeln. Videoaufzeichnungen in Schlachthöfen.
- Zirkustiere Das Halten und das Zurschaustellen von Wildtieren wie Elefanten, Affen oder Nilpferden wird verboten.

Schwänze gekürzt worden seien. "Und das vollkommen legal". Artur Auernhammer (CSU) kritisierte: "In "Sonntagsreden gibt es Loblieder auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft", aber das Gesetz bedrohe über 10.000 Milchviehbetriebe in Bayern und sei damit eine "grottenschlechte Vorlage". Auch Stephan Protschka (AfD) ließ kein gutes Haar an dem Gesetz. Der Entwurf habe nicht den Tierschutz zum Ziel, sondern wolle die private und berufliche Tierhal-

mit dem Gesetz "in die Höhe getrieben", so dass sie sich für immer mehr Menschen nicht mehr rentiere.
Ina Latendorf (Linke) sprach von einem "Profitiergesetz", weil die Regierung es erlaube, Tiere aus ökonomischen Gründen leiden zu lassen. Die Videoüberwachung in Schlachthöfen "mag sinnvoll sein", jedoch sollten die "menschenverachtenden Ar-

beitsbedingungen abgeschafft werden,

dann könnte dort auch sorgfältiger gearbei-

tung in Deutschland verbieten. Bürokratie

und die Kosten der Tierhaltung würden

tet werden".

Amira Mohamed Ali (BSW) hielt der Bundesregierung vor, im Tierschutz weit hinter ihren Versprechen und Plänen zurückgeblieben zu sein. Lediglich die Einsetzung der Tierschutzbeauftragten Ariane Désirée Kari sei erfolgt. Expertin Kari sage zwar, was getan werden müsste, aber die "Bundesregierung tut es nicht". Nina Jeglinski II

#### **KURZ NOTIERT**

#### Union fordert Kreislaufwirtschaftsstrategie

Die CDU/CSU-Fraktion fordert eine "praxistaugliche und effektive nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie" (NKWS). Ihr Antrag (20/12964) sollte am Freitag nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe erstmalig im Plenum debattiert und anschließend zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz überwiesen werden. In dem Antrag verlangt die Fraktion von der Bundesregierung, eine Strategie vorzulegen, die auf "Wettbewerb, Kostenund Ressourceneffizienz, Technologie und Materialoffenheit und zielgerichtete Innovationen" ausgerichtet ist.

Zudem dringt die Union darauf, "verbindliche Fristen zu Umsetzung der NKWS festzulegen, um den Unternehmen in der Kreislaufwirtschaft Planungssicherheit zu geben. Darüber hinaus müsse eine Reform der ökologischen Lizenzentgelte im Verpackungsgesetz "unverzüglich" umgesetzt werden, um Fehlsteuerungen zu vermeiden und Anreize für umweltfreundliches Verpackungsdesign zu schaffen, schreiben die Abgeordneten.

### **Umsetzung der EU-Richtlinie zu Wind, Solar und Speichern**

Die Bundesregierung will die planungsund genehmigungsrechtlichen Bestimmungen der EU-Richtlinie 2018/2001 in den Bereichen Windenergie an Land sowie Solarenergie umsetzen. Dazu sollen Änderungen in einer Reihe von Gesetzen vorgenommen werden. Die wesentlichen Inhalte des Gesetzentwurfs "zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2413 in den Bereichen Windenergie an Land und Solarenergie sowie für Energiespeicheranlagen am selben Standort" (20/12785) betreffen die planerische Ausweisung von Beschleunigungsgebieten. *mis* ¶

### CO2-Speicherung soll erleichtert werden

Deutschland muss bis zum Jahr 2045 Netto-Treibhausgasneutralität erreichen. Nach Auffassung der Bundesregierung sind Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid in tiefen geologischen Gesteinsschichten hierfür unverzichtbar. Dazu hat die Ampelkoalition einen Gesetzentwurf "zur Änderung des CO2-Speicherungsgesetzes" (20/11900) vorgelegt, der am Freitag nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe in erster Lesung beraten und anschließend an die zuständigen Ausschüsse überwiesen werden sollte. Ebenfalls an die Ausschüsse überwiesen werden sollte der Antrag der CDU/CSU-Fraktion mit dem Titel "Potentiale der CO2-Abscheidung und -Speicherung und CO2-Nutzung entfesseln und Hürden konsequent aus dem Weg räumen" (20/

### Gasspeicherumlage ist unvereinbar mit EU-Richtlinien

Die Europäische Kommission hält die rechtliche Grundlage zur Erhebung der Gasspeicherumlage in Paragraf 35e des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) für unvereinbar mit EU-Richtlinien. Deshalb hat sich am Donnerstag das Parlament in erster Lesung mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des EnWG (20/12784) befasst und ihn anschließend an den federführenden Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen.

### Mehr Bioenergie

#### **ENERGIEWENDE** Bundestag lehnt Unionsantrag ab

Die Bundesregierung behandle die Bioenergie stiefmütterlich, bremse sie künstlich aus und setze die falschen Rahmenbedingungen – das schreiben die Abgeordneten von CDU und CSU in einem Antrag (20/9739) mit dem Titel "Bioenergie eine klare Zukunftsperspektive geben und bestehende Hemmnisse beseitigen".

Darin fordert die Union unter anderem, die Verengung der Ausschreibungen auf Biomethan-Spitzenlastkraftwerke zurückzunehmen und den Schwerpunkt wieder auf flexible Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zu legen – sowohl im Biomethan- wie auch im regulären Biomasse-Segment. Das für Biomasseanlagen festgelegte Ausbauziel solle erhöht und Anreize und Rahmenbedingungen für die Umrüstung von Biogas verbessert werden, heißt es. Zudem solle der Einsatz von Biomasse in Wärmenetzen nicht beschränkt werden.

Ablehnung trotz Zustimmung Am Donnerstag befasste sich der Bundestag in abschließender Beratung mit dem Antrag und lehnte ihn ab. Für den Antrag stimmte die Unionsfraktion, die Koalitionsfraktionen und die AfD-Fraktion votierten dagegen. Die Gruppe Die Linke enthielt sich bei Abwesenheit der Gruppe BSW. Eingangs der Debatte unter-

strich Katrin Uhlig (Bündnis 90/Die Grünen), die Bioenergie sei ein zentraler und wichtiger Bestandteil der Energiewende. Denn mit ihrer Flexibilität sei sie eine gute Ergänzung für Sonne und Wind. Viele Forderungen des Unions-Antrags allerdings habe die Ampel bereits umgesetzt oder plane es zu tun.

Betriebe vor dem Aus Leider handle die Regierung eben nicht, sagte Andreas Lenz (CSU), und das, obwohl viele Biogasbetriebe, die meist Familienbetriebe seien, vor dem Aus stünden. Die jüngsten Ausschreibungen seien dreimal überzeichnet gewesen, das Ausschreibungsvolumen reiche also nicht aus.

SPD-Politiker Markus Hümpfer nannte

den Unionsantrag einen guten Versuch, der aber überholt sei: Mit zahlreichen Gesetzesänderungen habe die Ampel Hemmnisse bei der Bioenergie bereits beseitigt. Rainer Kraft (AfD) warf den Bürokratie-

abbau fordernden Antragstellern vor, auf EU-Ebene die größten Unterstützer eben jener Bürokratie zu sein, "mit der unsere Landwirte gegängelt werden.

Konrad Stockmeier (FDP) stellte für die Liberalen klar, dass sie bei allem Erreichten daran interessiert seien, dass darüber hinaus für Bioenergie am deutschen Energiemarkt gute Perspektiven entstehen. *mis* ¶

## Auf dem Weg in die datengetriebene Zukunft

**DIGITALES** Die Union dringt auf mehr Einsatz der Ampel für eine wettbewerbsfähige deutsche Datenwirtschaft

Die Union wittert Stillstand und Planungsunsicherheit für Unternehmen in der Datenpolitik. "Der globale Wettbewerb wartet nicht auf uns", sagte Digitalpolitikerin Franziska Hoppermann (CDU) am Donnerstag in der Debatte über die Umsetzung des EU-Data Acts in nationales Recht. Diese habe die Bundesregierung aus Sicht ihrer Fraktion verschlafen.

In immer stärker vernetzten Märkten bedeute jede Verzögerung einen Wettbewerbsnachteil, so Hoppermann weiter. Anlass der Debatte ist ein Antrag der Unionsfraktion (20/12103), der unter der Überschrift "Serviceopposition" stehe, wurde Hoppermann nicht müde zu betonen. Den Antrag soll nun der Digitalausschuss federführend beraten. Die Union forderte die Bundesregierung auf, zügig einen Gesetzentwurf zur Durchführung und Umsetzung vorzulegen und zu klären, welches Bundesministerium federführend zuständig ist. Es brauche mehr Einsatz für eine Harmonisierung der Umsetzung auf EU-Ebene und dafür, das Verhältnis von Data Act und Datenschutz-Grundverordnung zu klären.

**Netzagentur soll koordinieren** Wie schon beim Digitale-Dienste-Gesetz soll aus Sicht der Union die Bundesnetzagentur als Datenkoordinator benannt werden. Ziel sei es, vor Ablauf der Übergangsfrist

am 12. September 2025 Planungs- und Rechtssicherheit für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu schaffen, betonte Hoppermann in der Debatte. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen die EU-Mitgliedstaaten gemäß Artikel 37 Data Act eine oder mehrere zuständige Behörden benennen, die für die Anwendung und Durchsetzung verantwortlich sind. Hierfür müssten bereits im Regierungsentwurf für den Bun-

deshaushalt 2025 Mittel und Stellen sowie Planstellen für den Datenkoordinator und die zuständigen Behörden vorgesehen werden, heißt es von der Union. Eine Zersplitterung der Zuständigkeiten müsse vermieden werden, um schnelle Entscheidungen zu gewährleisten.

**Abwägen mit Datenschutz** Für die Sozialdemokraten sagte Carolin Wagner, dass



Smart Waschen: Der Data Act sieht vor, dass Nutzer vernetzter Geräte auf die Daten zugreifen und sie an Dritte weitergeben können.

die Umsetzung der Verordnung rasch erfolgen müsse - allerdings "rechtssicher und gut abgewogen" mit datenschutzrechtlichen Fragen. "Es ist kompliziert", sagte Wagner etwa mit Blick darauf, dass auch maschinengenerierte Daten einen Personenbezug aufweisen könnten. Tobias Bacherle (Grüne) wies darauf hin, dass man in der Debatte um den Missbrauch von Daten nicht vergessen dürfe, auch über die Chancen der Datennutzung zu sprechen. Volker Redder (FDP) warf der Union "Diskreditierung" vor und zählte sodann digitalpolitische Initiativen auf, mit denen die Koalition die Digitalisierung vorantreibe. Barbara Benkstein (AfD) sagte mit Blick auf einen erleichterten Zugang zu Daten für KMU und Start-Ups, es bleibe abzuwarten, wie die Verordnung umgesetzt werde. Ein Problem sei, dass der Data Act "unscharf beim Recht der Nutzer auf Zugang zu ihren Daten" sei. Die Bundesnetzagentur als Koordinator sehe ihre Fraktion wegen mangelnder Unabhängigkeit kritisch. Für die Linksfraktion kritisierte Anke Domscheit-Berg, dass die Daten des Internets der Dinge (IoT) mit dem Data Act in dieser Form zur Handelsware würden - eine faire Datennutzung sehe sie nicht gegeben. Es entstehe künftig ein wirtschaftliches Eigentum an Nutzerdaten beim Kauf von IoT-Lisa Brüßler |

ie wichtigste Eigenschaft ist, dass dieser Wagen läuft und läuft und läuft", hieß ein VW-Werbeslogan Ende der sechziger Jahre für das Erfolgsmodell "Käfer", das sich millionenfach verkaufte und VW zum Weltkonzern machte. Mit dem "Golf" schuf VW später sogar eine eigene Autoklasse. Heute läuft es bei VW nicht mehr rund. Die Modellpalette gilt als zu teuer, beim E-Auto holen ausländische Konkurrenten auf oder haben VW bereits überholt. Jetzt überlegt VW die Schließung von mindestens einem Werk im Inland, vom Abbau von bis zu 30.000 Arbeitsplätzen ist die Rede. Auch andere deutsche Autohersteller haben mit Absatzproblemen zu kämpfen; die Zulieferindustrie von Schaeffler bis Bosch leidet ebenfalls stark. Die Rezepte hier: Arbeitsplatzabbau, Werksschließungen und Produktionsverlagerung ins Ausland.

Im Bundestag gingen die Meinungen, was für den wichtigsten deutschen Industriezweig getan werden könnte, in zwei Debatten am Donnerstag und Freitag weit auseinander. Ampel-Koalition und Linke wollen an dem von der EU geplanten Verbot des Verbrennermotors ab 2035 festhalten, Union, AfD und BSW wollen es aufheben und setzen auf Technologieoffenheit.

Absatzeinbruch Julia Klöckner (CDU) kritisierte: "Die Wirtschaftspolitik der Ampel ist fatal." Die Bürger seien verunsichert. So habe die Ampel-Bundesregierung die Zuschüsse für E-Autos gestrichen. Folge sei ein Absatzeinbruch um 69 Prozent bei

Sabine Poschmann (SPD) erklärte, Populismus und blinder Aktionismus würden jetzt nicht weiterhelfen. Ein Teil der Wirtschaft stehe unter enormem Druck, die Konkurrenz aus China sei immens. Aber die Regierung habe das erkannt und das Wachstumschancengesetz auf den Weg gebracht. Das habe die Union jedoch blockiert. Gebraucht würden Investitionen in den klimagerechten Umbau der Wirtschaft und in die Infrastruktur. Dafür seien im Haushalt 81 Milliarden Euro vorgesehen.

Dirk Spaniel (AfD) wies den Eindruck zurück, dass staatliche Hilfen die Autoindustrie retten könnten. Die Krise der Autoindustrie sei hausgemacht. Das Geschäftsmodell der Autobauer sei von der Politik "weggeschossen" worden. In Deutschland könnten keine konkurrenzfähigen E-Autos produziert werden. Spaniel forderte eine Abschaffung des geplanten Verbots von Verbrennungsmotoren. Die den Autoherstellern drohenden Strafzahlungen müssten entfallen.

Ab 2035 keine Verbrennermotoren mehr zuzulassen, gebe auch Planungssicherheit sagte Michael Kellner (Grüne), Parlamentarischer Staatssekretär beim Wirtschaftsministerium. E-Mobilität habe damit Zukunft. In China zeige sich, dass die deutschen Unternehmen auf ihren Fahrzeugen mit Verbrennermotoren sitzen bleiben würden. Das meistgebaute Auto der Welt sei ein E-Auto, und das werde auch in Grünheide (bei Berlin) gebaut. Dort produziert der US-Hersteller Tesla.

Sandra Detzer (Grüne) sagte, Automobilindustrie und Zulieferer hätten es verdient, dass das Auto der Zukunft aus Deutschland komme. Dabei müsse die Industrie unterstützt werden. Man erlebe derzeit die zweite Geburt des Automobils" Die Zukunft des Autos sei elektrisch. Wer an der alten Technik festhalte, gefährde die Zukunft. Wer das Ende des Verbrenners wolle, gebe der Branche Zukunftssicherheit.

Das Verbrennerverbot und die drohenden Strafzahlungen für die Autoindustrie könne EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leven aufheben, sagte Lukas Köhler (FDP) an die Adresse der Union. Von

## Läuft nicht

**AUTOBRANCHE** Koalition setzt weiter voll auf E-Mobilität. Union, AfD und BSW wenden sich gegen ein Verbrenner-Aus



Trübe Perspektiven: VW-Zentrale in Wolfsburg r

© picture-alliance/Daniel Kalke

der Leven gehört der CDU an. Jörg Cezan- Gruppen Linke und BSW auf Beschlussne (Linke) kritisierte die Unfähigkeit deutscher und europäischer Hersteller, ein (20/13023) ein Antrag der CDU/CSUpreisginstiges F-Auto anzubieten. Hier Fraktion (20/11950) zur Wirtschaftspolitik gilt es einzugreifen." Eine Aufhebung der Flottengrenzwerte lehnte er ab.

An den Wirtschaftsausschuss überwiesen wurde ein Antrag der CDU/CSU-Fraktion (20/12963), in dem ein Bündel von Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Automobilindustrie und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland vorgeschlagen wird. Dazu gehört in erster Linie ein Verzicht auf die zum 1. Januar 2025 auf EU-Ebene vorgesehene Senkung des CO2-Flottengrenzwertes und auf die den Autoherstellern drohenden Strafzahlungen. Auf nationaler Ebene wird verlangt, mit den Einnahmen aus der CO2-Bepreisung die Stromsteuer dauerhaft und für alle auf das europäische Minimum zu senken. Außerdem sollen die Netzentgelte gesenkt werden.

Abgelehnt wurde von den Koalitionsfraktionen SPD, Grünen und FDP sowie den empfehlung des Wirtschaftsausschusses CDU/CSU- und AfD-Fraktion stimmten für den Antrag. Die Union verlangt darin eine Begrenzung der Sozialabgaben bei 40 Prozent des Bruttoarbeitslohns und eine Senkung der Steuern für im Unternehmen verbleibende Gewinne auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau von 25 Prozent. Das deutsche Lieferkettenge-

setz solle aufgehoben werden. Ein Antrag der Gruppe BSW (20/11541) wurde an den Umweltausschuss überwiesen. Die Gruppe will Neuzulassungen von benzin- und dieselbetriebenen Motoren auch über 2035 hinaus ermöglichen. Die Einseitigkeit, mit der die Bundesregierung und EU auf E-Mobilität setzten, sei ein "schwerer wirtschafts- und industriepolitischer Fehler", heißt es in einem Antrag. Dieser Fehler drohe weltweit führendes Know-how der heimischen Industrie zu zerstören. Hans-Jürgen Leersch

#### **STICHWORT**

**Automobile in Deutschland** 

Produktion Die Automobilproduktion in Deutschland hat ihren Zenit längst überschritten. Wurden 1998 noch 5,3 Millionen Pkw gebaut, so waren es 2023 4,1 Millionen. Allerdings bauten deutsche Autofirmen in ihren ausländischen Werken 2023 rund zehn Millionen Autos.

Beschäftigte 779.662 Menschen arbeiteten 2023 in der Autoindustrie, 0,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Der Umsatz betrug im letzten Jahr 564 Milliarden Euro (plus 11,5 Prozent).

Bestand Anfang 2024 waren in Deutschland rund 60,7 Millionen Kraftfahrzeuge zugelassen, davon 49,1 Millionen Personenkraftwagen (Pkw). Von diesen Pkw waren fünf Prozent Batteriefahrzeuge oder Fahrzeuge mit Hybridantrieb.

## Die Industrie ist kein Zugpferd mehr

**WIRTSCHAFT** Opposition sieht Ampel in der Verantwortung

»Sie

treiben

doch die

Menschen

aus dem

Land.«

Reinhard Houben (FDP)

»Das

**Problem** 

ist doch

diese

unfähige

Regierung.«

Leif-Erik Holm (AfD)

Von den großen Wirtschaftsnationen hat Deutschland den höchsten Industrieanteil. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes entfallen 20,4 Prozent der Wirtschaftsleistung hierzulande auf das "verarbeitende Gewerbe", wie die Industrie im Amtsdeutsch genannt wird. In Italien sind es 17,5 Prozent, in Frankreich nur 10,8 Prozent. Die Industrie als Zugpferd war der Grund, dass Deutschland relativ gut durch die Finanzkrise und durch die Corona-Pandemie kam. Denn darunter litt besonders der Dienstleistungssektor.

Doch die Zeiten haben sich geändert: Hohe Energiekosten, schlechte Infrastruktur, Arbeitskräftemangel, Bürokratie und hohe Steuern lassen den Industriesektor lahmen. Die Folgen stehen in dem am Donnerstag veröffentlichten Herbstgutachten der führenden Wirtschafts for schungs in stitute:Wachstum fällt in diesem Jahr in Deutschland aus, auch im nächsten Jahr wird es nicht viel besser. Die an-

deren europäischen Länder stehen besser da. Hauptgrund in Deutschland ist die schlechte Lage der Industrie, wo viel zu wenig investiert wird. Fast zeitgleich wies der Ifo-Geschäftsklima-Index schlechte Werte für die deutsche Wirtschaft aus, und auch die Exportzahlen waren alles andere als rosig. Fast täglich kommen neue Nachrichten über Werksschließungen und Stellenstreichungen. Alle Branchen sind betroffen - angefangen von der Automobilindustrie, der Chemieindustrie, der Stahlindustrie bis hin zum Schiffsbau. Von einem "Alptraum in der Endlosschleife", sprach am Donnerstag im Bundestag die CDU-Abgeordnete Gitta Connemann. Deutschland sei nicht mehr wettbewerbsfähig.

**Deindustrialisierung** Im Parlament stand die Situation der Industrie am Donnerstag auf der Tagesordnung. Anlass waren von

der AfD-Fraktion vorgelegte Anträge zum Stopp der Deindustrialisierung und zum Erhalt industrieller Arbeitsplätze in Deutschland. Leif-Erik Holm (AfD) erklärte, bei der Ampel seien die großen wirtschaftlichen Probleme bisher nicht angekommen. Die Wirtschaft stagniere, Unternehmen würden aus Deutschland flüchten: "Das Problem ist hausgemacht. Das Problem

ist diese unfähige Regierung." Das versprochene grüne Wirtschaftswunder komme nicht. Die ökosozialistische Transformation sei gescheitert. Die Ampel übernehme die alten planwirtschaftlichen Konzepte, die er noch aus der DDR kenne: "Ihre transformative Angebotspolitik ist die kleine Schwester der sozialistischen Planwirtschaft".

Widerspruch erntete die AfD bei den anderen Fraktionen. Esra Limbacher (SPD) warf der AfD vor, beim Thema Wirtschaft "komplett blank" zu sein und nichts für die Menschen im Angebot zu haben. Er wies auf eine Stellungnahme des Verbandes der Familienunternehmen hin, der die Politik der AfD als wirtschaftsfeindlich eingestuft habe. Die AfD wolle Kita-Plätze und Ganztagsschulen reduzieren. Sie verschärfe damit den Fachkräftemangel. Die AfD sei wirtschaftsfeindlich, weil sie die EU verlassen wolle. Doch ohne den europäischen Binnenmarkt "würden wir einen riesigen Teil unseres Wohlstandes verlieren".

Sandra Detzer (Grüne) zitierte Äußerungen von Unternehmen, die nach den AfD-Wahlerfolgen Investitionen zurückziehen würden: "Sie sind die größte Gefahr für nachhaltigen Wohlstand in diesem Land." Die Stärke der Industrie müsse erhalten und ausgebaut werden, forderte Detzer. Globale Megatrends wie Dekarbonisierung

> und Digitalisierung dürften aber nicht verschlafen werden, warnte sie. Man brauche eine "große Transformationsanstrengung". Reinhard Houben (FDP)

warf der AfD vor, von der sozialen Marktwirtschaft nichts zu verstehen. "Sie treiben doch die Menschen aus dem Land", erklärte er an die Adresse der AfD. Fachkräfte und Ärzte würden zum Beispiel nicht nach Sachsen kommen

wollen, weil ihnen das Klima nicht gefalle. Jörg Cezanne (Linke) sagte, sich in dieser Zeit mit der Schuldenbremse selbst zu verzwergen, sei ein "eklatantes Politikversagen" sowohl bei der Ampel als auch bei der Union.

Steffen Rouenhoff (CDU) erinnerte jedoch auch an die Verantwortung der Ampel-Koalition für die gegenwärtige wirtschaftliche Lage: Es gebe hohe Kapitalabflüsse und Firmenschließungen. Licht am Ende des Tunnels sei nicht in Sicht. Der AfD warf Rouenhoff vor, eine protektionistische ausgerichtete Wirtschaftspolitik zu verfolgen: "Das ist Gift für unsere Volkswirtschaft." Ein Austritt aus der EU, wie die AfD wolle, würde die deutsche Volkswirtschaft in den Abgrund führen. "Sie sind nicht die Retter der deutschen Wirtschaft", sagte Rouenhoff an die Adresse der AfD.

Die drei Anträge (20/12767, 20/12968, 20/12969) der AfD-Fraktion wurden an die Ausschüsse überwiesen. In den Anträgen fordert die AfD-Fraktion die Bundesregierung auf, "den ordnungspolitischen Irrweg der sogenannten ,transformativen Angebotspolitik' zu verlassen sowie die aktive Industriepolitik zur Erfüllung von planwirtschaftlichen

Transformationszielen zu

beenden". Die AfD-Abgeordneten schlagen unter anderem vor, Planungssicherheit für die Industrie herzustellen, die Schuldenbremse einzuhalten, auf wettbewerbsverzerrende Markteingriffe zu verzichten, Subventionen abzubauen und die eingesparten Mittel für Steuerentlastungen zu nutzen.

Außerdem soll die Bundesregierung das Ziel der Dekarbonisierung des Industriesektors umgehend aufgeben, um die Deindustrialisierung abzuwenden und den Abbau von Arbeitsplätzen zu verhindern. Die AfD-Fraktion verweist auf eine Umfrage des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), nach der 16 Prozent der Unternehmen sich entschlossen hätten. Teile der Produktion oder sogar die gesamte Produktion ins Ausland zu verlagern.

## Experten kritisieren »Bodensatz-GMA«

**ETAT 2025** Bei einer Anhörung im Haushaltsausschuss melden Sachverständige verfassungsrechtliche Bedenken an

Expertinnen und Experten sind uneins, ob der Haushaltsentwurf 2025 (20/12400) die verfassungsrechtlichen Vorgaben einhält. Das wurde bei einer Anhörung Anfang der Woche im Haushaltsausschuss deutlich. Insbesondere die mit zwölf Milliarden Euro ausgewiesene "Bodensatz-GMA" im Einzelplan 60 beäugten die Sachverständigen kritisch. Selbst von den Regierungsfraktionen benannte Sachverständige hatten Bedenken wegen der Höhe der Globalen Minderausgabe. Bei einer GMA geht der Gesetzgeber davon aus, dass im Haushalt eigentlich vorgesehen Mittel in dieser Höhe tatsächlich nicht abgerufen werden. Nur dank einer GMA von zwölf Milliarden oder drei Prozent des Haushaltsvolumens bleibt der Entwurf für 2025 im Rahmen der Schuldenbremse.

Der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler Armin Steinbach (Hochschule HEC Paris) nannte dies "finanz- und verfassungsrechtlich problematisch". Das Instrument der GMA werde gewöhnlich "zum Einsatz gebracht, um Prognoseschwierigkeiten und Schätzungenauigkeiten abzubilden und darf nicht eingesetzt werden, um einen Haushaltsausgleich herbeizuführen beziehungsweise nur zum Schein herbeizuführen", erklärte der von der SPD benannte Sachverständige. Für "noch vertretbar" hielten er wie auch einige weitere Sachverständige eine GMA von zwei Prozent und damit unter zehn Milliarden Euro. Schon im Vorfeld hatten Abgeordnete der Koalition darauf hingewiesen, dass sie eine Absenkung in dieser Größenordnung erreichen wollen. Der von der AfD-Fraktion benannte Berliner

Rechtsanwalt Ulrich Vosgerau wies allerdings darauf hin, dass der Regierungsentwurf neben dieser "Bodensatz-GMA" weitere GMA in den Einzelhaushalten vorsehe, so dass in der Summe Minderausgaben von fast neun Prozent angenommen würden. Das genüge keinesfalls dem "Grundsatz der Haushaltswahrheit". Der "eigentliche Skandalon" aber sei, dass der Bundestag, würde er einen solchen Etat beschließen, seine Kompetenz für den Haushaltsvollzug an die Regierung abtreten würde, argumentierte Vosgerau. Das aber wäre ein "fundamentales Gewaltenteilungs-Problem" und damit verfassungswidrig.

Der von den Grünen benannte Staatsrechtler Alexander Thiele von der BSP Business & Law School Berlin vermisste eine stichhaltige Begründung für die hohe GMA. Der Verweis der Regierung auf die "empirische Erfahrung", dass Mittel in dieser Größenordnung am Jahresende nicht abgerufen worden seien, "bringt verfassungsrechtlich nicht viel", sagte Thiele.

Der Volkswirt Jan Schnellenbach (Brandenburgische Technische Universität), den die FDP-Fraktion benannt hatte, schlug als konkrete Maßnahme vor, die vorerst nicht benötigten Milliarden für eine Intel-Chipfabrik umzuwidmen, um so die GMA zu senken. Der Düsseldorfer Wirtschaftswissenschaftler Jens Südekum verwies aber darauf, dass es in der bisherigen Rechtsprechung des Bundes-

verfassungsgerichts noch keine Anhaltspunkte für eine zulässige Höhe der GMA gibt. Auch der von der SPD benannte Südekum hielte eine Höhe von "unter zehn Milliarden" im nächsten Jahr für "vertretbar".

Kritik an Wachstumsannahme Problematisch erschienen mehreren Sachverständigen auch im Haushaltsentwurf angesetzte Globale Mehreinnahmen, die sich infolge der Wachstums-Initiative ergeben sollen. Dieses noch im Gesetzgebungsverfahren befindliche Maßnahmenpaket soll die Konjunktur beleben und damit zu Steuermehreinnahmen führen. Die Wirtschaftswissenschaftlerin der Ludwig-Maximilians-Universität München und Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Monika Schnitzer, erwartet zwar "Wachstumsimpulse". Die dadurch aber von der Regierung erwarteten Mehreinnahmen für das erste Jahr, also

2025, hielt die von der SPD-Fraktion benannte Sachverständige aber für "eher überschätzt".

Die Bundesregierung erwartet durch die Wachstums-Initiative eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes von 0,5 Prozent im ersten Jahr. Dazu erklärte der Vorsitzende des unabhängigen Beirats des Stabilitätsrats, der Finanzwissenschaftler Thiess Büttner von der Universität Erlangen-Nürnberg, dass nach üblicher Schätzung bei einem Prozent Wirtschaftswachstum vier Milliarden Steuermehreinnahmen zu erwarten seien. Wie die Bundesregierung dann bei einem halben Prozent Wachstum auf 6.9 Prozent Mehreinnahmen komme, sei ihm "unerklärlich", so der von der Unionsfraktion benannte Sachverständige.

Kritisch diskutiert wurde auch die Erhöhung des Eigenkapitals und ein Darlehen mit 34 Jahren Laufzeit an die Deutsche Bahn. Der von der Union benannte Finanz- und Steuerrechtler Hanno Kube (Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg) hielt es für "fraglich", ob es sich hier tatsächlich um einen "werthaltigen Vermögenstausch" handelt, für den die Schuldenbremse nicht gilt. Andere Sachverständige verwiesen allerdings darauf, dass bei der Bahn langfristig mit einer Einhaltung ihrer Verpflichtungen gerechnet werden könne.

### 58 Euro ab Januar 2025

**VERKEHR** Das Deutschlandticket bleibt, wird aber teurer

Das Deutschlandticket wird teurer. Wer den öffentlichen Nahverkehr in ganz Deutschland mit nur einem Ticket nutzen möchte, muss ab dem kommenden Jahr 58 Euro pro Monat hinlegen. Gestartet war das Ticket im Mai 2023 mit einem Preis von 49 Euro. Den Aufschlag um neun Euro haben die Verkehrsminister der Länder bei einer Sonderkonferenz am Montag beschlossen. Wie es ab 2026 weitergehen soll, ist derzeit unklar.

Oliver Krischer (Grüne), Vorsitzender der Verkehrsministerkonferenz, zeigte sich zufrieden, "dass es uns gelungen ist, im Jahr 2024 den Preis stabil zu halten". Ab 2025 komme man aber um eine maßvolle Preiserhöhung nicht herum.

Damit aber das Deutschlandticket für das Jahr 2025 überhaupt erst einmal gesichert werden kann, muss das Regionalisierungsgesetz novelliert werden. Das wurde bei der Verkehrsministerkonferenz ausdrücklich betont. Nur so nämlich kann die am 6. November 2023 zwischen den Länderchefs und dem Bundeskanzler vereinbarte und für die Finanzierung des Deutschlandtickets zwingend erforderliche überjährige Verwendbarkeit der Bundesmittel erfolgen. Geht es nach den Ländern, so soll der Bund die Überjährigkeit der Mittel auch für die Folgejahre sicherstellen.

In der Nacht zum Freitag hat der Bundestag nun den entsprechenden Gesetzentwurf (20/12773) an den Verkehrsausschuss überwiesen. Neben der Überjährigkeit ist darin auch eine "haushaltskonsolidierende Maßnahme" enthalten: Ein Betrag in Höhe von 350 Millionen Euro soll danach nicht im Jahr 2025 zur Auszahlung gebracht werden, sondern erst nach Vorlage der Nachweise über die Verwendung der Regionalisierungsmittel für das Jahr 2025 im Jahr 2026 erfolgen.

Keine Nachschusspflicht Die Neuregelung gilt auch als die Grundlage für den Preisanstieg. Schreibt sie doch fest, dass es keine über den Betrag von jeweils 1,5 Milliarden Euro pro Jahr hinausgehende Nachschusspflicht von Bund und Ländern gibt. Sofern der Betrag den Rahmen von neun Milliarden Euro (je 1,5 Milliarden Euro von Bund und Ländern für 2023, 2024 und 2025) überschreitet, müssten die Länder geeignete Maßnahmen ergreifen, um den Zuschussbedarf ohne Rückgriff auf die nach Paragraf 5 des Regionalisierungsgesetzes zur Verfügung gestellten Mittel zu decken. "Dabei kommt auch eine Preisanpassung des Deutschlandtickets in Betracht", heißt es im Entwurf. Genau das ist nun passiert. Götz Hausding ■

#### **KURZ REZENSIERT**



Jeremy Eichler: Das Echo der Zeit.

Die Musik und das Leben im Zeitalter der Weltkriege.

Klett-Cotta, Stuttgart 2024; 464 S., 32,00 €

Dem Musiker Paul Wittgenstein hat der Komponist Maurice Ravel ein eigenes Werk auf den Leib geschrieben: Das "Konzert für die linke Hand" entstand, weil der Pianist im Ersten Weltkrieg den rechten Arm verloren hatte. Für Jeremy Eichler ist die Episode in seinem Buch "Das Echo der Zeit" ein Symbol der verheerenden Auswirkungen des "Zeitalters der Extreme". Der US-Journalist geht "mit den Ohren des Kritikers und Instrumenten des Historikers" in einer überaus fesselnden und unerhört detailreichen Spurensuche der Frage nach, wie sich die totalitäre Geschichte des 20. Jahrhundert in Leben und Werk von Richard Strauss, Arnold Schönberg, Dmitri Schostakowitsch und Benjamin Britten eingeschrieben hat.

Das Buch bleibt aber nicht bei vier der einflussreichsten Komponisten des 20. Jahrhunderts, sondern spannt den Bogen bis zu Bach und Beethoven, zur deutschen Aufklärung und dem Anteil jüdischer Künstler daran, zu einem Bildungsideal, das mit den Nationalsozialisten, die Felix Mendelssohn Bartholdy aus dem musikalischen Gedächtnis tilgen wollten und mit dem Frauen-Orchester in Auschwitz an ein groteskes Ende kam.

Anschaulich zeichnet das Buch eine "Emanzipation der Dissonanz" nach, die der Philosoph Theodor Adorno einmal als "Wahrheit über die Harmonie" bezeichnet hat. In Schönbergs Werk "A Survivor from Warsaw", eine der wichtigsten musikalischen Auseinandersetzungen mit dem Holocaust, werden Medium und Botschaft zu einer radikalen Einheit und machen die Zwölfton-Musik verständlich. Die Musik hat für Eichler die unterschätzte Fähigkeit, "geschichtlich Eingefrorenes aufzutauen". Sie behalte im Gedächtnis, was die Gesellschaft gern vergessen würde. Unverkennbar ist sein Buch von Walter Benjamins Geschichtsphilosophie inspiriert: Die Trümmer früherer Epochen sind auf ihre unverwirklichte Zukunft zu durchsuchen, um diese für die Gegenwart zu rehabilitieren. Mit dem "Echo der Zeit" ist Eichler dieser Versuch eindrucksvoll gelungen.



Tara Zahra:

Gegen die Welt. Nationalismus und Abschottung in der Zwischenkriegszeit.

Suhrkamp, Berlin 2024; 448 S., 36,00 €

In ihrem empfehlenswerten Buch "Gegen die Welt" schlägte Tara Zahra eine Brücke von der Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg zur Jetztzeit. Diese könnte sich ebenfalls zu einer "Zwischenkriegszeit" entwickeln – je nachdem, wie der Streit zwischen den Vertretern der globalen Integration und den Anhängern der Anti-Globalisierung ausgeht. Oder wenn Putins Aggression gegen die Ukraine zu einer globalen Konfrontation führen sollte, die in einem Weltkrieg oder einem neuen Kalten Krieg endet.

Die amerikanische Osteuropa-Historikerin, sie lehrt an der University of Chicago, beschreibt die politische und wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen aus heutiger Perspektive und verwendet dafür aktuelle Begriffe. Damals sprachen die Menschen nicht von "Globalisierung", sondern von "Freiheit" oder "Abhängigkeit" von der Weltwirtschaft, von "Nationalismus" gegen "Internationalismus", von "Selbstbestimmung" oder ihrer Missachtung. Zahra kann überzeugend darlegen, dass sich der "gleichzeitige Aufstieg einer auf Globalisierung zielenden und einer antiglobalistischen Politik" nicht widersprechen. Dabei bezieht sie sich auf Studien Jürgen Osterhammels. Besonders interessiert sie sich jedoch dafür, warum sich die Europäer eben "gegen die Welt" entschieden und sich stattdessen dem Nationalismus, dem Faschismus oder dem Kommunismus zuwandten.

Das Buch ist unterhaltsam geschrieben: Es kommen heute vergessene Persönlichkeiten, wie Aktivistinnen der Frauenbewegung, Industrielle und Ökonomen ebenso zu Wort wie die berühmten und berüchtigten Gestalten der Epoche. Für die aufgeworfene Frage, ob der Wirtschaftsliberalismus zur Demokratisierung führt, liefern die aktuellen Entwicklungen in China, Russland und der Aufstieg der Rechtspopulisten in Europa unschöne Antworten. manu 🛮



Klare Rollenverteilung: Der Reichstagsabgeordnete Otto Arendt (Deutsche Reichspartei) wird in der Kolonie Deutsch-Ostafrika von Einheimischen in einer Rikscha befördert. Die Aufnahme entstand vermutlich 1906 während einer Reise Arendts in die Kolonie. Arendt war auch Gründungsmitglied der Deutschen Kolonialgesellschaft.

## Mit Flüchen und Hieben

#### AUSWÄRTIGES AMT Die Rolle des Ministeriums während des deutschen Kolonialismus

**Gewalt galt** 

als probates

Mittel, um

die Bevöl-

kerung zu

disziplinieren.

tensystem der bundesrepublikanischen Erinnerungskultur konstatieren die Herausgeber des Sammelbandes "Das Auswärtige Amt und die Kolonien". Die Aufarbeitung der deutschen beitung seiner eigenen Ge-Kolonialgeschichte sei neben die Ausei- schichte fort. Bereits 2010 nandersetzung mit dem Nationalsozialismus dem Zusiten Weltkrigg und dem Holigen Außenminister Joschmus, dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust getreten, schreibt das Wissenschaftlerquartett Carlos Alberto Haas, Lars Lehmann, Brigitte Reinwald und David Simo. Es darf allerdings bezweifelt werden, dass dieses Kapitel der deutschen Geschichte zwischen 1884 und 1914 jemals eine solche Wirkmächtigkeit im Bewusstsein der Deutschen entwickeln wird wie die zwölfjährige NS-Diktatur und all ihrer Menschheitsverbrechen. Nicht zuletzt auch deswegen, weil "den Deutschen" im Fall ihrer Kolonialgeschichte jenes Leid am eigenen

icht weniger als eine Ver-

änderung im Koordina-

heraufbeschworen hatten. Bereits in ihrem Koalitionsvertrag von 2018 hatten Union und SPD erstmals die Kolonialgeschichte neben der NS-Zeit und der SED-Diktatur als Teil der Erinnerungskultur benannt. So ist auch der Band "Das Auswärtige und die Kolonien" ein Ergebnis

Leib erspart blieb, dass sie in der NS-Zeit

dieses politischen Prozesses. Initiiert wurde das Buch noch von Außenminister Heiko Maas (SPD), die Finanzierung übernahm das Auswärtige Amt, und Anfang Juni dieses Jahres stellte es Außenministerin Anna-

ligen Außenminister Joschka Fischer (Grüne) angestoßene Band "Das Amt und seine Vergangenheit" über die Verstrickungen in die Verbrechen des Nationalsozialismus erschienen. Die 17 Beiträge des Sammelbandes zur Kolonialpolitik - unter ihnen auch mehrere von Wissenschaftlern aus Ländern des ehe-

maligen deutschen Kolonialreichs verfasst - beschränken sich jedoch nicht allein auf die Rolle des Auswärtigen Amtes, sondern bieten einen guten Überblick zur Kolonialpolitik des Deutschen Kaiserreichs im Konzert der damaligen Großmächte insgesamt und beleuchten auch den Umgang mit Kolonialbestrebungen in der Weimarer Republik und der NS-Zeit. Thematisiert werden

zudem die Rolle des Auswärtigen Amtes in in der deutschen Öffentlichkeit, wie die der Phase der Dekolonisation nach dem Zweiten Weltkrieg und der Umgang mit dem kolonialen Erbe.

Der Umstand, dass sowohl die Kolonialabteilung wie auch das Reichskolonialamt direkt dem Reichskanzler unterstanden, zeigt bereits, wer in der Kolonialpolitik letztlich das Sagen hatte. Zuständig waren sie vor allem für Verwaltungsfragen, die Finanzen, das Verkehrs- und Bauwesen in den Kolonien, aber auch

für die dort stationierten militärischen "Schutztruppen".

Die Beamten in Berlin wären durchaus auch zuständig gewesen, den Gewaltexzessen der Kolonialherren vor Ort gegen die einheimische Bevölkerung Einhalt zu gebieten. Doch die Haltung der Beamten sei vor allem geprägt gewesen von Ignoranz und der Furcht vor unliebsamen Debatten

Historikerin Tanja Bührer am Beispiel der Kolonie Deutsch-Ostafrika herausarbeitet.

Direkt involviert in die kolonialen Belange Alltägliche Gewalt Wie alltäglich Gewalt lena Baerbock (Grüne) der Öffentlichkeit des Kaiserreichs war das Auswärtige Amt im Alltag der Kolonien war, zeigt beispielsvor. Das Ministerium setzt damit die Aufar- vor allem über seine Kolonialabteilung weise der Beitrag des Kulturwissenschaftund das daraus hervorge- lers Kokou Azamede über die deutsche gangene Reichskolonialamt Herrschaft in Togo. Zur Aufrechterhaltung als eigenständige Behörde. der Ordnung war dort 1855 eine eigene Polizeitruppe gebildet worden, deren Angehörige aber nicht aus der einheimischen Bevölkerung rekrutiert wurden, sondern der ethnischen Gruppe der Hausa in Nigeria und Niger angehörten. Das Kommando über die Söldnertruppe wurde einem deutschen Feldwebel übertragen, der sie mit preußischem Reglement und "Flüchen und Hieben" drillte: Sein Ziel: Die Truppe sollte im "Einsatz willig" sein, "die eingedrillte Rücksichtslosigkeit gegenüber der Bevölkerung anzuwenden".

> Mit Prügelstrafen und Auspeitschungen wurden regelmäßig einheimische Bewohner in den als "Schutzgebiete" bezeichneten Kolonien diszipliniert, wenn sie sich auflehnten. Und die Kolonialherren spielten die unterschiedliche Ethnien gegebenenfalls rücksichtslos gegeneinander aus. Kollaboration war ebenso Teil der Realitäten wie Widerstand. In ein allzu einfaches

Täter-Opfer-Schema, wie es in der öffentlichen Debatte mitunter propagiert wird, lässt sich die Kolonialgeschichte nicht pressen. Und die Autoren des lesenswerten Bandes tun dies auch nicht.

Deutlich wird bei der Lektüre aber auch, dass sich die Alltagsgewalt ebenso wie die Völkermorde an den Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika und während des Maji-Maji-Aufstandes in Deutsch-Ostafrika nicht zuletzt aus einem tiefsitzenden Rassismus der weißen Kolonialherren gegenüber den beherrschten Völkern speiste. Bei Carl Peters, Vertreter der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, klang das dann so: Die Afrikaner seien allein durch "männliche Energie und rücksichtslose Gewalt" zu beeindrucken. Alexander Weinlein



Carlos Alberto Haas, Lars Lehmann, **Brigitte Reinwald,** David Simo (Hg.):

Das Auswärtige Amt und die Kolonien.

C.H. Beck, München 2024; 592 S., 36,00 €

## Ausbeutung und Auslöschung

**KOLONIALISMUS** Sashi Tharoors Abrechnung mit der britischen Herrschaft in Indien

Rund 190 Jahre dauerte die Herrschaft der Briten in Indien: von der Schlacht bei Plassey im Juni 1757, als ein kleines britisches Heer vor allem durch Bestechung die Truppen des letzten unabhängigen Herrschers von Bengalen schlug, bis zum 15. August 1947, als der erste Ministerpräsident des freien Indien, Jawaharlal Nehru, verkündete, dass Indien "zu Leben und Freiheit" erwache, es aber "nicht die Zeit für Schuldzuweisungen an andere" sei.

Der indische Schriftsteller und Politiker der Kongresspartei Shashi Tharoor hält diese Zeit jetzt für gekommen. 2016 veröffentlichte er eine scharfe Abrechnung mit der britischen Kolonialherrschaft, die nun unter dem Titel "Zeit der Finsternis" auch auf Deutsch erschienen ist. Tharoors Urteil ist eindeutig: Die Kolonialherrschaft habe Indien neben wirtschaftlicher Ausbeutung, der Zerstörung seiner Industrien, der Beseitigung traditioneller Regierungsinstitutionen und Lebensweisen auch "die Auslöschung des wichtigsten Besitzes der Kolonisierten" gebracht: "ihrer Identität und ihrer Selbstachtung".

Nun hat sich in den westlichen Ländern der Blick auf die eigene Kolonialvergangenheit erheblich verändert. Unter Historikern und Publizisten gibt es heute kaum noch Apologeten des Kolonialismus. Das

zeigt auch die Entstehungsgeschichte des Buches. Es geht zurück auf einen Vortrag, Tharoors im Mai 2015 an der Universität Oxford über das britische Empire. Die Hochschule stellte die Rede ins Netz, wo sie in kürzester Zeit viral ging.

Mildernde Umstände lässt Tharoor selbst bei solchen Themen nicht gelten, bei denen gemeinhin auch heute noch eine gewisser positiver Nebeneffekt der britischen Herrschaft in Indien gesehen wird - etwa dem Eisenbahnnetz, dem Justizsystem oder der parlamentarischen Demokratie, die anders als ein Präsidialsystem "für ein riesiges und vielfältiges Land wie Indien eine ungeeignetes System" sei. Tharoors zahlen- und faktenreiche Abrechnung mit dem Kolonialismus enthält wichtige Denk-

SHASHI THÆØR

**Shashi Tharoor:** 

Zeit der Finsternis. Das britische Empire in Indien.

Die andere Bibliothek, Berlin 2024; 480 S., 48,00 €

anstöße - so wenn er aufzeigt, dass der Anteil Indiens am Welthandel seit der Zeit um 1700 bis zum Abzug der Briten 1947 von 23 Prozent auf nur noch vier Prozent gesunken sei. Sein Bild von Indien vor Ankunft der Briten fällt dabei allerdings ähnlich idealisiert aus wie die Antwort auf die hypothetische Frage, wie die Geschichte des Subkontinents ohne die Kolonisierung verlaufen wäre.

Hungersnöte und Massaker Ausführlich beschreibt er auch die häufigen Hungersnöte auf dem Subkontinent. Weil die Briten ihre Wirtschaftspolitik rücksichtslos durchgesetzt hätten, seien während ihrer Herrschaft bis zu 35 Millionen Inder verhungert, wobei er mehrfach den problematischen Begriff des "Kolonialholocaust" verwendet. Verbrechen wie das von einem britischen General befohlene Massaker an mindestens 379 unbewaffneten Männern, Frauen und Kindern am 13. April 1919 im nordindischen Amritsar, verlieren vor diesem ihren Hintergrund fast ihren besonderen Charakter.

Shashi Tharoor hat ein lesenswertes Buch geschrieben, das den Zeitgeist trifft, allerdings mehr dem Plädoyer eines strengen Anklägers gleicht als dem abgewogenen Urteils eines Richters. Joachim Riecker

## Potenziale des öffentlichen Zorns



Sophie Schönberger | Thomas Poguntke [Hrsg.] **Politische Skandale** und politische Macht 2024, 183 S., brosch., 49,–€ ISBN 978-3-7560-1250-3

E-Book 978-3-7489-1791-5 (Schriften zum Parteienrecht und zur Parteienforschung, Bd. 57)

Welche Machtressourcen liegen im politischen Skandal? Und in welcher Form wird diese Macht legitimiert und diszipliniert? Der vorliegende Band sucht Antworten auf diese Fragen aus der Perspektive der Politik-, Rechts-, Geschichts- und Kommunikationswissenschaft sowie der Soziologie.

**E** e Library nomos-elibrary.de

Portofreie Buchbestellung unter nomos-shop.de Alle Preise inkl. Mehrwertsteue



**KEHRSEITE** Das Parlament - Nr. 40-41 - 28. September 2024

#### **AUFGEKEHRT**

#### **Fluchtbetontes** Drohpendeln

er Verweis aufs Tierreich kann hilfreich sein, um Politik zu erklären. Das wissen wir seit Äsop, das kennen wir von den Wappen, das hören wir von Politikern: Als "Schaf im Schafspelz" pflegte etwa Winston Churchill seinen Nachfolger zu bezeichnen. Nun hat auch Christian Lindner, Schatzkanzler der Herzen in Berlin und passionierter Freizeitjäger, mit einer Tier-Assoziation für Aufmerksamkeit gesorgt. Er sei "sprungbereit", ließ Lindner nach der für seine Liberalen enttäuschenden Wahl in den Brandenburger Forsten verlauten. Seither rätselt man in der Hauptstadt: Will er vom Jägerstand runter? Oder sollen die Anhänger von den Bäumen runter, auf die Parteifreunde wie Wolfgang Kubicki sie regelmäßig klettern lassen? Oder ist mit "sprungbereit" gemeint, dass die Liberalen als fauchender Tiger starten könnten, um als Bettvorleger mit Markenkernpolitur aufzuwachen, wie dazumal unter Schwarz-Gelb? Will Lindner also tatsächlich den Sprung aus der ungeliebten Partnerschaft mit SPD und Grünen wagen? Das immerhin wäre ein Sprung aus einem nicht immer friedvollen, aber doch überschaubaren Gehege einer Koalition in eine Wildbahn wie jener in Brandenburg, wo es bekanntlich mehr Wölfe als Lindner-Wähler gibt, noch dazu einen berüchtigten Aufholjäger wie Dietmar Woidke, wo sich also, um das zusammenzufassen, auch für eingefleischte Liberale Darwins fieser Merksatz politisch bewahrheiten könnte: survival of the fittest.

Ganz so konsequent will Lindner seine Sprunginnovation dann wohl doch nicht verstanden wissen. Die Sprungbereitschaft soll sich auf den Mut zur Verfertigung von Ampel-Gesetzen mit FDP-Handschrift erstrecken. Verhaltensbiologen haben für solches Verhalten im Tierreich einen eigenen Begriff. Sie nennen es: fluchtbetontes Droh-Alexander Heinrich ■ pendeln.

#### **VOR 40 JAHREN...**

#### Palais als »Geheimtipp«

4.10.1984: Bundesregierung schließt **Prager Botschaft.** Mitte der 1980er Jahre entwickelte sich das Palais Lobkowitz, der Sitz der bundesdeutschen Botschaft in Prag, für viele DDR-Bürger als Tor zum Westen. Als es im Frühjahr 1984 der Nichte des DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph gelang, über die Botschaft in den Westen auszureisen, sprach sich das in der DDR



DDR-Bürger warten in Zelten vor der deutschen Botschaft in Prag auf ihre Ausreise.

herum. Von einem "Geheimtipp" war die Rede. Immer mehr Ausreisewillige suchten daraufhin Zuflucht im Palais. Nach einem Ansturm am 4. Oktober 1984 waren 150 Ausreisewillige, ein Viertel von ihnen Kinder, in der Botschaft. Weder die sanitären Einrichtungen noch die Küche waren auf so viele Personen ausgelegt. Die Bundesregierung sah sich gezwungen, die Botschaft vorübergehend zu schließen.

Die Lage spitzte sich aber weiter zu. Im November schickte die Bundesrepublik Mediziner und Psychologen nach Prag. Die DDR sagte den Menschen zwar Straffreiheit bei Rückkehr zu, eine Ausreise in den Westen blieb dann jedoch ungewiss. Während einige Menschen in die DDR - trotz Angst vor einer Verhaftung - zurückkehrten, traten andere Mitte Dezember in den Hungerstreik. Die Verhandlungen zwischen Bonn und Ost-Berlin verliefen indes zäh. Erst im Januar 1985 kehrte die letzte Gruppe aus der Botschaft in die DDR zurück. Das Regime hatte zugesagt, die Ausreiseanträge zu prüfen, was in der Regel zu einer Ausreiseerlaubnis führte. Die Botschaft wurde nach einer Renovierung im Februar wiedereröff-

Fünf Jahre später standen erneut tausende DDR-Bürger vor dem Palais. Am 30. September 1989 erklärte Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) auf dem Balkon der Botschaft: "Wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise..." Der Rest ging im Jubel unter. Daraufhin führte die DDR bis zum 1. November 1989 die Visumspflicht für Reisen in die Tschechoslowakei ein, was den Flüchtlingsstrom fast vollständig Benjamin Stahl stoppte.

#### **ORTSTERMIN: BUNDESTAGS-PRÄSIDIUM IN HAMBURG**



Das Bundestagspräsidium vor Ort: Dieses Mal ging es nach Hamburg – in die Heimat von Vizepräsidentin Aydan Özoguz (SPD).

### Politisches Speed-Dating

Ganz schön aufregend, dieser Freitagvormittag. Kameras, Mikrofone und Journalisten schwirren durch die Aula des Charlotte-Paulsen-Gymnasiums. Sind alle vorbereitet? Funktionieren die Mikrofone? Steht der Kaffee bereit? Check, check, check. Die Schülerinnen und Schüler sind startklar; ihr hoher Besuch kann kommen.

"Demokratie ist mehr, als nur alle vier Jahre zur Wahl zu gehen", begrüßt der Moderator das Präsidium des Deutschen Bundestages. "Es ist das sich kritische Auseinandersetzen mit schwierigen Fragen." Und darum soll es heute gehen. In den nächsten 90 Minuten wollen die Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) und ihren Vizes Aydan Özoguz (SPD), Yvonne Magwas (CDU), Wolfgang Kubicki (FDP), Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) und Petra Pau (Die Linke) über politische Themen diskutieren, die viele bewegen: Künstliche Intelligenz, internationale Politik, Sozialleistungen, Wirtschaft, Rechtsruck und Flüchtlingspolitik. Dafür haben sich die Schülerinnen und Schüler Fragen überlegt, die jeweils an einem der sechs Gruppentische diskutiert werden sollen. Sobald ein Gong erklingt, gehen die Abgeordneten einen Tisch weiter. Politisches Speed-Dating, sozusagen.

Seit 2023 besuchen die Präsidentin des Deutschen Bun- Anderer Tisch, anderes Thema: Petra Pau sitzt zwischen destages und ihre Vizes nacheinander ihre Heimatregionen. Das Ziel: Aktuelle Herausforderungen für Politik und Gesellschaft in den verschiedenen Regionen Deutschlands persönlich kennenlernen. Vom 19. bis 21. September 2024 ging es daher nach Hamburg, in die Heimat von Vizepräsidentin Aydan Özoguz.

Neben zahlreichen Terminen wie dem Besuch der Bahnhofsmission oder einem Treffen mit dem Ersten Bürgermeister der Hansestadt, Peter Tschentscher (SPD), fand das Präsidium Zeit für Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern zu aktuellen politischen Fragen.

"Frau Özoguz, ist es moralisch vertretbar, Israel im aktuellen Konflikt zu unterstützen?" Eine schwierige Frage. "Wir tragen Verantwortung für den Staat Israel, nicht zuletzt wegen unserer historischen Verbrechen. Es ist wichtig, deutlich zu machen, dass wir zu Israel stehen, gleichzeitig die Vorgehensweise der Regierung aber auch kritisieren können und nach meiner Meinung auch müssen.", sagt die Vi-

Gong. Platzwechsel. Wie sehen Sie das, Herr Kubicki? "Ich kann die Antwort ganz klar mit Ja beantworten. Es ist moralisch vertretbar!"

zwei Schülern und spricht mit ihnen über den aktuellen Rechtsruck. "Ich habe das, was wir gerade erleben, auch schon einmal in den 90er Jahren erlebt. Das macht mir große Sorgen." Die Vizepräsidentin schaut in betroffene Gesichter. "Deshalb braucht es Bildung und Prävention." Auch Yvonne Magwas spricht mit den Schülerinnen und Schüler darüber, wie sich ein Erstarken rechtspopulistischer Strömungen in Deutschland verhindern lässt. Katrin Göring-Eckardt fragt die Jugendlichen, wie sich Hetze im Netz bekämpfen lasse. Der Rat der Gruppe: Auf TikTok aktiv sein, "auch wenn das vielleicht peinlich ist".

Nach 90 Minuten gongt es zum letzten Mal. Zeit für ein Fazit - wie war's? "Ich finde es schade, dass wir so wenig Zeit hatten. Wir hatten nur zehn Minuten pro Diskussion und da sind manche Sachen einfach zu kurz gekommen. Aber eigentlich finde ich das ein super Projekt", resümiert Noah. Und auch Bundestagspräsidentin Bas ist zufrieden: "Ihr habt wichtige Themen gewählt - das sind alles auch Themen, die wir regelmäßig im Bundestag diskutieren. Es ist gut, wenn ihr euch einmischt und uns eure Erwartungen und Ideen mit auf den Weg gebt. Die Politik von morgen müssen wir gemeinsam anstoßen" . Marejke Tammen ■

#### **LESERPOST**

Leserbrief zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die deutsche Wahlrechtsreform:

Durch die EU-Kommission, den Ministerrat (an dem auch die Bundesregierung beteiligt ist) sowie das Europäische Parlament werden für den gesamten EU-Bereich laufend Gesetze verabschiedet, welche nach deutschen Bekundungen dem "nationalem" Recht vorgehen, auch Teil unserer Innenpolitik sind, und inzwischen zu zwei Dritteln der Gesetze auf die Legislative der EU zurückgehen. Auf diese Weise werden die 27 nationalen Parlamente der EU erheblich entlastet. Daher hat auch der Bundestag seitdem viel weniger Gesetze als früher zu verabschieden. Sodass allein aus diesem Grund schon jetzt eine größere Verkleinerung der Abgeordnetenzahl angezeigt wäre. In Brüssel werden die europäischen Gesetze weiter zu nehmen, und in Berlin die rein deutschen Vorschriften entsprechend abnehmen. Dies dürfte nicht nur auf die künftige Attraktivität eines "abgespeckten" Bundestagsmandats für Bewerber sowie die Wahlbeteiligung der Bürger bei den deutschen Wahlen Auswirkungen haben, sondern auch die Unterschiede in der Ausgestaltung der beiden verschiedenen Parlamentsgruppen deutlich machen. Zusammenfassend ist noch einmal mit Bedauern zu unterstreichen, dass nun auch das Bundesverfassungsgericht die "europäische Legislative" vollkommen ignoriert hat. Dabei ist im Rückblick auf die vielen bisherigen und weitgehend erfolglosen deutschen Wahlrechtsreformen leider festzuhalten, dass der Bundestag angesichts verkrusteter Grundhaltungen verschiedener Parteien allein offenbar leider nicht in der Lage ist, von sich aus eine Reform zu verabschieden, die

**SEITENBLICKE** 

SELENSKYJ MEINT:
"WIR SIND DEM FRIEDEN
NÄHER, ALS WIR DENKEN.
KANN MAN SCHON

WAS SEHEN? 5

von allen Parteien unterstützt wird und dem Zur Ausgabe 36-37 vom 31.8.2024, "Je Wähler schon vor den Wahlen deutlich macht, wie die einzelnen Parteien zu den dann geltenden Wahlmodalitäten im Bundestag stehen, bevor sie sodann wählen.

Fritz Fischer,

#### **Zur Themenausgabe 75 Jahre Deutscher** Bundestag (Ausgabe 36-37) vom 31.8.2024:

Herzlichen Glückwunsch zur sehr informativen Ausgabe zum 75-jährigen Jubiläum des Deutschen Bundestages. Zu erwähnen wäre auch noch die wichtige Arbeit der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundesals große Hilfe für die tages Abgeordneten.

Andreas Winterhalder.

#### persönlicher ein Redner wird, desto stärker wirkt er" auf Seite 5:

Dass der Ton im Bundestag heute oft von Provokation geprägt ist, gibt mir zu denken. Es ist bedauerlich, dass aggressive Formulierungen und gezielte Tabubrüche immer häufiger die Debatte bestimmen. Das lenkt von den eigentlichen Inhalten ab und vergiftet das gesellschaftliche Klima.

Sabine Freitag, Rosenheim

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

**Das Parlament** Platz der Republik 1 11011 Berlin redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von "Das Parlament" erscheint am 12. Oktober.

#### **PANNENMELDER**

Entgegen der Darstellung haben sich Helmut Kohl und François Mitterrand mehrfach zu der symbolischen Geste 1984 in Verdun geäußert. Die beiden Politiker sagten, dass das Händehalten zum Gedenken an die Gefallenen des Ersten Weltkrieges spontan geschah.

Bericht für Ostdeutschland (Do), Krisenfeste Energieversorgung (Do)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

und Nachlesen.



#### **PERSONALIA**

#### >Monika Griefahn

Bundestagsabgeordnete 1998-2009,

Am 3. Oktober wird Monika Griefahn 70 Jahre alt. Die Diplom-Soziologin aus Buchholz in der Nordheide, SPD-Mitglied seit 1992, hatte sich zu Beginn der 1980er Jahre als Mitbegründerin der Umweltschutzorganisation "Greenpeace Deutschland" einen Namen gemacht. Von 1990 bis 1998 amtierte sie als niedersächsische Umweltministerin und gehörte von 1994 bis 1998 dem Landtag in Hannover an. Im Bundestag engagierte sich Griefahn im Ausschuss für Kultur und Medien, dessen Vorsitz sie von 2000 bis 2005 innehatte, sowie im Auswärtigen Ausschuss.

#### >Arne Börnsen

#### Bundestagsabgeordneter 1980-1983, 1987-1998, SPD

Arne Börnsen begeht am 5. Oktober seinen 80. Geburtstag. Der Diplom-Ingenieur aus Ritterhude/Kreis Osterholz schloss sich 1969 der SPD an und war von 1982 bis 1992 Mitglied des niedersächsischen Landesvorstands. Von 1976 bis 1997 gehörte er dem Kreistag Osterholz an. Börnsen arbeitete vorwiegend im Ausschuss für Post und Telekommunikation mit, dessen Vorsitz er von 1994 bis 1998 innehatte.

#### >Georg Schirmbeck

#### Bundestagsabgeordneter 2002-2013,

Georg Schirmbeck wird am 6. Oktober 75 Jahre alt. Der Geschäftsführer aus Hasbergen/Landkreis Osnabrück trat 1972 der CDU bei und war von 2004 bis 2010 stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbands Osnabrück-Emsland. Von 1976 bis 2011 gehörte er dem Kreistag Osnabrück und von 1990 bis 2002 dem niedersächsischen Landtag an. Schirmbeck wirkte im Bundestag im Haushaltsausschuss mit.

#### >Hilde Mattheis

#### Bundestagsabgeordnete 2002-2021,

Am 6. Oktober wird Hilde Mattheis 70 Jahre alt. Die Lehrerin aus Ulm, SPD-Mitglied seit 1986, war von 1997 bis 2018 stellvertretende Landesvorsitzende von Baden-Württemberg und gehörte von 2005 bis 2013 dem SPD-Parteivorstand an. Von 1999 bis 2007 amtierte sie als Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Mattheis betätigte sich im Gesundheitsausschuss. Von 2005 bis 2007 und von 2015 bis 2017 gehörte sie dem Fraktionsvorstand an.

#### >Reinhold Hemker

#### Bundestagsabgeordneter 1994-2009,

Reinhold Hemker begeht am 8. Oktober seinen 80. Geburtstag. Der Gymnasiallehrer und protestantische Pfarrer aus Rheine trat 1967 der SPD bei und war von 1985 bis 1994 nordrhein-westfälischer Landtagsabgeordneter. Hemker, Direktkandidat des Wahlkreises Steinfurt III, engagierte sich unter anderem im Landwirtschaftsausschuss und im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

#### >Reinhold Robbe

#### Bundestagsabgeordneter 1994-2005,

Am 9. Oktober wird Reinhold Robbe 70 Jahre alt. Der Verlagskaufmann aus Bunde/Ostfriesland schloss sich 1970 der SPD an und war von 1979 bis 1987 stellvertretender Unterbezirksvorsitzender sowie Vorsitzender des SPD-Kreisverbands Leer. Robbe engagierte sich im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie im Verteidigungsausschuss, dessen Vorsitz er von 2002 bis 2005 innehatte. Von 2000 bis 2004 gehörte er dem Vorstand seiner Fraktion an. Von 2005 bis 2010 amtierte er als Wehrbeauftragter des Bundestags.

#### >Hans-Joachim Hacker Bundestagsabgeordneter 1990-2013,

Hans-Joachim Hacker wird am 10. Oktober

75 Jahre alt. Der Diplom-Jurist aus Schwerin trat im Oktober 1989 der Sozialdemokratischen Partei in der DDR bei, war 1990 Vorsitzender des Bezirksvorstands Schwerin und gehörte der ersten frei gewählten Volkskammer an. Hacker, von 2002 bis 2005 stellvertretender Vorsitzender seiner Bundestagsfraktion, wirkte u.a. im Rechts- sowie im Verkehrsausschuss mit. Von 1995 bis 2005 war er Mitglied des Richterwahlausschusses.

#### >Dorothee Wilms

#### Bundestagsabgeordnete 1976-1994, CDU

Am 11. Oktober wird Dorothee Wilms 95. Jahre alt. Die Diplom-Volkswirtin aus Grevenbroich schloss sich 1961 der CDU an und stand von 1973 bis 1985 an der Spitze der Frauen-Union im Rheinland. Von 1980 bis 1982 war sie - als erste Frau - Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Helmut Kohl berief sie 1982 zur Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft. 1987 bis 1991 übernahm sie das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. In der Kontinuität ihrer Amtsvorgänger setzte sie die Förderung der Zonenrandgebiete sowie die Fürsorge im humanitären Bereich mitsamt der innerdeutschen Familienzusammenführung beharrlich fort. Von 1992 bis 2011 amtierte Wilms als Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus.

#### Zur Ausgabe 38/39 vom 14.09.2024, "Ges-

#### te der Versöhnung" auf Seite 14:

#### **LIVE UND ZUM NACHSEHEN**

Topthemen vom 09. - 11.10.2024

www.bundestag.de/mediathek: Alle Debatten zum Nachsehen





## **Geld vom Staat** für alte Menschen

Wie geht das mit der Rente?



Ausgabe Nr. 262

#### Worum geht es?

Diese Woche haben die Politiker im Bundes-Tag darüber gesprochen: die Rente.

Genauer ging es darum:

Wie geht es mit der Rente bis zum Jahr 2040 weiter?

Rente ist Geld für alte Menschen, die nicht mehr arbeiten.

Sie bekommen dann kein Gehalt mehr.

Trotzdem müssen sie weiter Geld für Dinge bezahlen, die sie zum Leben brauchen.

Der Staat gibt ihnen dann Geld, damit sie sich noch etwas kaufen können.

Doch das wird für den Staat immer teurer.

Deshalb ist es wichtig darüber zu reden, wie es mit der Rente weitergehen soll.

Diese Fragen werden im Text beantwortet:



- Wer bekommt eine Rente?
- Wie viel Rente bekommt man?
- Woher kommt das Geld?
- Warum wird es mit der Rente immer schwieriger?
- Gibt es auch andere Arten von Renten?

#### Wer bekommt eine Rente?

Viele Menschen in Deutschland haben einen Beruf.

Dabei arbeiten sie für eine bestimmte Firma oder Einrichtung.

Diese Firmen und Einrichtungen nennt man auch so: Arbeit-Geber.



Wer in seinem Leben für einen oder mehrere Arbeit-Geber gearbeitet hat, der bekommt später eine Rente.

Die Politik entscheidet, wann man mit der Rente starten darf.

Heute ist das in der Regel das Alter für den Renten-Start: 67 Jahre.



Es gibt für das Alter für den Renten-Beginn aber auch Ausnahmen.

Manche Menschen arbeiten auch für den Staat.

Das sind Beispiele dafür:



- Lehrer
- Polizisten
- Mit-Arbeiter der Verwaltung

Diese Menschen nennt man auch so: Beamte.

Beamte bekommen keine Rente.

Trotzdem bekommen sie Geld, wenn sie alt sind.

Das Fach-Wort dafür ist: Pension.

Das funktioniert aber so ähnlich wie die Rente.

#### Wie viel Rente bekommt man?

Nicht jeder Mensch bekommt

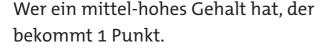
Erst wenn die Rente losgeht, weiß man das:

So viel Geld bekomme ich jeden Monat bezahlt.

Davor kann man für die Rente Punkte sammeln.

Nach jedem Jahr wird geschaut: Wie viel Geld hat eine Person verdient?

Dafür gibt es dann Punkte für die Rente.



Wer mehr verdient hat, bekommt mehr Punkte.

Wer weniger verdient hat, bekommt weniger Punkte.

Also zum Beispiel:

1,2 Punkte. Oder 0,8 Punkte.

Wenn ein Mensch dann in Rente gehen darf, werden alle Punkte von allen Jahren zusammen-gezählt.

Damit wird dann die Rente ausgerechnet.

Eine mittel-hohe Rente in Deutschland ist im Moment etwa so hoch:

1600 Euro im Monat.

#### Extra-Punkte für die Rente

Man kann auch ohne zu arbeiten Extra-Punkte für die Rente sammeln.



Zum Beispiel so:

- Man bekommt Kinder und passt auf sie auf.
- Man pflegt einen anderen Menschen.
- Man kauft sich Renten-Punkte.

#### Woher kommt das Geld für die Rente?

Das Geld für die Rente wird vom Staat bezahlt.

Der Staat benutzt dafür zwei Arten von Geld:

Renten-Beiträge und Steuer-Geld.



Die Renten-Beiträge werden von allen bezahlt, die arbeiten.

Weil dieses Geld aber nicht genug ist, muss der Staat mehr Geld bezahlen.

Das macht er mit Steuer-Geld.

Das ist Geld, das der Staat woanders eingenommen hat.

#### Besondere Regel für die Rente

Es gibt eine besondere Regel für die Rente.

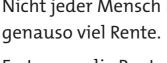
Und die geht so:



Die jungen Menschen bezahlen die Rente von den alten Menschen.

Wer arbeitet, der bezahlt jeden Monat Renten-Beiträge.

Das Geld dafür spart er aber nicht für seine eigene Rente.





Das Geld bekommen die Menschen, die jetzt schon in Rente sind.

Irgendwann ist man selbst in Rente.

Dann bezahlen diese Menschen das Geld dafür:

die jungen Menschen, die dann noch arbeiten.

Deshalb kann man auch nur Punkte für die Rente sammeln und kein Geld.



Denn die Politiker müssen immer wieder schauen:

Wie viel Geld haben wir für die Rente?

Es wird also immer wieder neu ausgerechnet:

So viel ist ein Punkt für die Rente wert.

## Warum wird es mit der Rente immer schwieriger?

Mit der Rente gibt es ein großes Problem:

Der Staat hat dafür immer weniger Geld.

Dafür gibt es in Deutschland zwei Gründe:

- Es gibt immer mehr Rentner.
- Es gibt immer weniger arbeitende Menschen.

Das liegt zum Beispiel daran:



- Die Menschen leben immer länger.
   Also bekommen sie auch länger
   Geld für die Rente.
- Früher hatten die Menschen mehr Kinder.
- Früher haben viele Menschen mehr gearbeitet.

Also muss Deutschland immer mehr Steuer-Gelder für die Rente verwenden.

Doch auch Deutschland hat nicht unendlich viel Geld.

Darum muss die Politik immer wieder neu entscheiden:

Wie viel Rente können wir bezahlen?

Und wie viel Geld darf es für die Punkte für die Rente geben.



Die Bundes-Regierung hat schon Dinge entschieden, um mehr Geld für die Rente zu haben.

Zum Beispiel müssen viele Rentner nun auch Steuern zahlen.

Dann haben sie aber weniger Geld, um sich etwas kaufen zu können.

#### Gibt es auch andere Renten?

Die Rente vom Staat ist in Deutschland besonders wichtig.

Doch es ist für viele nicht die einzige Rente.

Das ist der Grund dafür: Oft ist die Rente vom Staat für die Menschen nicht genug.



Manche alte Menschen sind deshalb sogar sehr arm.

Deshalb gibt es verschiedene Arten von anderen Renten.

Der Staat sagt dazu: Es ist wichtig, nicht nur die Rente

vom Staat zu haben.

Das ist der Grund:

Man bekommt viel weniger Rente als man vorher verdient hat.

Diese Arten von anderen Renten gibt es zum Beispiel:

#### 1. Betriebs-Rente

Manche Arbeit-Geber bieten eine Extra-Rente an.



Diese Rente heißt Betriebs-Rente.

Die Mit-Arbeiter sparen jeden Monat Geld dafür.

Viele Arbeit-Geber zahlen auch noch etwas dazu.

Das Geld wird später wie die normale Rente bezahlt.



#### 2. Extra-Rente

Es gibt besondere Firmen, die Extra-Renten anbieten.

Dann zahlt man jeden Monat Geld ein.

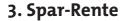
Das Geld wird gespart.

Und es gibt Zinsen dafür.

Wer in Rente geht, kann sich die Extra-Rente auszahlen lassen.

Entweder jeden Monat ein bisschen.

Oder alles auf einmal.



Man kann auch ohne eine solche Firma Geld für die Rente sparen.

Entweder auf einem Spar-Buch.

Oder man lässt sich bei einer Bank beraten.

Wenn man Glück hat, ist das Geld bis zur Rente viel mehr wert.

Bei manchen Renten kann aber auch das passieren:

Man bekommt weniger Geld zurück, als man bezahlt hat.

#### Kurz zusammengefasst

Im Bundes-Tag wurde diese Woche darüber gesprochen:

Geld für die Rente.

Rente bekommen die meisten Menschen, wenn sie zu alt zum Arbeiten sind.

Das Geld kommt vom Staat.

Der Staat nimmt das Geld auf 2 Arten ein:

- 1. Renten-Beiträge der Menschen, die arbeiten
- 2. Andere Steuer-Gelder

Die Rente kostet den Staat jedes Jahr viel Geld.

Deshalb muss immer wieder geschaut werden:

Wie viel Geld ist für die Rente da?

Und welche Regeln gelten dafür, um Rente zu bekommen?

Es wird für den Staat immer schwieriger, die Rente von allen zu bezahlen.

Das ist ein Grund:

Die Menschen werden immer älter.

Immer weniger junge Menschen müssen also immer mehr alten Menschen die Rente bezahlen.

Und der Staat braucht immer mehr andere Steuer-Gelder dafür.

Der Staat gibt sich Mühe, dass es auch in Zukunft möglichst viel Rente gibt.

Trotzdem reicht vielen alten Menschen die Rente nicht aus.

Deshalb sollte jeder für die Rente auch noch eigenes Geld sparen.

Und die Bundes-Regierung sagt: Das wird immer wichtiger

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte\_sprache



#### **Impressum**

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de Kontakt: Alexander Gies, info@nachrichtenwerk.de



Redaktion: Annika Klüh, Daniel Krenzer, Victoria Tucker, Isabel Zimmer Titelbild: © picture alliance / Bildagentur-online/Joko / Bildagentur-online/Joko. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www. arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", Nr. 40-41/2024 Die nächste Ausgabe erscheint am 12. Oktober 2024.